

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

betr. Unterrichtung über Fragen der inneren Sicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der nachfolgende Bericht über die Entwicklung des politischen Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1974 wird zustimmend zur Kenntnis genommen:

Bericht über rechts- und linksradikale Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1974

Linksradikalismus

1. Allgemeine Beurteilung

Der orthodoxe Kommunismus Moskauer Prägung, der durch die DKP verkörpert wird, ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit die gefährlichste Form des Linksradikalismus. Die DKP unterscheidet sich nicht in den Zielen von den „Neuen Linken“, wie den Maoisten, Trotzlisten und Anarchisten, d. h. von allen Gruppierungen, die nicht zum orthodoxen Kommunismus zu rechnen sind. Der Unterschied besteht vielmehr in der Methode: die Gruppierungen der „Neuen Linken“ bekennen sich offen zu ihren Zielen und der Anwendung von Gewalt. Die DKP dagegen gibt sich formal verfassungstreu, um unter Ausnutzung verfassungsmäßiger Rechte an der Abschaffung dieser Rechte ununterbrochen zu arbeiten. Dies entspricht den Lehren Lenins.

Die gewalttätig auftretenden Gruppen der „Neuen Linken“, die fast alle Bürger der Bundesrepublik

Deutschland gegen sich haben, einschließlich der Anhänger der DKP, stellen auf lange Sicht die geringere Gefahr dar.

Dagegen befinden sich die DKP und ihre Hilfsorganisationen, wie der Bericht nachweist, in einem recht lautlosen aber sicheren Vormarsch. Trotz ihrer Wahlniederlagen, auf die Bundesregierung und Koalition immer wieder gern und nachdrücklich verweisen, hat die DKP mit ihren Bemühungen um Bündnispartner, Infiltration und faktische Anerkennung als „Ordnungsmacht“ am linken Rand des Parteienspektrums, besonders in den beiden letzten Jahren große Erfolge erzielt. Diese Erfolge wurden begünstigt durch eine gewachsene „Aufgeschlossenheit“ für die DKP in Gruppen, die zur politischen Linken zählen.

Sie ist gekennzeichnet durch eine, dank intensiver Agitation im Bewußtsein weiter Kreise durchgesetzte, „politische Spektralverschiebung“, bei der Kommunisten als „kritische Demokraten“ und christlich demokratisch orientierte Studenten oder Ge-

werkschafter als „Rechtsradikale“ oder „Reaktionäre“ erscheinen.

Das Fortschreiben dieser Entwicklung kann ernste Folgen haben, zumal es sich bei der DKP um eine gut organisierte, an Mitgliedern starke Kader- und Agitationspartei handelt, die von Ost-Berlin und Moskau fernfinanziert wird.

2.

Die orthodoxen Kommunisten haben ihre Mitgliederzahlen erhöht und ihre Organisationen stabilisiert. Die Mitgliederzahl der DKP hat die 40 000er-Marke nicht unerheblich überschritten (1969: 23 000; 1973: 39 300). Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ — Kaderreserve der DKP — hatte bereits im Mai 1974 27 400 Mitglieder (1970: 10 000; 1973: 24 500). Der MSB Spartakus konnte 1974 noch einmal rund 30 % Mitglieder hinzugewinnen (ca. 4 500; 1970: ca. 1 000; 1973: 3 500). Auch der Sozialistische Hochschulbund hat wieder steigende Mitgliederzahlen (1973: 3 000; 1974: 3 200). Die Kinderorganisation Junge Pioniere brachte es in ihrem ersten Jahr auf 141 örtliche Gruppen, allerdings zum Teil durch Übernahme bestehender Gruppen.

Die Agitation der orthodoxen Kommunisten hat einen Schwerpunkt bei dem Thema „Preisstopp, Sicherung der Arbeitsplätze“. Die DKP nutzt die schwierige wirtschaftliche Lage aus, um das Beispiel des „Realen Sozialismus“ zu preisen (S. 6, 28 f.). Für diese Agitation und ihre sonstige Parteiarbeit stehen ihr erhebliche Geldmittel aus DDR-Quellen zur Verfügung (S. 16 f.).

Die DKP hat 1974 mit wachsendem Erfolg Bündnispartner zur Stärkung ihrer unzulänglichen eigenen Positionen gesucht. Sie fand sie u. a. bei Mitgliedern von SPD und FDP, von Jungsozialisten und Jungdemokraten über Bundestagsabgeordnete bis zu Bundesminister Bahr, der eine Aktion der DKP-gesteuerten „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ unterstützte (S. 30 ff.).

Keine Gewerkschaft dehnte bestehende Unvereinbarkeitsbeschlüsse für Rechts- und Linksradikale auf die DKP aus. Die IG Metall bekräftigte nachdrücklich das Heimatrecht der orthodoxen Kommunisten in der Gewerkschaft. Die Kommunisten aber versuchen, die Gewerkschaften zu zersetzen und sie dann als Instrument ihrer revolutionären Ziele zu mißbrauchen (S. 24 ff.).

Nach dem Vorbild von KPdSU und SED haben die DKP und ihre Hilfsorganisationen ihre ideologische und organisatorische Geschlossenheit verstärkt, zum Beispiel mit Hilfe der Ausgabe neuer Mitgliedsbücher bei MSB und DKP, die mit individueller Überprüfung der Mitglieder verbunden wurde (S. 16, 21).

Auch eine Reihe von Gruppen der „Neuen Linken“ erzielte zum Teil erhebliche Mitgliedergewinne. Der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) konnte sich schon im 1. Quartal 1974 um ca. 30 % verstärken (April 1974: 1 200, 1973: 900) und die

Auflage seiner „Kommunistischen Volkszeitung“ 1974 auf über 50 000 (1973: 35 000) steigern (S. 64 f.).

Während Studentengruppen der „Neuen Linken“ bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen im Sommersemester 1974 z. T. erhebliche Verluste erlitten (bis zu $\frac{1}{3}$ ihres Bestandes, S. 10 ff.) konnten KPD, KPD/ML und KBW den von ihnen erhobenen Anspruch auf den Status einer Partei erstmals durch die Teilnahme an allgemeinen Wahlen untermauern.

Gleichzeitig setzten sie ihre Agitation für die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ fort und blieben weitgehend bei ihrer konspirativen Arbeit (S. 7 f., 63).

Gruppen der „Neuen Linken“ beteiligten sich auch 1974 an gewalttätigen Aktionen, z. B. in Frankfurt und Berlin (S. 72 ff.).

Rechtsradikalismus

1. Allgemeine Beurteilung

Der deutsche Rechtsradikalismus leidet weiter an Auszehrung. Er hat seine organisatorische Zersplitterung nicht überwinden können. Die Entwicklung des Jahres 1974 hat bewiesen, daß rechtsradikale Gruppierungen und Aktionen gegenwärtig keinen Nährboden in der Bundesrepublik finden. Weder der Olschock noch die wirtschaftliche Fehlentwicklung haben der radikalen Rechten in der Bevölkerung Auftrieb gegeben. Selbst das Anschwellen der Arbeitslosenquote auf 1 Million hat nicht zu einer stärkeren Radikalisierung von rechts geführt. Die NPD als Eckpfeiler des rechten Lagers ist, wie Wahlergebnisse ausweisen, auch auf Landes- und Kommunalebene in den Rang einer Splitterpartei ohne jeden politischen Einfluß zurückgefallen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß 1974 eines der schwärzesten Jahre für den Rechtsradikalismus überhaupt war. Er bildete im Berichtsjahr keine Gefahr für die Demokratie und die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

2.

Wichtigste Organisation der „Alten Rechten“ ist die NPD. Trotz der anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens durchgeführten Werbeaktion hat sie nur 12 000, allenfalls 14 000 Mitglieder (1969 noch 28 000). Die Partei ist hochverschuldet. Bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen des Jahres 1974 übersprang sie lediglich einmal die 1 %-Marke (Bayern: 1,1 %, Hessen 1,0 %, Hamburg 0,8 %, Niedersachsen 0,6 %). Bei den Kommunalwahlen verlor sie letzte Bastionen; z. B. büßte sie in den Kreistagen und Stadträten von Rheinland-Pfalz alle Mandate (26) ein.

Auch der „Freiheitliche Rat“, ein loser Verband mehrerer Splittergruppen unter dem Verleger Dr. Gerhard Frey, blieb mit seinen wenigen Auftritten ohne Widerhall. Bemerkenswert ist hier eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es hat in

dem Verfahren wegen Verwirkung von Grundrechten ausdrücklich erklärt, daß gegenwärtig von Frey und seiner „Deutschen National-Zeitung“ — immerhin dem lautesten und auflagenstärksten Organ des Rechtsradikalismus — keine ernsthafte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeht (Beschluß vom 2. Juli 1974 — 2 BvA 1/69). — Der Versuch einer Annäherung Freys an die NPD ist mißlungen, so daß die Hauptexponenten der „Alten Rechten“ weiter getrennten Lagern angehören.

Von der wichtigsten Gliederung der aktionistischen „Neuen Rechten“, der „Aktion Neue Rechte“ des NPD-Dissidenten Dr. Siegfried Pöhlmann, hat sich eine „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation / Die Sache des Volkes“ abgespalten. Von beiden Gruppen sind keine wesentlichen Impulse ausgegangen.

Die Zahl der Ausschreitungen und Gewalttaten aus rechtsradikalen Motiven hat sich — wie schon 1972 und 1973 — erneut verringert. Wiederholt wurde gegen rechtsradikale Personen und Vereinigungen vorgegangen. So wurde in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz eine Gruppe ausgehoben, die im März/April 1974 in Göttingen und Mainz u. a. jüdische Friedhöfe geschändet und einen Brandanschlag verübt hatte. — Die Alliierte Kommandantur untersagte der NPD und ihren Organisationen in Berlin die Teilnahme an der Wahl zum Abgeordnetenhaus und bis dahin jede öffentliche Tätigkeit (BK/0 74/10 vom 30. August 1974). Mehrere Personen sind aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden. Gegen Günther Deckert, den Vorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“ betreibt der Kultusminister von Baden-Württemberg ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung Deckerts aus seinem Amt als Oberstudienrat.

Linksradikale Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1974

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Schwerpunkte der Agitation	4
1. Verfassungspolitik	4
2. Ost- und Deutschlandpolitik	5
3. Sozialpolitik	5
4. Wirtschafts- und Konjunkturpolitik	5
5. Sicherheits- und Verteidigungspolitik	6
6. Maßnahmen gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst	6
7. Justiz und Strafvollzug	6
8. Internationale Solidarität	6
II. Übersicht über Studentenparlamente und Allgemeine Studentenausschüsse	7
1. Studentenparlamente	7
2. Allgemeine Studentenausschüsse	8
III. Tätigkeit der orthodoxen Kommunisten	8
1. Organisatorische und politische Entwicklung	8
a) Deutsche Kommunistische Partei	8
b) Hilfsorganisationen der DKP und von ihr beeinflusste Gruppen ..	10
2. Bündnispolitik	11
a) „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten	11
b) „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften	12

	Seite
c) Betriebsarbeit	13
d) „Volksfront-Politik“	14
3. Kinder-, Jugend- und Studentearbeit	15
a) Kinder	15
b) Jugend	16
c) Studenten	16
4. Bundeswehr	18
5. Propaganda, Schulung, Bildungs- und Kulturpolitik	18
6. Wahlergebnisse	22
IV. DDR-Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland	24
V. Die „Neue Linke“	25
1. Ideologie, organisatorische Entwicklung und allgemeines Verhalten	
a) Ideologie	25
b) Organisatorische Entwicklung	25
c) Allgemeines Verhalten der Gruppen der „Neuen Linken“	28
2. Tätigkeit an Hochschulen	28
3. Sonstige Tätigkeit	29
4. Aktionen	29

I. Schwerpunkte der Agitation

Die DKP mit ihren Hilfsorganisationen hat, begünstigt durch die wirtschaftspolitische Entwicklung und die weltweiten Bemühungen um eine Entspannungspolitik, ihre Methode fortgesetzt und weiterentwickelt, Forderungen aufzugreifen oder zu unterstützen, bei denen sie sicher sein konnte, mit demokratischen Gruppen in einer Linie zu stehen. Gruppen der „Neuen Linken“ versuchten gelegentlich ein ähnliches Verfahren, verhielten sich aber häufig in Argumentation und Taktik abweichend.

1. Verfassungspolitik

a)

Die DKP ist ständig bemüht, den Vorwurf verfassungsfeindlicher Zielsetzung unter Hinweis auf ihre besondere Treue zum Grundgesetz zurückzuweisen. Dabei distanziert sie sich jedoch von der Weiterentwicklung, die das Grundgesetz im Laufe seiner 25jährigen Geschichte erfahren hat. Bei einer Feier in Bonn zum 25. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes stellten Parteivorsitzender Mies und Ehrenvorsitzender Max Reimann, ehemals Mitglied des Parlamentarischen Rates, die DKP als energisch-

sten Verteidiger eines ursprünglichen, demokratischen Grundgesetzes und als Partei der „konsequentesten Demokraten“ dar, die die seit 1949 vorgenommenen „antidemokratischen Verfälschungen“ des Grundgesetzes (z. B. durch die Notstandsverfassung) niemals akzeptieren werde. Auch im Kampf gegen die sogenannten „Berufsverbote“ agitierte die DKP gegen das „Bemühen reaktionärer Kräfte, das Grundgesetz durch Verfälschung und Aushöhlung seiner grundlegenden Bestimmungen zu einem Instrument gegen Demokraten zu machen“. Mit „solchen Absichten“ sind nach Auffassung der DKP die rund 70 vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossenen Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes vorgenommen worden. (Vgl. u. a. „Die demokratischen Grundsätze der Verfassung im Kampf gegen das Großkapital durchsetzen“, Rede von Herbert Mies am 22. Mai 1974 in Bonn; UZ vom 14. November 1974.)

b)

Maoistische Gruppen bekennen sich dagegen häufig offen zum „Kampf gegen das reaktionäre Grundgesetz“. Sie agitieren direkt und ohne die bei den orthodoxen Kommunisten gebräuchlichen Umschreibungen und Abstufungen gegen Parlamentarismus und Gewaltenteilung, für „die ungeteilte Herrschaft

der proletarischen Machtorgane" (u. a. Aktionsprogramm der KPD).

2. Ost- und Deutschlandpolitik

a)

Die DKP vertritt in ihren Aussagen zur Ost- und Deutschlandpolitik, insbesondere in ihren Stellungnahmen völkerrechtlichen Status beider deutscher Staaten und zur Berlin-Frage, weiterhin uneingeschränkt die Linie der KPdSU und der SED. Das kam z. B. bei der fortgesetzten Agitation gegen die Einrichtung des Umweltbundesamtes in Berlin zum Ausdruck.

In ihrer Propaganda betonte die DKP die „konstruktive Friedenspolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“ und ermahnte die Bundesregierung, die Chancen wahrzunehmen und „nicht aus anti-kommunistischer Verblendung unserem Land und seinen Bürgern durch neue Anti-DDR-Hetze schweren Schaden zuzufügen“ (u. a. UZ vom 18. Mai und 19. Juni 1974). Sie warb für „die Entfaltung der allseitigen Beziehungen“, für die „die Verwirklichung und Einhaltung der Verträge mit den sozialistischen Ländern ... günstige Bedingungen schaffe“. (Stellv. Vorsitzender H. Gautier am 20. November 1974 über Radio Prag.) Die Änderung der DDR-Verfassung im September 1974, mit der die Hinweise auf „Deutschland“ und die „Nation“ getilgt wurden, verteidigte die DKP mit dem Hinweis, die „fortbestehende Einheit der Nation“ sei eine seit Jahren unrealistische These zur „Aufrechterhaltung illusionärer Bonner Machtansprüche gegen die DDR“ gewesen (UZ vom 30. September 1974). Der „Prozeß der Abgrenzung“ zwischen den beiden deutschen Staaten sei „ein für allemal vollzogen“ (Gerns, 5. Parteivorstandstagung).

b)

Maoistische Gruppen bezichtigen die Bundesrepublik Deutschland, „zu den aggressivsten imperialistischen Mächten zu zählen“. Ihr Gegensatz zur DDR sei nur der der „Konkurrenz zweier Bourgeoisien“, einer imperialistischen und einer sozialimperialistischen (z. B. Entwürfe des Programms und des Aktionsprogramms der KPD). Zum Teil treten sie für die „Wiedervereinigung Deutschlands auf revolutionärer Grundlage“ ein; andere stellen die „Frage der Nation“ als eine einzelne, dem Sozialismus unterzuordnende, demokratische Frage dar (vgl. KBW, „Programmwurf usw. der GRF — Eine Polemik“). Die KPD/ML bezeichnete die Verfassungsänderung der DDR als „Speichelleckertum“ gegenüber den „neuen Zaren im Kreml“. Nationale und soziale Freiheit in Deutschland könne es nur geben, wenn „die Diktatur des Proletariats in der DDR wiedererrichtet bzw. in Westdeutschland errichtet“ werde („Roter Morgen“ vom 5. Oktober 1974).

3. Sozialpolitik

a)

Die DKP zielt zwar auf die Revolution, „die grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomi-

schen Machtverhältnisse“. Im Hinblick auf dieses strategische Ziel nimmt für sie „der Kampf um Reformen allerdings einen wichtigen Platz“ ein. Denn solche Reformen dienen nach ihrer Auffassung „der Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals“ und „der Heranführung der Arbeiterklasse an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus“ (Gerns, 5. Parteivorstandstagung, Beilage zur UZ vom 17. Oktober 1974). So unterstützt die DKP die Mitbestimmungsvorstellungen des DGB als einen „ersten Schritt“.

b)

Zwar gibt es auch im Bereich der „Neuen Linken“ Gruppen, die bei ihrem Eingreifen „in ökonomische und politische Teilkämpfe der Arbeiterklasse“ sich nicht scheuen, „den Kampf um Reformen“ zu führen. Überwiegend wird aber mit der Unterstellung, „die westdeutschen Imperialisten“ rüsteten „fieberhaft die Polizei, den Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr für den Bürgerkrieg“, gegen die „Bonner Regierung der Kapitalisten“ agitiert, die „der Arbeiterklasse nichts gebracht“ habe „als zusätzliche Fesseln“. Durch die Ausweitung der Mitbestimmung solle „die Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse weiter verschärft werden“. Dem DGB wird vorgeworfen, „als Unterdrückungsinstrument des Kapitals“, die „Arbeiterklasse an den Imperialismus ketten“ zu wollen (Aufruf des Zentralen Komitees des KBW zum 1. Mai 1974; Sondernummer des Zentralorgans der KPD/ML zum 1. Mai 1974; Aktionsprogramm der KPD).

4. Wirtschafts- und Konjunkturpolitik

a)

Die DKP nutzte die verschlechterte wirtschaftliche Lage, aus der die „an der Profitsicherung für die Konzerne“ orientierte Koalition keinen Ausweg habe, zu massiver, bundesweiter Agitation „für einen sofortigen Preisstopp, für die Sicherung von Arbeitsplätzen“. Sie veranstaltete zu diesem Zweck Unterschriftensammlungen für einen von ihr vorgelegten Entwurf für ein „Preisstoppgesetz“, Bürgerumfragen zu Tarifierhöhungen im Nahverkehr, Mietertribunale, Verkäufe zu Erzeugerpreisen „zur Entlarvung des Preisterrors der großen Kaufhauskonzerne“ und Kampagnen gegen bekannte Persönlichkeiten aus der Industrie. Die DKP mißt dieser vom Parteivorstand im Oktober 1974 beschlossenen Agitation, die sie auch in das Zentrum ihres Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen stellt, große Bedeutung bei; sie war eines der Hauptthemen einer im Dezember abgehaltenen Kreisvorsitzenden-Konferenz. Als Alternative weist die DKP auf den „realen Sozialismus“ hin, der Begriffe wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht kenne; Zusammenarbeit mit der „krisenfreien sozialistischen Welt“ statt Milliardenzahlungen an die EG zur Unterstützung der „Machtpolitik des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber den übrigen Ländern Westeuropas“. (Vgl. u. a. UZ vom 5. August, 4. November, 10., 14., 16. und 20. Dezember 1974.)

b)

Von Organisation der „Neuen Linken“ wird die Bundesrepublik Deutschland zum „Instrument der Kapitalisten“ gestempelt. Von diesem Staat dürfte man nicht erwarten, daß er „gegen die Preistreiberei der Kapitalisten“ vorgehe. Die Europäische Gemeinschaft wird als „reaktionärer Zusammenschluß“ bezeichnet, der auf die „verschärfte Ausplünderung der Volksmassen Westeuropas“ ziele (vgl. u. a. „Roter Morgen“ Sondernummer zum 1. Mai; Resolution der Delegierten des 1. Parteitag der KPD).

5. Sicherheits- und Verteidigungspolitik

a)

Die DKP sieht in der Friedens- und Entspannungsbereitschaft der Bevölkerung westlicher Länder „neue Ansatzpunkte für unsere offensive Sozialismus-Propaganda“ (5. Parteivorstandstagung, Beilage zur UZ vom 17. Oktober 1974). Sie bezichtigte vor allem den Verteidigungsminister, eine „Politik des Wettrüstens“ zu vertreten, „die Spannung schürt und den kleinen Mann schröpft“, und in Wahrheit „handfeste Interessenpolitik“ zugunsten der Rüstungsindustrie sei. (UZ vom 19. Juni 1974; „die tat“ vom 21. Dezember 1974.) Vor allem unter Einsatz ihrer Hilfsorganisationen agitierte die DKP gegen die NATO als „aggressives imperialistisches Instrument“ und für die Herabsetzung der Rüstungsausgaben und den einseitigen Verzicht auf die Entwicklung neuer Waffensysteme (u. a. UZ vom 9. Dezember 1974; Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 7. Dezember 1974).

b)

Gruppen der „Neuen Linken“ agitierten für die „Entwaffnung der Polizei“ und die „Auflösung des Bundesgrenzschutzes“. Bei zahlreichen Gelegenheiten bezichtigten sie die Polizei des „Terrors“, „faschistischer Methoden“, aber auch des „Mordes“.

Sie forderten die Auflösung der Bundeswehr und die „Bewaffnung des Volkes“; sie wollen „jede Rebellion der Soldaten unterstützen“ und den „Übermut des Offiziersgesindels“ dämpfen. Die Bundesrepublik Deutschland solle aus dem „imperialistischen Militärbündnis“ der NATO austreten; ausländische Truppen sollten abziehen.

Die KPD/ML wiederholte ihre Forderung an die Soldaten der Bundeswehr: „Im Ernstfall werden die Gewehre umgedreht“ (u. a. „Roter Morgen“ vom 1. Mai, 29. Juni und 7. Dezember 1974; Leitsätze zur Militärfrage des KBW; Aktionsprogramm der KPD).

6. Maßnahmen gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst

a)

Die DKP unterstützt durch die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ und zahlreiche andere Hilfsorganisationen, hat ihre Agitation gegen die Fernhaltung von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst, die sie nun vor allem gegen Gesetzentwürfe von Bundesrat und Bundesregierung richtet, noch in-

tensiviert. Mit „Kolloquien“, Kundgebungen, Flugblättern wandte sie sich gegen die „verfassungswidrigen Berufsverbote“, die sich „gegen alle fortschrittlichen Kräfte“ richteten (vgl. u. a. UZ vom 7. August und 9. Oktober 1974; Brief der DKP Ruhr/Westfalen an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages vom 11. November 1974).

b)

Von seiten der „Neuen Linken“ wird ebenfalls auf vielfältige Weise gegen die „Berufsverbote“ agitiert, mit denen der „bürgerliche Staatsapparat“ Kommunisten einzuschüchtern versuche (u. a. „Roter Morgen“ vom 23. November 1974; „Kommunistische Volkszeitung“ vom 26. Juni 1974; Aktionsprogramm der KPD).

Hinweis: Umfassende Zahlenübersichten über Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst sind 1974 nicht bekanntgeworden. Allerdings deuten amtliche Angaben, nach denen schon im Sommer 1974 allein in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen 673 Linksradikale gegenüber 791 im Jahre 1973 in allen Ländern zusammen beschäftigt wurden, auf eine nicht unerhebliche Steigerung hin.

7. Justiz und Strafvollzug

Die Agitation aus dem Bereich der „Neuen Linken“ konzentrierte sich 1974 vor allem auf Kampagnen gegen „Isolationsfolter und Vernichtungshaft“. Aus dem Bereich der zur KPD und zur KPD/ML orientierten „Rote Hilfe“-Gruppen wurde der Justiz Mord und Terror vorgeworfen.

Die „bürgerliche Klassenjustiz“ wurde bezichtigt, sich zunehmend „faschistischer Methoden“ zu bedienen. Der Mord an dem Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann wurde als „Hinrichtung“ gerechtfertigt (u. a. „Roter Morgen“ vom 23. November und 21. Dezember 1974; Rote Hilfe e. V. Berlin „Solidarität mit den Genossen der RAF organisieren“).

8. Internationale Solidarität

„Alte“ und „Neue“ Linke haben ihre antiimperialistischen Solidaritätskampagnen für die kämpfenden indochinesischen Völker und alle „unterdrückten Völker“ Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mit wachsendem Aufwand fortgesetzt. In zahllosen Aktionen und Veröffentlichungen bekräftigten sie mit Protesten gegen den „US-Imperialismus“ und (bei der Neuen Linken) den „Sowjetischen Sozialimperialismus“ ihr „unerschütterliches Festhalten am proletarischen Internationalismus“. Angriffsziele der Demonstrationen waren häufig die „Militärjunta in Chile“ und das „faschistische Schah-Regime“. Die Ablösung der bisherigen Herrschaftssysteme in Griechenland und Portugal waren Anlaß zu zahlreichen Solidaritätsaktionen mit linken Gruppen in diesen Ländern (u. a. Aktionsprogramm der KPD; „Roter Morgen“ vom 1. Mai und vom 21. Dezember 1974; Chile-Konferenz in Hamburg am 20. November 1974).

II. Übersicht über Studentenparlamente und Allgemeine Studentenausschüsse

1. Studentenparlamente

Nach den Wahlen im Sommersemester 1974 gehörten in Studentenparlamenten an 45 Universitäten und Hochschulen linksradikalen Studenten mindestens 590 von 1 695 Sitzen. Die nachfolgende Übersicht, die für die Jahre 1971 bis 1973 von der Bundesregierung bekanntgegebene Zahlen übernimmt (für 1971 von 32, für 1972 von 34, für 1973 von 42 Hochschulen), stützt sich auf die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz am 30. September 1974 veröffentlichte Übersicht. Die angesichts oft nicht eindeutiger Zuordnung geübte Vorsicht dürfte bei den Angaben über die Neue Linke eher zu einer zu niedrigen Bewertung geführt haben.

In den Allgemeinen Studentenausschüssen stellen Linksradikale trotz ihrer Wahlverluste noch immer die Hälfte aller Mitglieder. Der Anteil der „Neuen Linken“ ist, auch unter Berücksichtigung der Unsicherheiten in den Berechnungsgrundlagen, am stärksten zurückgegangen.

Die in mindestens 16 AStA-Koalitionen zusammenarbeitenden MSB-Spartakus und SHB haben ihre Positionen fast gehalten. Im Verhältnis zu ihren Mandaten in Studentenparlamenten sind sie weiterhin in Allgemeinen Studentenausschüssen weit überrepräsentiert. Sie verdanken das der Tatsache, daß andere linke Studentengruppen in aller Regel nur mit ihnen oder untereinander koalieren, unter keinen Umständen aber mit nicht zur Linken zählenden Gruppen.

Gruppen	Zahl der Sitze				Anteil in %				Vertreten in (Zahl der Parlamente)			
	1971	1972	1973	1974	1971	1972	1973	1974	1971	1972	1973	1974
Neue Linke	425	368	339	239	33,0	28,1	21,9	14,0	29	27	35	34
MSB-Spartakus	105	99	174	152	8,1	7,5	11,3	9,0	23	21	33	36
SHB	215	219	160	199	16,7	16,7	10,3	11,6	23	20	21	26
Linksradikale insgesamt	745	686	673	590	57,8	52,3	43,5	34,6				
Sonstige	543	626	874	1 105	42,2	47,7	56,5	65,4				
	1 288	1 312	1 547	1 695	100	100	100	100				

Der Anteil der Linksradikalen ist 1974 ganz überwiegend auf Kosten der „Neuen Linken“ von 43,5 % auf 34,6 % zurückgegangen. Der MSB-Spartakus konnte seine 1973 erzielten sehr hohen Gewinne nicht vollständig halten. Der SHB holte einen Teil seiner Verluste von 1973 wieder auf.

2. Allgemeine Studentenausschüsse

Von den in gleicher Weise wie bei den Studentenparlamenten ermittelten 244 AStA-Mitgliedern an 37 Universitäten und Hochschulen stellten Linksradikale 124 (= 50,2 %). Die nachfolgende Übersicht übernimmt gleichfalls für 1971 bis 1973 die Angaben der Bundesregierung (1971 für 32, 1972 für 36, 1973 für 39 Universitäten).

Gruppen	Zahl der Sitze				Anteil in %				Vertreten in (Zahl der Parlamente)			
	1971	1972	1973	1974	1971	1972	1973	1974	1971	1972	1973	1974
Neue Linke	78	85	70	28	35,1	33,5	27,3	11,3	18	20	15	8
MSB-Spartakus	28	38	48	43	12,7	15,0	18,8	17,3	12	16	18	18
SHB	44	52	50	53	19,8	20,5	19,5	21,6	13	15	14	17
Linksradikale insgesamt	150	175	168	124	67,6	69,0	65,6	50,2				
Sonstige	72	78	88	120	32,4	31,0	34,4	49,8				
	222	253	256	244	100	100	100	100				

III. Tätigkeit der orthodoxen Kommunisten

1. Organisatorische und politische Entwicklung

a) Deutsche Kommunistische Partei

aa)

Die DKP und die SEW bewegen sich auf der ideologischen und politischen Linie der SED und bekennen sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres Handelns (Verfassungsschutzbericht 1969/70, Bundesministerium des Innern). Daß diese Feststellung weiter zutrifft, bekräftigte der DKP-Vorsitzende Mies bei seinem Treffen mit dem 1. Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, am 5. November 1974. Mies verwies bei diesem Treffen „auf die große Bedeutung, die der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ... in der DDR ... auch für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik besitzt“. — „Der offene und herzliche Meinungsaustausch bestätigte die völlige Übereinstimmung in allen behandelten Fragen. Das schließt insbesondere auch das gemeinsame Wirken der beiden Bruderparteien ein, über dessen Hauptinhalte für 1975 sich die Genossen Erich Honecker und Herbert Mies verständigten.“ Die DKP kämpft, in der Tradition der verbotenen KPD, für die sozialistische Revolution (von ihr meist verschleiern als „sozialistische Umwälzung“ bezeichnet) und für die Diktatur des

Proletariats (in der Regel mit den Schlagworten „Herrschaft (Macht) der Arbeiterklasse“ umschrieben).

Sie tut das als disziplinierte, jeden innerparteilichen Pluralismus unterbindende Kaderpartei. „Die marxistische Partei (ist), im Unterschied zu anderen Parteien, kein Sammelsurium von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und oft auch auseinandergehender politischer Vorstellungen. Unsere Partei ist vielmehr ein Kampfbund von Gleichgesinnten. Seine Stärke besteht in der gemeinsamen Weltanschauung, der Theorie von Marx, Engels und Lenin. Sie besteht in der festen Organisation, die auf dieser gemeinsamen Weltanschauung, auf der innerparteilichen Demokratie und der für alle Mitglieder gleichermaßen verbindlichen Disziplin und Beschlußtreue beruht“ (Präsidiumsmitglied W. Gerns).

bb)

Die DKP ist erfolgreich bemüht, ihren Mitgliederstand (1969: 23 000; 1970: 30 000; 1971: 34 000; 1972: 36 000; 1973: 39 300) zu steigern; 1974 hat sie die 40 000er Marke nicht unerheblich überschritten. Sie hat ihren Organisationsstand so verbessert, daß sie sich 1974 erstmals die Abwicklung einer Veranstaltung zutrauen konnte, deren Besucherzahl die ihrer Mitglieder um ein Mehrfaches überstieg (vgl. III. 5. c. bb) auch die Organisationsdichte nimmt weiter

zu. Wieweit sie sich entwickelt hat, zeigt zum Beispiel Hamburg, wo die DKP 1974 u. a. die folgenden Stadtteil-, Betriebs- und Hochschulgruppen unterhielt:

Wohngebietsgruppen

Gruppe Altona Stadt
 Gruppe Bahrenfeld
 Gruppe Barmstedt
 Gruppe Bergedorf
 Gruppe Blankenese
 Gruppe Billstedt
 Gruppe Bramfeld
 Gruppe Dulsberg
 Gruppe Eimsbüttel
 Gruppe Eppendorf-Hoheluft
 Gruppe Großborstel
 Gruppe Hamm
 Gruppe Harburg
 Gruppe Harvestehude-Rothenbaum
 Gruppe Hohenhorst
 Gruppe Horn
 Gruppe Kirchdorf
 Gruppe Lurup
 Gruppe Meiendorf-Berne
 Gruppe Niendorf
 Gruppe Ottensen
 Gruppe Quickborn-Bönningstedt
 Gruppe Rothenbaum Veddel
 Gruppe Schnelsen
 Gruppe Süderelbe
 Gruppe St. Pauli Nord-Innenstadt
 Gruppe St. Pauli Landungsbrücken
 Gruppe St. Pauli Süd
 Gruppe Stellingen
 Gruppe Wandsbeck
 Gruppe Wilhelmsburg
 Gruppe Winterhude-Süd
 Gruppe Winterhude-Nord

Betriebsgruppen

Betriebsgruppe Beiersdorf
 Betriebsgruppe Baubehörde
 Betriebsgruppe Gesundheitswesen
 Lehrergruppe
 Betriebsgruppe Öffentlicher Dienst
 Betriebsgruppe Post
 Seeleute-Gruppe
 Betriebsgruppe Siemens
 Betriebsgruppe Hamburger-Stahlwerke
 Betriebsgruppe Wasserwerk

Hochschulgruppen

Hochschulgruppe Erziehungswissenschaft
 Fachhochschulgruppe
 Hochschulgruppe Kunst
 Hochschulgruppe Jura-Wirtschaftswissenschaften-Medizin
 Hochschulgruppe Mathematik-Naturwissenschaften
 Hochschulgruppe HWP

Zur „politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der Parteigruppen“ leitete die DKP 1974 nach dem Vorbild der KPdSU die Ausgabe neuer Parteibücher ein. Das DKP-Präsidium will sicher-

stellen, daß diese Aktion nicht bloß erfassungstechnischen Charakter erhält, sondern über „individuelle und kollektive Gespräche“ der Mobilisierung aller Parteimitglieder und Parteigruppen dient. Damit sollen gegenwärtige Mängel und Nachlässigkeiten bei der Beitragszahlung, dem Besuch von Mitgliederversammlungen und Bildungsabenden und der Mitgliederverwaltung beseitigt werden (vgl. UZ vom 2. Dezember 1974).

cc)

Seit Jahren ist bekannt, daß der DKP zur Deckung ihres Finanzbedarfs erhebliche Zuwendungen aus der DDR zufließen (vgl. z. B. Protokoll des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1973).

Diese Mittel werden selbstverständlich in dem von der DKP nach dem Parteiengesetz vorzulegenden Nachweis ihrer Einnahmen nicht aufgeführt. Der letzte Nachweis (für 1973) nennt Einnahmen von 9,3 Millionen DM; dazu unentgeltliche Leistungen von Mitgliedern für 2,36 Millionen DM. Im 1. Halbjahr 1974 hat die DKP nach eigenen Angaben ca. 3,15 Millionen DM an Spenden eingenommen. Weitere offen erkennbare Einnahmen fließen ihr über Inserate von DDR-Betrieben in der UZ zu (z. B. allein im November und Dezember 1974 vier achtseitige Anzeigenbeilage). Annähernd 3 Millionen DM erbringt das UZ-Messe-Magazin, in dem zahlreiche Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland zur Leipziger Messe inserieren. Es wurden Hinweise bekannt, daß der größte Teil der Finanzmittel, den die DKP für ihre zahlreichen und aufwendigen Propagandaaktionen braucht, aus der DDR über Firmen in Österreich und der Schweiz an die DKP fließt, und daß einigen DDR-Außenhandelsunternehmen zu zahlende Provisionen der DKP zugute kommen. Die Zuwendungen aus der DDR liegen bei 25 bis 30 Millionen DM jährlich für den Parteiapparat der DKP. Die Frage, ob die Finanzierung der DKP aus der DDR sich mit dem Grundvertrag vereinbaren läßt, ist noch offen; sie wird noch zu klären sein.

dd)

Auch 1974 beteiligte sich die DKP durch Austausch von Delegationen und Mitwirkung an Parteikonferenzen intensiv an der Arbeit des Internationalen Kommunismus.

Der DKP fällt dabei mit den anderen kommunistischen Parteien der „kapitalistischen Länder“ die Aufgabe zu, „alle günstigen Möglichkeiten für die Entwicklung der Klassenauseinandersetzung maximal zu nutzen und zugleich zu verhindern, daß die faschistischen Kräfte zum Zuge kommen. Die Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie ist dabei ohne Zweifel eine wichtige Unterstützung“ (Reinhold ZK der SED).

Solche günstigen Möglichkeiten schafft vor allem „die internationale Wende vom kalten Krieg zur Entspannung“ (Prof. Dr. H. Bartsch, SED).

Die DKP veranstaltet Anfang Oktober 1974 in Düsseldorf eine Arbeitstagung mit Vertretern von 9 europäischen kommunistischen Parteien und der SEW, die sich u. a. mit gemeinsamen Aktionen

gegenüber den multinationalen Konzernen und der Vorbereitung einer KP-Konferenz über Frauenfragen befaßte. Sie beteiligte sich auch bei den Vorbereitungen für die Konferenz der europäischen Kommunisten, die in der 1. Hälfte in Ost-Berlin stattfinden soll.

1974 entsandte die DKP Delegationen u. a. in die UdSSR, nach Polen, Bulgarien und in die DDR; sie empfing zahlreiche Delegationen u. a. aus der UdSSR, der DDR und Portugal.

b) Hilfsorganisationen der DKP und von ihr beeinflusste Gruppen

aa)

Die sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) veranstaltete im Mai 1974 ihren 4. Bundeskongreß in Hannover. Sie hatte nach eigenen Angaben zu diesem Zeitpunkt 27 442 Mitglieder (1973: 24 500) in 500 Gruppen, 142 (1973: 104) davon in Nordrhein-Westfalen.

Nachfolger des bisherigen Bundesvorsitzenden Rolf Jürgen Priemer (Mitglied des Präsidiums der DKP) wurde dessen Stellvertreter Wolfgang Gehrcke (Mitglied des Parteivorstandes der DKP), zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dieter Gautier (Bremen) gewählt. Priemer bleibt Mitglied des Bundesvorstandes.

Wenn sich die SDAJ auch gelegentlich verwarht, als „Nachwuchsorganisation der DKP“ bezeichnet zu werden (so die Frankfurter SDAJ-Vorsitzende Doris Müller), versteht sie sich doch selbst in Übereinstimmung mit der DKP als deren Jugendorganisation und betont „das enge Kampfbündnis der Arbeiterjugend mit der Partei der Arbeiterklasse, den Bund der SDAJ mit der DKP“ (UZ vom 24. Mai 1974). Dieser Kampfbund drückt sich auch in zahlreichen personellen Verbindungen aus. Neben den bereits genannten DKP-Funktionären gehören zum Beispiel dem Bundesvorstand an:

Ulrich Sander,	Jugendreferent beim DKP-Parteivorstand,
Helga Riesberg,	Mitglied des DKP-Bezirks- vorstandes Ruhr-Westfalen,
Werner Teriet,	Mitglied des DKP-Bezirks- vorstandes Ruhr-Westfalen,
Heinz Koch,	Mitglied des DKP-Bezirks- vorstandes Rheinland/West- falen.

Das Wachstum der SDAJ in den letzten Jahren hat zu gewissen Strukturschwierigkeiten, vor allem durch mangelnde Anpassung von Zahl und Qualifikation der Funktionäre geführt. Bei dem 4. Bundeskongreß bestand Übereinstimmung, diesen Problemen durch Heranziehung zusätzlicher Funktionäre und Verbesserung der Ausbildung zu begegnen.

Das Organ der SDAJ ist die Monatszeitschrift „elan — das sozialistische Jugendmagazin“, das im Weltkreis-Verlag, Dortmund, erscheint. Die Zahl der von der SDAJ herausgegebenen Betriebszeitun-

gen steigt weiter; allein in Nordrhein-Westfalen sind es 169 (1973: 129).

bb)

In Ausführung des Beschlusses auf dem Hamburger Parteitag der DKP im November 1973: „Der Parteivorstand wird beauftragt, alle Bestrebungen zu fördern, die der Schaffung einer sozialistischen Kinderorganisation in der Bundesrepublik Deutschland zu dienen“, wurde am 1. Juni 1974 in Bottrop die Organisation „Junge Pioniere“ (JP) gegründet.

Die „Jungen Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation“ sind nach ihrer Satzung eine „sozialistische Organisation der Kinder des werktätigen Volkes der Bundesrepublik Deutschland“. Ihr können angehören:

- „a) Alle Jungen und Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland, gleich welcher Nationalität, im Alter von 6 bis 14 Jahren.
- b) Jugendliche und Erwachsene, die die Organisation oder Gruppe leiten, unterstützen und fördern.“

Die Kinder haben aktives und passives Wahlrecht für Gruppen- und Orts-Pionierräte, die erwachsenen Mitglieder wählen direkt oder durch Delegierte die Leitungen auf allen Ebenen des Verbandes.

Formal sind die Jungen Pioniere zwar keine Jugendorganisation der DKP, doch bestätigen Gründungsvorgang und die politische Ausrichtung eben diese Funktion (dazu im einzelnen G. Langguth, Klassenkampf im Sandkasten — „Junge Pioniere“ — Kinderorganisation der DKP, als Manuskript gedruckt, Bonn November 1974).

Die Gründungsvorbereitung lag bei einem Initiativkreis, zu dem u. a. gehörten:

Herman Gautier,	stellvertretender Vorsitzender der DKP,
Ulrich Sander,	Referent für Jugendpolitik beim Parteivorstand der DKP, Mitglied des Bundesvorstandes SDAJ,
Achim Krooß,	Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der SDAJ.

Die „Marxistischen Blätter“ beurteilten die Gründung der Jungen Pioniere als „entscheidendes historisches Ereignis“: „Die Tradition sozialistischer Erziehung wird jetzt in der Bundesrepublik fortgesetzt. — Der bürgerlichen Klassenerziehung, der Kinderfeindlichkeit des Imperialismus wird eine sozialistische Organisation der Arbeiterkinder entgegengesetzt. Die Arbeiterkinder sind Kinder ihrer Klasse.“

Auf der Gründungskonferenz in Bottrop, bei der etwa 100 bereits bestehende sozialistische Kindergruppen vertreten waren, wurde die 1. Bundesleitung gewählt. Sie entschied sich für Achim Krooß (27), Dortmund-Scharnhorst, als 1. Vorsitzenden. Die Wahl der 33köpfigen Bundesleitung macht die personelle Verbindung zur DKP und ihren übrigen Hilfsorganisationen sehr deutlich: mehr als zwei

Drittel der Mitglieder gehören der DKP an (vgl. Drucksache 7/2534). Beispielhaft seien genannt:

Gabriele Pöll,	DKP, MSB-Spartakus (Hannover),
Hans Schulte,	Partei Vorstand der DKP, Mitglied der IG Metall, Betriebsrat (Essen),
Doris Rutz,	Bezirksvorstand der DKP-Ruhr/Westfalen, Mitglied der GEW (Gelsenkirchen-Buer),
Erwin Ebeling,	Partei Vorstand der DKP, Mitglied der IG-Metall, Betriebsratsvorsitzender (Hagen).

Die Jungen Pioniere haben inzwischen nach eigenen Angaben 141 Gruppen.

Eine geplante eigene Zeitschrift „Willibald“ erscheint bisher noch nicht regelmäßig. Die UZ-Wochenzeitung widmet den Jungen Pionieren regelmäßig eine Seite.

cc)

Der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) „weiß sich der DKP durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden“ (Grundsatzklärung des MSB). Der MSB veranstaltete am 22. Februar 1974 in Frankfurt seinen 3. Bundeskongreß. Er wählte einen neuen 58köpfigen Bundesvorstand. Neuer Vorsitzender als Nachfolger des nicht mehr für den Vorsitz kandidierenden Christoph Strawe wurde Steffen Lehndorff (27), der bis 1970 Mitglied des Bundeszentralrates des SHB war. Alle Bundesvorstandsmitglieder wurden einstimmig von den 302 Delegierten gewählt. Bei seiner 5. Tagung am 15. Dezember 1974 wählte der Bundesvorstand des MSB Beate Landefeldt und Rainer Kings zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden.

Auch beim MSB ist die Verbindung mit der DKP personell abgesichert. So sind z. B. der Vorsitzende Steffen Lehndorff und seine Stellvertreterin Beate Landefeldt Mitglieder des Parteivorstandes der DKP; das Mitglied des Sekretariats Klaus Proft ist Mitglied des Bezirksvorstandes Rheinland/Westfalen der DKP.

Im Februar 1974 hatte der MSB bereits 4 428 Mitglieder (1970: 1 000; 1971: 2 000; 1972: 2 500; 1973: 3 500). Durch die Aufnahme weiterer Gruppen ist deren Zahl bis Ende 1974 auf 150 angewachsen.

Der MSB-Spartakus hat damit seine Stellung als stärkster linksradikaler Studentenverband ausgebaut. Zur inneren Stabilisierung veranstaltete auch der MSB 1974 die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher; das Verfahren intensiver Gespräche bei dieser Gelegenheit entsprach dem der DKP: „Der Zwang, derartige Fragen (d. h. „über den Stand der Verankerung eines jeden einzelnen Genossen unter den Studenten“) zu beantworten, (deckt) in konkretester, direktester, schonungslosester Weise den Stand der Massenverankerung des Genossen und letztlich des Masseneinflusses unserer Organisation auf“ (stellv. Vors. K. Gröke, 4. Tagung des Bundesvorstandes).

dd)

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten“ (VVN) hat ihre propagandistische Tätigkeit als Hilfsorganisation der DKP 1974 verstärkt. Seit Mai 1974 gibt sie neben ihrer Wochenzeitung „die tat“ einen unregelmäßig erscheinenden Informationsdienst „VVN-Informationsdienst“ heraus. Der Dienst bringt Nachrichten über die VVN und ihre Politik und will über die „Rechtskräfte und ihren Einfluß“ in der Bundesrepublik Deutschland aufklären.

Die VVN übernahm es, mit großem Aufwand den Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung des Friedens“ zu verbreiten, mit dem versucht wurde, breite Unterstützung für DKP-gesteuerte Volksfrontbemühungen zu gewinnen.

Auch die VVN ist mit der DKP personell unmittelbar eng verbunden; so gehören ihrem Präsidium zum Beispiel die DKP-Funktionäre Hans Jennes und Willi Höhn an.

Auf ähnliche Weise wie die VVN tritt auch die „Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer“ (IEDW) als kommunistische Hilfsorganisation auf.

Die Deutsche Friedens-Union (DFU), die als DKP-Hilfsorganisation vor allem in bürgerlichen Kreisen wirkt, hatte 1974 erheblichen Anteil an Vorbereitung und Durchführung eines Kongresses für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (s. u. „Volksfront-Politik“). Unter den besonders in der DFU und der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) organisierten christlichen Bündnispartnern der DKP entstanden 1974 Meinungsverschiedenheiten über die einigen führenden Mitgliedern zu DKP-freundlich erscheinende Tendenz von Presseorganen dieser Organisationen.

2. Bündnispolitik

a) „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten

„Die Kommunisten messen der Einheit der Arbeiterklasse eine entscheidende Bedeutung bei; deshalb nehmen sie Stellung für die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Sozialdemokraten, um heute ein fortschrittliches, demokratisches System zu schaffen und morgen die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Sie tun alles, was in ihren Kräften steht, um diese Zusammenarbeit zu verwirklichen.“ Getreu diesem Beschluß der Kommunistischen Weltkonferenz von 1969 hieß auch 1974 eine der wichtigsten Parolen der DKP: „Wir wirken unermüdet für die Aktionseinheit“ (die Zusammenarbeit von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern, vgl. zum Beispiel Eigenbeilage zu UZ Nr. 241/74). Ansätze zu solcher Aktionseinheit sieht die DKP in der SPD vor allem bei den „linken Kräften“ und denen, „die sich am Marxismus zu orientieren versuchen“; dazu werden vor allem die auf 5 000 bis 8 000 bezifferten Anhänger der „Stamokap“ — Theorie (staatsmonopolistischer Kapitalismus) unter den Jungsozialisten gerechnet, wie überhaupt alle Sozialdemokraten, die

sich für die Idee der Klassengesellschaft und gegen die Idee der Gruppengesellschaft entschieden haben („Neues Deutschland“ vom 9. April 1974). Ihnen stellt sie mit dem offenkundigen Bemühen, deren Glaubwürdigkeit zu treffen, die „prokapitalistische Politik der rechts-sozialdemokratischen Führung“ gegenüber. Besonders dem Bundeskanzler wirft die DKP „völlige Unterordnung der Sozialdemokratie unter die bürgerliche Ideologie“ vor.

Unter Berufung auf Entwicklungen in Frankreich, Italien, Portugal und anderen Ländern erwartet die DKP auch für die Bundesrepublik Deutschland auf die Dauer eine verstärkte Tendenz zu gemeinsamem Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten (u. a. Kapluck, UZ vom 6. September 1974, Mies, Rede auf dem UZ-Pressfest).

Die Bemühungen um die „Aktionseinheit“ hindern allerdings die DKP nicht, vor allem gegenüber linken Jungsozialisten, bisweilen kaum verhüllt für den Übertritt von der SPD zur DKP zu werben:

„Diese SPD ist nicht die politische Heimat junger Sozialisten. Die politische Heimat junger Sozialisten ist die DKP“ (UZ vom 12. Juli 1974).

Die Bemühungen der DKP und ihrer Hilfsorganisationen, Sozialdemokraten für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, hatten auf vielen Ebenen zunehmenden Erfolg, obwohl der SPD-Vorstand die Abgrenzung der SPD gegenüber der DKP und die Absage an „Aktionseinheiten“ 1974 erneuerte.

Entgegen den „Abgrenzungsbeschlüssen“ gab es sowohl aus dem Bundesvorstand der Jungsozialisten (vgl. z. B. Juso-Bundesinformation 14/74) als auch aus deren Bezirken (z. B. SPD und Doppelstrategie, Thesen zur Position der Jungsozialisten im Bezirk Hannover) nachdrückliche Unterstützung für die „Aktionseinheit“. Zu praktischer Zusammenarbeit, an der sich neben jüngeren Sozialdemokraten auch Funktionäre der mittleren Ebene, einzelne Parlamentarier und ein Bundesminister beteiligten, kam es vor allem bei der Kampagne gegen „Berufsverbote“, bei der Bewegung für „Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ und bei „Solidaritätsaktionen“ wie der DKP-gesteuerten „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“.

b) „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften

„Zur kommunistischen Taktik gehört es, durch Unterstützung demokratischer Bestrebungen zunächst die eigene Seriosität scheinbar unter Beweis zu stellen, dann die Gruppierung organisatorisch und personell in den Griff zu bekommen und schließlich unter Modifizierung der ursprünglichen Ziele demokratiefeindliche Tendenzen durchzusetzen. Daß hierbei erstaunliches persönliches Engagement zu beobachten ist und der Vorgang in ein ideologisches Niveau von Dialektik und Bewußtseinswerdung gehoben werden kann, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich schlicht um Etikettenschwindel und Unterwanderung handelt.“ (BM des Innern, Innere Sicherheit Nr. 25 vom 14. November 1974).

Diese kommunistische Taktik entspricht dem von Lenin gerade für die westeuropäischen Verhältnisse

entworfenen Vorgehen gegenüber den Gewerkschaften:

„Man muß . . . zu allen und jeden Opfern entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten . . . Natürlich, in Westeuropa, das von besonders stark eingewurzelten Vorurteilen der Legalität, von konstitutionellen, bürgerlich-demokratischen Vorurteilen besonders durchtränkt ist, läßt sich so etwas schwerer durchführen. Aber man kann und muß es durchführen, und zwar systematisch durchführen. (Lenin, Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?, Ausgew. Werke II, S. 693 ff., Berlin 1955). Die DKP betont zwar immer wieder, „die wesentlichen Einschätzungen des DGB-Grundsatzprogramms decken sich mit den Einschätzungen der DKP“. Aber sie gesteht selbst zu: „Es gibt natürlich keine volle Übereinstimmung. Die DKP vertritt weitergehende Ziele als die Gewerkschaften. Sie sagt, daß durch Reformen die unversöhnlichen Klassengegensätze nicht harmonisiert sind“ (Marxistische Blätter, Heft 3, 1974). Gewerkschaftlicher Kampf ist für sie Klassenkampf. Dessen Ziel aber „ist eine grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse, oder mit einem anderen Wort ausgedrückt: sie ist eine Revolution“. (Gerns, 5. PV-Tagung Oktober 1974).

Andererseits war die DKP auch 1974 nachdrücklich bestrebt, die gewerkschaftsoppositionelle Arbeit der Neuen Linken zu bekämpfen und deren Verfechtern die Qualifikation als „Kommunisten“ abzuspochen.

Die DKP intensivierte ihre Gewerkschaftsarbeit auch im vergangenen Jahr. Sie versicherte dem DGB anlässlich seiner 25-Jahr-Feier „aller Sympathie“ und forderte für ihn „die volle Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte des Landes“. Dazu gehört, daß die DKP Wert darauf legt, daß möglichst viele ihrer Mitglieder dem DGB angehören (bereits 1973 nach eigenen, wahrscheinlich zutreffenden Angaben 85 %).

Die DKP erzielte bei ihren Bemühungen, als „loyaler Partner“ der Gewerkschaften anerkannt zu werden, 1974 weitere Erfolge.

In keiner Einzelgewerkschaft wurden für die NPD-Mitglieder und Angehörige der Neuen Linken bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf DKP-Mitglieder ausgedehnt. Ein entsprechender Versuch in der GEW blieb erfolglos; eine Distanzierung des DGB-Landesvorstandes Bayern gegenüber DKP und SDAJ stieß alsbald auf den Widerstand der DGB-Landesjugendkonferenz.

Allerdings kam es im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit Kommunisten verschiedener Konfession in der GEW gegen Ende 1974 erneut zu einer Diskussion der Haltung gegenüber der DKP.

Andererseits bekräftigte die größte Einzelgewerkschaft, die IG. Metall, ausdrücklich, daß sie mit DKP-

Mitgliedern einverstanden sei. „Die Deutsche Kommunistische Partei, die als eine legale Partei in der Bundesrepublik die Plattform für den Arbeiter hat, ist genau wie andere Parteien in dieser Einheitsgewerkschaft zu Hause, und zwar so lange, wie sie gemäß unseren gewerkschaftlichen Grundsätzen in unserer Einheitsorganisation arbeitet.“ (Eugen Loderer, 11. IGM-Tag, September 1974).

Diese Erklärung und die erstmalige Verlesung des Begrüßungstelegramms der DKP bei dem Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) wurde von der DKP als Erfolg ihrer Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit den Gewerkschaften stark herausgestellt.

Ein Fortschritt für die kommunistische Seite sind auch Absprachen über Kontaktaufnahmen mit dem FDGB der DDR und der französischen kommunistischen Gewerkschaft CGT, wie sie zum Beispiel die DPG beschloß, und die vom DGB im Vertrauen auf den FDGB mit diesem getroffene Verabredung, beide Organisationen aus Spionagetätigkeiten herauszuhalten.

Ein Einbruch ist den Kommunisten auch im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) gelungen. Der EGB entschied sich — allerdings gegen die Stimme des DGB — für die Aufnahme des kommunistisch orientierten italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL, der gleichzeitig im kommunistischen Weltgewerkschaftsbund bleibt.

Die folgenden wenigen Beispiele verdeutlichen, wie es z. T. hohen DKP-Funktionären gelungen ist, dank ihres vordergründig starken Engagements in DGB-Funktionen einzudringen:

Willy Anheyer, Mitglied des Kreisvorstandes Mülheim/Ruhr der DKP, Mitglied des Bezirksvorstandes Ruhr/Westfalen, Vorsitzender der IG-Holz Mülheim/Ruhr, Mitglied des DGB-Bezirksvorstandes,

Günter Arndt, Mitglied des DKP-Kreisvorstandes Frankfurt, Mitglied des Hauptvorstandes der IG-Holz und Kunststoffe,

Peter Knopf, stellvertretender Vorsitzender DKP Darmstadt, Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen, Mitglied der Tarifkommission der IG-Chemie Hessen,

Willi Malkomes, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, Mitglied des DGB-Kreisvorstandes Frankfurt und der Tarifkommission der IG-Chemie Hessen,

Wolfgang Repp, Mitglied des Kreisvorstandes DKP Frankfurt, Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen, Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes der DPG in Frankfurt, Delegierter zum DPG-Kongreß,

Werner Ronig, Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Mettmann, Mitglied des Bezirksvorstandes Rheinland/Westfalen, Funktionär der IG-Metall, Delegierter zum IG-Metall-Kongreß,

Ingrid Schuster, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, Mitglied des Hauptvorstandes der Ge-

werkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

c) Betriebsarbeit

Den Betriebsgruppen, vor allem denen in Großbetrieben mißt die DKP „für die Stärkung des Masseneinflusses unserer Partei in der Arbeiterklasse“ eine entscheidende Bedeutung zu. Ihnen obliegt es, die Probleme aufzugreifen, „die den Arbeitern auf den Nägeln brennen, die in den Gewerkschaften diskutiert werden, um die herum Forderungen und Bewegungen in der Arbeiterklasse entstehen“, und sie in einer „arbeitergemäßen Sprache“ darzustellen, um eine wachsende Zahl von Arbeitern als Bündnispartner zu gewinnen. (Gerns, 5. PV-Tagung).

Die verschlechterte wirtschaftliche Situation, weiterer Preisanstieg bei gleichzeitig stark anwachsender Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, boten der DKP 1974 verbesserte Anknüpfungspunkte für ihre Betriebsarbeit. „Die Problematik Löhne, Preise und Arbeitsplätze“ sieht sie als das „Kettenglied, das wir in allen Bereichen der Parteiarbeit aufgreifen müssen“. (Gerns, 5. PV-Tagung).

Dementsprechend entwickelte die DKP auf der Grundlage eines Beschlusses bei der 5. Tagung des Parteivorstandes eine großangelegte und aufwendig betriebene Aktion „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“.

Auf der Grundlage eines Anfang November 1974 vorgelegten „Entwurfs der DKP für ein Preisstoppgesetz“ wurden umfangreiche Unterschriftensammlungen veranstaltet, Aktionen und „Bürgerinitiativen“ organisiert, „Märkte“ mit gezielter Unterbietung der Preise für Lebensmittel des täglichen Bedarfs abgehalten.

Auf die Ankündigung von Kurzarbeit oder Entlassungen reagierte die DKP mit dem massenhaften Einsatz von Sonderausgaben einzelner Betriebszeitungen (z. B. 25 000 Stück der Zeitung der DKP-Betriebsgruppen bei VW „Roter Käfer“). In Betriebszeitungen, Flugblättern und Kundgebungen wird die Gelegenheit genutzt, angesichts der verbreiteten Ungewißheit über die Erhaltung von Arbeitsplätzen, „das Beispiel des realen Sozialismus zu propagieren“. Das geschieht vor allem durch den Hinweis, daß in den sozialistischen Ländern Begriffe wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unbekannt seien.

In der Diskussion über die gesetzliche Regelung der Mitbestimmung unterstützt die DKP zwar die Position des DGB und plädiert auch hier für die Aktionseinheit. Sie macht aber deutlich, daß die Mitbestimmung nur „ein erster Schritt“ in Richtung auf ihre „antimonopolistische Zielsetzung“ sein kann (UZ vom 5. August 1974).

Die DKP bewertet die ideologische Linie einer Reihe von Betriebszeitungen kritisch, die nach ihrer Auffassung bisher den Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen und die politische Werbung unverbunden nebeneinandergesetzt oder gar keine politische Arbeit betrieben haben. Sie will erreichen, daß alle Betriebsgruppen und die von ihnen herausgegebenen Zeitungen „gleichzeitig den ökonomischen, den politischen und ideologischen Kampf“ führen.

Für die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1975 setzt sich die DKP nachdrücklich für gewerkschaftliche Einheitslisten ein, in denen sie sich für ihre Mitglieder weitere Erfolge verspricht. Um ihren Anspruch als einzige wahre Arbeiterpartei zu bekräftigen, legt die DKP großen Wert darauf, daß vor allem möglichst viele ihrer mittleren Parteifunktionäre Betriebsräten und Jugendvertretungen angehören. So sind zum Beispiel mindestens ein Viertel der 65 Mitglieder des DKP-Bezirksvorstandes Ruhr/Westfalen Jugendvertreter, Betriebsräte oder Betriebsratsvorsitzende.

d) „Volksfront – Politik“

Die DKP hat 1974 erhebliche Anstrengungen zur Entwicklung ihrer Bündnispolitik gemacht. Präsidiumsmitglied K. Fritsch wies bei der 4. PV.-Tagung im Juni darauf hin, „daß der Kampf um Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit nur im Bündnis mit allen demokratischen Linkskräften geführt werden kann. Darum ist es notwendig, daß die Partei sich mehr als bisher dieser Bündnisarbeit zuwendet“ (vgl. Beilage zur UZ vom 22. Juni 74). Das Klima für die Bildung „breiter Bündnisse“ hat sich im Sinne der DKP weiter verbessert. „Die Aufgeschlossenheit gegenüber der DKP ist größer geworden. Davon zeugt ja auch unser Pressefest. Dieser großartige Erfolg wäre vor vier oder fünf Jahren sicher noch nicht möglich gewesen“. (Gerns, 5. PV-Tagung). Diese eigene Einschätzung der DKP ist realistisch.

Mit politischen Themen wie „Frieden, Abrüstung, Zusammenarbeit“, „Arbeitsplatzsicherung“, Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt“, „Schulnotstand“, „Berufsverbote“ sucht die DKP Volksfronten mit demokratischen Parteien und Organisationen oder Teilen von ihnen über den sozialistischen Bereich hinaus aufzubauen. Partner findet sie vor allem unter Christen, Pazifisten, Opfern von Gewaltregimen und ihren Sympathisanten.

Unterstützt wird die DKP dabei von einem breiten Kreis von Hilfsorganisationen und auf sie orientierter Gruppen, wie der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA), der „Deutschen Friedens-Union“ (DFU), der „Vereinigung demokratischer Juristen“ (VDJ), der „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG/VK), dem „Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK), der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft“, dem „Pressedienst Demokratische Initiative“ und vielen anderen. Im Bereich dieser Hilfsgruppen ist es 1974 mit offenkundiger Förderung und Unterstützung der DKP zu einer Straffung und Zusammenfassung der Kräfte gekommen. Das geschah im November 1974 durch den Zusammenschluß der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG/IDK) mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) zu der neuen, nach eigenen Angaben 25 000 Mitglieder zählenden Organisation „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“. Beide Organisationen hatten schon bisher die DKP unterstützt.

Dem neuen Verband stehen die Vorsitzenden der fusionierten Verbände, H. M. Vogel und Klaus Mannhardt (Mitarbeiter der kommunistischen „Deutschen Volkszeitung“) gleichberechtigt vor. Die DFG/VK betont zwar formell ihre parteipolitische Unabhängigkeit, doch zeigen zahlreiche Passagen des Programms (u. a. Aufhebung des KPD-Verbots, des Notstandsrechtes und des „Berufsverbots“) deutlich ihre Orientierung zur DKP.

Dem Auftrag des DKP-Präsidiums, den „Kampf für Frieden und Abrüstung, für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ zu einem „politischen Schwerpunkt der massenpolitischen Arbeit der DKP“ zu machen, entsprach die mit beträchtlichem publizistischen Aufwand in den DKP-eigenen und nahestehenden Presseorganen begleitete Vorbereitung und Durchführung des am 7. Dezember 1974 in Bonn-Bad Godesberg abgehaltenen „Kongresses für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“. Ziel dieses Kongresses war es, „zur Verständigung zwischen Organisationen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugungen beizutragen“ und künftigen Aktionen neue Impulse zu verleihen. Der Kongreß war als „Volksfront“-Aktion erfolgreich: der Aufruf dazu wurde unter anderem von den Bundestagsabgeordneten Möllemann (FDP) und Walkhoff (SPD) sowie einer Vielzahl von Funktionären der SPD (z. B. 35 Mitglieder einer Kreisdelegierten-Konferenz), der Jusos (z. B. Beschluß des militärpolitischen Kongresses des Jusos Baden-Württemberg) und der Deutschen Jungdemokraten unterzeichnet. Auch hier kam es mit der Gründung eines Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und der Errichtung eines geschäftsführenden „Verbindungsausschusses“ zu einer gestrafften Neuorganisation und Koordination, die der DKP notwendig erschien (vgl. Marxistische Blätter 1/1975 S. 75 ff.). Einer kurz vor dem Kongreß erteilten Absage der SPD an diese „Volksfront“-Aktion widersprachen die meisten SPD-Teilnehmer entschieden unter Berufung darauf, daß er im Widerspruch zur Entsendung einer SPD-Beobachterdelegation zum Moskauer „Weltkongreß der Friedenskräfte“ im Oktober 1973 stünde.

Ein bewährtes und 1974 mit Erfolg von der DKP gepflegtes „Volksfront“-Feld war „der Kampf gegen die verfassungswidrige Berufsverbotspraxis“. Nachdem die Agitation bisher gegen den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern über die Fernhaltung von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst geführt worden war, konzentrierte sie sich im Laufe des Jahres 1974 auf die dazu vom Bundesrat und der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe. Die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ veranstaltete im Mai 1974 in Düsseldorf ein Kolloquium gegen Berufsverbote“ mit internationaler Beteiligung. Mit Hilfe dieser „Initiative“, an der sich neben zahlreichen Funktionären der DKP und ihrer Hilfsorganisationen auch Abgeordnete und andere Vertreter der SPD und der FDP und anderer nicht kommunistischer Organisationen beteiligten, wurde versucht, eine breite Solidarisierung mit dem Argument zu erzielen, „auch Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Jungdemokraten und Parteilosen“ drohe das „Berufsverbot“. Dabei wurden beide Gesetzentwürfe als verfassungswidrig bezeichnet. Die

juristische Argumentation wurde weitgehend der DKP-orientierten „Vereinigung demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (VDJ) überlassen. Ihr Vorsitzender ist Professor Dr. G. Stuby, Bremen (SPD), ihrem Vorstand gehören von der DKP u. a. der Rechtsreferent des Parteivorstandes Dr. H. Mertens und Rechtsanwalt Dr. K. Pfannenschwarz, Frankfurt/Main, an.

Der Agitation gegen „Imperialismus, Militarismus und Neokolonialismus“ dient die DKP-orientierte „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ (IIVS). In dieser Volksfront-Organisation arbeiten neben etlichen kommunistischen Gruppen auch eine Anzahl nicht-kommunistischer, meist humanitär oder pazifistisch orientierter Gruppen und Personen mit. Die IIVS machte in ihrem Aufruf für eine Unterschriftensammlung zum Jahrestag des Vietnamabkommens den Umkreis der Volksfrontaktionen besonders deutlich durch die Anregung, solche Unterschriften unter anderem „bei antiimperialistischen Solidaritätsversammlungen, bei Manifestationen gegen das Berufsverbot, bei Kundgebungen im Sozialkampf“ zu sammeln. Die IIVS buchte es 1974 als besonderen Erfolg, daß Bundesminister Bahr sich für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereit erklärte, eine „Hilfsaktion“ der IIVS aus Bundeshaushaltsmitteln zu ergänzen.

Das „Antiimperialistische Solidaritäts-Komitee“ (ASK) agitiert als Volksfrontorganisation „aller demokratischen, linken und liberalen Gruppen“ gegen die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der „imperialistischen Globalstrategie“ zum Beispiel durch „massive Unterstützung für das Rassistenregime in Südafrika auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet“. Das ASK veranstaltete wiederum zahlreiche Solidaritätsaktionen zur Unterstützung chilenischer Kommunisten und brachte dabei nach eigenen Angaben seit Herbst 1973 rund 900 000 DM auf.

3. Kinder-, Jugend- und Studentenarbeit

Für ihre Kinder-, Jugend- und Studentenarbeit stehen der DKP neben der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) seit 1974 auch eine Kinderorganisation, die „Jungen Pioniere“ (JP) zur Verfügung. Alle drei Organisationen bekennen sich zu den Grundsätzen und Zielen der DKP.

Nach der Überzeugung der DKP beginnen „vor allem junge Menschen in wachsendem Maße über die Alternative zum kapitalistischen Krisensystem nachzudenken und die Vorzüge des Sozialismus zu erkennen“. Die DKP will ihre Grundsätze und Ziele „unter jungen Arbeitern, Schülern und Studenten“ noch intensiver als bisher verbreiten (vgl. 5. PV-Tagung, Beilage zur UZ vom 12. Oktober 1974). Deshalb gilt für die DKP: „Neben die Unterstützung von SDAJ und MSB Spartakus muß die der Jungen Pioniere treten.“ (UZ vom 5. November 1974).

a) Kinder

Das Jahr 1974 stand ganz im Zeichen des Aufbaus der zu Ende der 1. Jahreshälfte gegründeten Kinderorganisation „Junge Pioniere“. Die verhältnismäßig große Zahl von 141 den JP angehörenden Gruppen beruht vor allem auf der Integration bestehender sozialistischer Kindergruppen; allerdings kam es auch schon zu einer Anzahl von Gruppen-Neugründungen, zum Beispiel in Bonn.

Die Zielsetzung der JP brachte das Sekretariatsmitglied des Parteivorstandes, G. Deumlich, zum Ausdruck: „Je eher es gelingt, daß die Kinder selbst für ihre Rechte eintreten und in ihnen gemäßer Form teilnehmen an den großen Auseinandersetzungen unserer Zeit, um so weniger bleiben sie der reaktionären Beeinflussung des Großkapitals ausgeliefert, und um so größer werden die Chancen, auch durch ihren Beitrag eine demokratische Bildung und Erziehung durchzusetzen“ (UZ vom 5. November 1974).

Die Arbeit der JP ist ausgerichtet auf das revolutionäre Ziel der DKP: „Auch im Bildungsbereich ergibt sich ein sozialistisches Bildungssystem nicht aus einer Summe von Reformen, sondern entsteht im Ergebnis der sozialistischen Umwälzung“ (Zur Aktualität der marxistischen Pädagogik der Weimarer Republik für den Aufbau einer sozialistischen Kinderorganisation in der Bundesrepublik Deutschland“, Marx. Blätter 3/74, S. 88).

Auf der 2. Sitzung der Bundesleitung der JP am 22./23. Juni 1974 wurde zur Verwirklichung des politischen Ziels, „eine wirkliche Alternative zur Kinderpolitik“ in der Bundesrepublik Deutschland zu bieten, ein Arbeitsplan mit folgenden Schwerpunkten beschlossen:

- Gründung neuer Gruppen,
- Öffentlichkeitswirksames Auftreten der JP,
- Bildung von Arbeitsgruppen für Kulturarbeit und zur Vorbereitung eines Bundesseminars zu Fragen der pädagogischen Anleitung und Führung der Kindergruppen,
- Herausgabe der Kinderzeitung „Willibald“,
- Durchführung von Ferienaufhalten der JP u. a. in der Sowjetunion und in der DDR.

Öffentlichkeitsarbeit leisteten die JP vor allem mit einer Anzahl von „Kinderfesten“, u. a. in Hamburg, die sehr zahlreiche Besucher anzogen.

Sie veranstalteten zu niedrig gehaltenen Preisen Ferienlager in sozialistischen Ländern, aber auch in Finnland, Frankreich und Italien, an denen einige tausend Kinder teilnahmen. Durch solche, von der DKP großzügig finanzierte jugendpflegerische Angebote versuchen die JP, nicht ohne Erfolg, auch Kinder politisch unkritischer Eltern zu werben.

Die JP hatten 1974 noch mit organisatorischen, aber auch mit ideologischen Aufbauschwierigkeiten zu kämpfen. Die DKP machte bei ihrer bildungspolitischen Konferenz Anfang November 1974 in Köln deutlich, daß sie bemüht ist, die sachlichen und personellen Mängel zu überwinden: „Die Gruppen brauchen Helfer und Leiter, Räume und Mittel. Wir

sollten uns an jedem Ort bemühen, unsere Hilfe zu verbessern". (UZ vom 5. November 1974). Die Satzungsbestimmungen der JP, die die Wahl von „Pionierräten“ vorsieht, löst dank der ideologiefremden kindlichen Spontaneität Probleme für die Heranziehung von Kadern aus, die dazu nötigen, die Methode der von Funktionären festgelegten „Einheitslisten“ auch bei den JP einzuführen. Das kommt in Berichten von „Betreuerkollektiven“ zum Ausdruck: „Anfangs war die Wahl der Gruppen bzw. Pionierräte mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Die Wahl erfolgte nach Sympathie, nicht nach Fähigkeit und Einsatzbereitschaft. Um das abzubauen, sind wir dazu übergegangen, daß jedes Pionierratsmitglied ein . . . Arbeitsgebiet übernimmt und in diese Funktion von den Kindern gewählt wird". (UZ vom 14. November 1974).

Die Eingliederung der JP in die internationale kommunistische Bewegung wurde angekündigt von DKP-Vorsitzenden Mies unter Hinweis auf das rote Halstuch, das die JP verbindet „mit den Lenin-Pionieren der Sowjetunion und den Thälmann-Pionieren der DDR“. Sie wurde bestätigt durch die Aufnahme in das „Internationale Komitee der Kinder- und Jugendorganisationen beim Weltbund der Demokratischen Jugend“ (CIMEA), das auch schon beim Gründungskongreß der JP vertreten war. Der Vorsitzende der JP, Achim Kroß, besuchte im Oktober die Sowjetunion zu Gesprächen mit der Jugendorganisation Komsomol.

b) Jugend

Die DKP sieht in der SDAJ das Instrument, um wachsende Teile der Jugend für ihre Ziele zu gewinnen. „Die Notwendigkeit einer starken, konsequenten, revolutionären Arbeiterjugendorganisation wird immer augenscheinlicher werden. Größere Teile der Arbeiterjugend werden nach der Kraft sehen, der sie sich anschließen wollen“ (DKP-Vorsitzender Mies beim 4. SDAJ-Kongreß im Mai 1974). Die SDAJ ihrerseits bestätigte auch 1974, daß sie sich „eng verbunden mit der DKP“ fühle.

Die SDAJ führte ihre Agitationen bei Lehrlingen und jungen Arbeitern verstärkt fort. Sie griff vor allem die mit der verschlechterten Arbeitsmarktlage einhergehende Verminderung der Lehrstellen in zahlreichen Demonstrationen, Flugblättern und Aktionen an und unterstützte die wirtschaftspolitischen Forderungen der DKP. Weitere Schwerpunkte ihrer Agitation waren „der Kampf für ein neues, demokratisches Berufsbildungsgesetz und für Mitbestimmung in Schule und Betrieb“. Auf der Grundlage einer Entschließung ihres 4. Bundeskongresses will die SDAJ noch „erfolgreicher für die Grundrechte der Jugend kämpfen“.

Durch Verstärkung ihrer „Tätigkeit im Freizeitbereich“ sucht die SDAJ zusätzliche Anziehungskraft für die Jugend zu gewinnen. An ihren „Pfungst-camps“ nahmen 1974 mehr als 4 000 Jugendliche teil. Sie veranstaltete „kombinierte Studien- und Ferienfahrten“ in sozialistische Länder zu günstigen Preisen (z. B. 14 Tage Flugreise Moskau-Kiew-Leningrad zum Inklusivpreis von 580 DM). Im November 1974 fand eine von der SDAJ initiierte „Aktionswoche für

Jugendzentren“ statt, während der „Volksfront“ — artig zusammengesetzte „Initiativgruppen der Jugendzentrumsbewegung“ mit ideeller und materieller Unterstützung der SDAJ „Forderungen der Jugend nach Freizeitzentren in der Öffentlichkeit mehr Nachdruck“ verliehen. Die SDAJ will sich auch noch stärker als bisher um die Schülerarbeit kümmern. Es gelang ihr, in Hessen die Wiederwahl ihres Mitgliedes Christoph Speier (Hadamar) als Landesschulsprecher zu erreichen. In Hamburg wird DKP-orientierte Schülerarbeit vom Marxistischen Schülerbund Hamburg (MSB/H) geleistet, der dort 14 Gruppen unterhält.

Um mit der Bildungsarbeit der SDAJ mehr in die Breite zu gehen, förderte die SDAJ die 1973 begonnene Errichtung von „Clubs Junger Sozialisten“, die Ende 1974 in 25 Städten (1973: 22) bestanden. In diesen Clubs versucht die SDAJ, unorganisierten Schülern, jungen Arbeitern und Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend marxistisches Grundwissen zu vermitteln. Um die Clubs anziehender zu machen, wird das Programm durch kulturelle Beiträge aufgelockert.

Die SDAJ entwickelte die 1973 mit der „Naturfreundejugend Deutschlands“ (NFJD) vereinbarte Zusammenarbeit weiter. Die NFJD, bei der Kommunisten Leitungsfunktionen innehaben, war als einziger Mitgliedsverband des Deutschen Bundesjugendrings offizieller Gast beim 4. SDAJ-Bundeskongreß.

Die SDAJ pflegte die Zusammenarbeit mit der sowjetischen kommunistischen Jugend und der FDJ der DDR durch Besuche und den Abschluß von Freundschaftsverträgen mit dem „Leninschen Komsomol der Sowjetunion“ und der FDJ. Im kommunistischen „Weltbund der demokratischen Jugend“ wurde der SDAJ bei der 9. Generalversammlung im November 1974 in Varna (Bulgarien) das Schatzmeisteramt übertragen.

Die SDAJ hatte weitere Erfolge bei ihren Bemühungen, in die bei Bund, Ländern und Gemeinden bestehenden Jugendringe aufgenommen zu werden. Bereits im Mai 1974 war sie nach eigenen Angaben Mitglied in über 60 (1973: 41) Kreis- und Stadtjugendringen; das sind inzwischen rund 12 % aller bestehenden Jugendringe (vgl. Verfassungsschutzbericht 1973).

Zu Aufnahmen in weitere Landesjugendringe, über Saarland und Bremen hinaus, kam es nicht. Der Antrag auf Aufnahme in den Bundesjugendring wurde auf dessen Vollversammlung im November 1974 wiederum abgelehnt.

c) Studenten

Die Mitglieder der DKP-Hochschulgruppen, die dem MSB-Spartakus angehören, steuerten weiter die Tätigkeit dieses Verbandes, um die Ziele der DKP unter den Studenten verwirklichen zu helfen: „Es gilt, die Masse der Studenten an das gemeinsame Handeln mit der DKP heranzuführen“ (Görke, 4. BV-Tagung). Der MSB vervollkommnete seine erheblich gewachsene Organisation und festigte die ideolo-

gische Geschlossenheit durch intensive Schulung seiner Mitglieder.

Die vom 3. Bundeskongreß des MSB im Februar 1974 in Frankfurt aufgestellten „Kampffziele“ sollen die Forderungen der Studenten mit den „aktuellen Forderungen und Stimmungen der arbeitenden Bevölkerung unmittelbar verknüpfen“. Die Hauptziele des MSB im Hochschulbereich waren der Kampf gegen den „reaktionären Hochschul-Rahmengesetzentwurf“ (HRG), für erhöhte BAFöG-Zuwendungen und für ein politisches Mandat der verfaßten Studentenschaft. Der MSB sieht in der Tatsache, daß heute an den Hochschulen weniger von „Revolution“ die Rede ist, statt dessen mehr Studenten das Bedürfnis sehen, „die fortlaufende Verschlechterung der sozialen Lage und der Studienbedingungen aufzuhalten“, neue Möglichkeiten, die „von uns genutzt werden müssen und können, breite Kreise der Studenten für gut überlegte und gut vorbereitete Aktionen zu gewinnen“ (stellv. Vors. Görke, a.a.O.). Schwerpunkte der Arbeit des MSB sind deshalb im Wintersemester die „Urabstimmungen zur verfaßten Studentenschaft“ und „Bewegungen für die Durchsetzung der BAFöG-Forderungen“.

Der MSB distanzierte sich wie bisher nachdrücklich von der studentischen Neuen Linken (Broschüre „Wenn wir die Maoisten bekämpfen, ist das gut und nicht schlecht“) und von ihr veranstalteten gewalttätigen Aktionen, so z. B. bei den Frankfurter Krawallen im Februar 1974.

Bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen im Sommersemester 1974 erlitt der MSB nach seinen außerordentlichen Gewinnen 1973 (+ 50 % bei den Studentenparlamentssitzen) einen leichten Rückgang. Das Bündnis des MSB mit dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) wurde fortgesetzt. Er diene weiter der Stärkung des MSB.

Der SHB, dem 3 200 (1973 : 3 000) Mitglieder in über 80 Hochschulgruppen (1973 : 48, 1972 : 61) angehören, präsentierte sich nach internen Auseinandersetzungen bei seiner 15. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung im November 1974 in Köln als „fester Bestandteil der demokratischen und antiimperialistischen Bewegung“, der „die Praxis der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten offensiv“ vertritt. Auf der Grundlage seines „einheitlichen marxistischen Programms“ analysierte der SHB sein Verhältnis zur SPD so: „die aktive innerparteiliche Arbeit ist neben anderen Faktoren wie der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen und der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse notwendige Voraussetzung dafür, daß sich die fortschrittlichen Teile in der SPD durchsetzen“. Die Position des SHB unterscheidet sich nach seiner eigenen Aussage von der der DKP im wesentlichen nur durch seine Haltung zu den sozialistischen Staaten und die Ablehnung des Führungsanspruches der DKP. Dem entspricht die praktizierte politisch ideologische Nähe zum MSB und die 1974 verstärkte Zusammenarbeit mit der SDAJ einerseits und die Ablehnung einer direkten Wahl-Unterstützung der DKP andererseits.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sprach sich im Januar 1975 auf Antrag der CDU/CSU,

trotz einer Intervention von Mitgliedern des SPD-Vorstandes und des Parteirates, gegen eine weitere Förderung des SHB aus Mitteln des Bundesjugendplanes aus.

Im „Verband Deutscher Studentenschaften“ (vds) wurde nach heftigen Diskussionen in der 26. Mitgliederversammlung, die nach einer abgebrochenen ersten Runde im März erst Ende April 1974 zu einer Entscheidung kam, ein Vorstand aus je einem Vertreter des MSB, des SHB, der Juso-Hochschulgruppen und des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) gebildet. Die Schwerpunkte des Aktionsprogramms sind:

Aktionen gegen das HRG zur Stärkung der verfaßten Studentenschaft,

Kampf gegen Ordnungsrecht und Reaktion an den Hochschulen,

Einsatz für bessere soziale Lage und Erweiterung demokratischer Freiheiten,

Fortsetzung der antiimperialistischen Solidarität.

Trotz der Einigung auf dieses Programm, das der MSB als Mißlingen des Versuchs reaktionärer Kräfte zu einer Umorientierung des vds wertete, kam es im Laufe des Jahres wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten im vds, die sich zu einem Machtkampf zwischen MSB/SHB und Jusos/LHV entwickeln. Dabei wurden auch Unterschiede zwischen marxistisch orientierten und freiheitlich demokratischen Mitgliedern der Juso-Hochschulgruppen und des LHV deutlich.

In Berlin haben die „Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten“ (ADS), deren Mitglieder zu rund 2/3 der SEW angehören, ihren Einfluß in den Hochschulen ausgebaut. Ziel der von der SEW gesteuerten ADS ist es, auf dem Kampffeld der Hochschulen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das politische System der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlins durch den Sozialismus sowjetkommunistischer Prägung ersetzt wird. Mit dem Ziel, Gremienfunktionen und damit verbundene Mitbestimmungsrechte lediglich als „Tribüne“ zur Propagierung ihrer Vorstellungen und gleichzeitig als „Hebel“ zur Durchsetzung personeller und institutioneller Forderungen zu nutzen, mißbrauchen die ADS die Vertretungskörperschaften der Berliner Hochschulen für ihre verfassungsfeindlichen Ziele (vgl. BM des Innern, Innere Sicherheit Nr. 25).

Im „Verband der Studentenschaften an den Fachhochschulen und höheren Fachschulen“ (SVI), der etwa 130 000 Studenten vertritt, blieben auch 1974 MSB und SHB in der Minderheit. Den Vorstand des Verbandes bilden weiterhin Gruppen der Neuen Linken (Kommunistischer Bund Westdeutschland und „Basisgruppen“) (vgl. zum SVI im Einzelnen: Dorothee Buchhaas, Zur Politik des SVI, RCDS-Dokumentation, Bonn 1974, als Manuskript gedruckt). Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sprach sich auf Antrag der CDU/CSU im Januar 1975 gegen die Fortsetzung der bisher dem SVI aus Bundesmitteln gewährten Förderung aus.

4. Bundeswehr

Für ihre Agitation in der Bundeswehr hat die DKP den „Arbeitskreis demokratischer Soldaten“ (ADS) aufgebaut. Er wird finanziell und organisatorisch vor allem von der SDAJ unterstützt.

Die SDAJ gab auch, wie schon 1970 bei der „Studie“ Soldat 70, 1974 wiederum Soldaten „das Forum“, um mit „Soldat 74“ eine „breite Öffentlichkeit“ mit ihren kritischen Gedanken anzusprechen. Die von 21 wehrpflichtigen Soldaten in einer Pressekonferenz in Bonn am 20. April 1974 vorgelegte „Studie“ dient als Leitlinie für die Arbeit kommunistischer Soldatengruppen und zur Unterstützung ihres „antiimperialistischen Kampfes“. Unter dem Vorwand der Entspannung und unter Berufung auf die Ost-Verträge wird erneut versucht, die Bundeswehr und ihre Führung zu isolieren und als entspannungsfeindlich und undemokratisch abzustempeln. Mit ihren Forderungen nach finanzieller und sozialer Besserstellung stellen sich die Verfasser der Studie als Vorreiter für Reformen in der Bundeswehr und für ihre „Demokratisierung“ dar. Tatsächlich geht es ihnen darum, militärische Funktionsprinzipien abzuschaffen oder umzufunktionieren und dadurch die Bundeswehr für ihren Auftrag ungeeignet zu machen (vgl. BM der Verteidigung in Drucksache 7/2096).

Nach eigenen Angaben arbeitet die Gruppe um „Soldat 74“ als Aktionseinheit von DKP-, SPD-Mitgliedern und Parteilosen.

Die Kampagne zur Unterstützung der Forderungen von „Soldat 74“ wurde von DKP und SDAJ das ganze Jahr hindurch fortgeführt. Sie fand auch Unterstützung in der Gewerkschaftsjugend. Bundesweit wird die Agitation gegen die Bundeswehr durch die von der SDAJ betreute Soldatenzeitung „Links um“ betrieben; örtliche ADS geben eigene Zeitungen heraus (z. B. „Rührt euch“ des Marburger ADS). Die SDAJ setzte für die Kampagne zur „Senkung der Rüstungskosten“ auch ihre Aktion „Roter Kuckuck“ — das Pfandsiegel der Arbeiterjugend — ein.

5. Propaganda, Schulung, Bildungs- und Kulturpolitik

Die DKP bemüht sich ständig um eine Verstärkung ihrer ideologischen Arbeit. Deren Bedeutung hat das Präsidiumsmitglied Willi Gerns auf der 5. Tagung des Parteivorstandes am 12./13. Oktober 1974 so erläutert:

„Lenin hat immer wieder darauf hingewiesen, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis gibt. Wirklich revolutionär ist der Kampf der Arbeiterbewegung nur dann, wenn er sich nicht im ökonomischen Kampf erschöpft, sondern, von der marxistischen Theorie erhellt, sich auf die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die Überwindung des Kapitalismus, auf das sozialistische Ziel richtet. Das erfordert die stetige bewußtseinsbildende Arbeit der Kommunistischen Partei.“

Die marxistische Partei der Arbeiterklasse kann diese Aufgabe aber nur in dem Maße erfüllen, wie ihre Mitglieder selbständig und unermüdlich den

Marxismus studieren und lernen, ihn auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes abzuwenden.“

a)

Wichtige Grundlagenarbeit für die ideologische Schulung leistet das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ in Frankfurt.

Leiter: Professor Dr. Josef Schleifstein, Mitglied des PV

stellv. Leiter: Dr. Heinz Jung

Geschäftsführer: Dieter Schmidt

Das in Vereinsform organisierte Institut hat u. a. den Zweck, Studien und Forschungen des Marxismus unter besonderer Berücksichtigung materieller und geistiger Erscheinungen der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.

Das Institut, dem mehr als drei Dutzend Mitarbeiter und Autoren zur Verfügung stehen, gibt regelmäßige „Informationsberichte“ (z. B. „Politische und gewerkschaftliche Kämpfe der Arbeiterklasse in Großbritannien“) und die Vierteljahresschrift „Marxismus Digest“ (z. B. Heft 1/74 „Staat und Herrschaftssystem im heutigen Kapitalismus“) heraus. Weitere Publikationen erscheinen in befreundeten Verlagen.

Der ebenfalls in Frankfurt ansässige kommunistische Verlag „Marxistische Blätter“ hat für 1974/75 ein Verlagsprogramm mit knapp 300 Titeln vorgelegt, darunter drei Taschenbuchreihen. Der Verlag wirbt für seine Erzeugnisse mit dem ausdrücklichen Hinweis, er verzichte auf die bei bürgerlichen Verlage üblichen Profite und verkaufe sie zu einem faktischen Selbstkostenpreis.

Die von diesem Verlag herausgegebene, zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Marxistische Blätter“ bemüht sich, durch Veröffentlichung von Beiträgen nicht zur DKP gehörender Autoren aus befreundeten Organisationen (VVN, DFU) einen „offenen“ Eindruck zu machen.

b)

Für die Ausbildung ihrer Funktionäre, soweit sie nicht für die höheren Chargen in Moskau oder Ost-Berlin erfolgt, stehen der DKP die „Karl-Liebknecht-Schule“ in Essen und eine größere Anzahl „Marxistischer Abendschulen“ (Marsch) zur Verfügung. Als Beispiel für die Arbeit der Karl-Liebknecht-Schule wird deren Arbeitsprogramm für 1975 abgedruckt. An dieser Schule werden nur die Funktionäre der Grundeinheiten der Partei, also der Wohngebiets- und Betriebsgruppen ausgebildet. Die DKP ist bemüht, die Zahl der Arbeiter unter den Schülern zu vergrößern.

An den marxistischen Abendschulen werden Grundlagen der marxistischen Weltanschauung vermittelt. Die Teilnahmegebühren werden sehr niedrig gehalten (z. B. für einen Kurs mit 12 Abenden 10,00 DM).

„unsere zeit“ Nr. 257 vom 6. November 1974

Achtung! Für alle Gruppenvorstände! Bitte ausschneiden!

Lehrgänge an der „Karl-Liebknecht-Schule“ 1975

5. — 11. Januar	Grundlehrgang
12. — 18. Januar	Lehrgang in Verantwortung des Bezirksvorstandes Bremen-Niedersachsen/Nordwest
26. Januar — 1. Februar	Lehrgang für Arbeiter- und Volkskorrespondenten der UZ
2. — 8. Februar	Grundlehrgang
16. — 22. Februar	Lehrgang in Verantwortung des Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen
2. — 8. März	Grundlehrgang
9. — 15. März	Lehrgang zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der DKP
16. — 22. März	Lehrgang zur Öffentlichkeitsarbeit der Parteigruppen der DKP
23. — 29. März	Lehrgang für Bildungsverantwortliche der Parteigruppen der DKP
31. März — 5. April	Lehrgang zur Frauenpolitik der DKP
6. — 19. April	14-Tage-Grundlehrgang für Gruppenfunktionäre der DKP
4. — 10. Mai	Grundlehrgang
11. — 17. Mai	Lehrgang zur Kommunalpolitik der DKP
18. — 24. Mai	Lehrgang in Verantwortung des Bezirksvorstandes Hessen
1. — 7. Juni	Grundlehrgang
8. — 21. Juni	Lehrgang für Zirkelleiter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
22. — 28. Juni	Lehrgang für Gruppenverantwortliche für marxistische Literatur und UZ
6. — 12. Juli	Grundlehrgang
13. — 19. Juli	Lehrgang zu den Erfahrungen aus der Geschichte der KPdSU
20. Juli — 2. August	Lehrgang für Zirkelleiter: Einführung in die marxistische politische Ökonomie
3. — 16. August	14-Tage-Grundlehrgang für Gruppenfunktionäre der DKP
17. — 23. August	Lehrgang zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der DKP
24. — 30. August	Lehrgang: Einführung in die marxistische Philosophie
7. — 13. September	Grundlehrgang
21. — 27. September	Lehrgang zur Öffentlichkeitsarbeit der Parteigruppen der DKP
28. September — 4. Oktober	Lehrgang in Verantwortung des Bezirksvorstands Ruhr-Westfalen
5. — 11. Oktober	Grundlehrgang
12. — 18. Oktober	Lehrgang für Funktionäre der Hochschulgruppen der DKP
19. — 25. Oktober	Lehrgang zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der DKP
2. — 8. November	Grundlehrgang
9. — 15. November	Lehrgang zu den Erfahrungen aus der Geschichte der KPdSU
23. — 29. November	Lehrgang für Arbeiter- und Volkskorrespondenten der UZ
30. November — 6. Dezember	Lehrgang zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes (Die Teilnahme an diesem Lehrgang wird zwischen dem Parteivorstand und den Bezirkssekretariaten abgestimmt)
7. — 13. Dezember	Grundlehrgang

Die DKP hebt gern hervor, daß an diesen Kursen auch zahlreiche Mitglieder anderer Parteien und Parteilose teilnehmen. Andererseits ist die DKP offenbar mit der Beteiligung von Arbeitern aus ihren Reihen an solchen Kursen noch nicht zufrieden.

Ein Kurs bei der Marxistischen Abendschule Düsseldorf z. B. sieht so aus:

„Einführung in die Grundlagen der Marxistischen Philosophie

Zwölf Abende von Montag, 30. September 1974 bis Montag 7. April 1975

Beginn: 19.45 Uhr, Bezirksbüro der DKP, Duisburger Straße 83

- | | |
|--------------------|--|
| 30. September 1974 | Entstehung der marxistischen Philosophie |
| 14. Oktober 1974 | Grundfragen der Philosophie einschließlich Verhältnis von Materie und Bewußtsein |
| 28. Oktober 1974 | Die Materie und ihre Existenzformen. Die Grundformen der Bewegung der Materie |
| 11. November 1974 | <i>Seminar zu dem bisher behandelten Stoff</i> |
| 25. November 1974 | Die materialistische Dialektik |
| 9. Dezember 1974 | Dialektik des Erkenntnisprozesses |
| 13. Januar 1975 | Die materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft |
| 27. Januar 1975 | <i>Seminar zu dem bisher behandelten Stoff</i> |
| 24. Februar 1975 | Klassen und Klassenkampf |
| 10. März 1975 | Die politischen Organisationen der Gesellschaft |
| 24. März 1975 | Staat und Revolution |
| 7. April 1975 | <i>Seminar zu dem bisher behandelten Stoff</i> |

Literatur:

Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus

Autorenkollektiv

Verlag Marxistische Blätter, 534 S., 7,50 DM

Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie

Autorenkollektiv

Verlag Marxistische Blätter, 653 S., 10,00 DM.“

Eine weitere Schulungs-Einrichtung ist das Friedrich-Engels-Zentrum in Wuppertal.

Leiter: Dr. Richard Kumpf

Zur Pflege der Parteigeschichte und zugleich zur Schulung dient schließlich die „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ in Hamburg. Sie ist als Verein organisiert; Sprecher des Kuratoriums ist Franz Ahrens. Im August fand eine publizistisch nachdrücklich

begleitete Gedenkveranstaltung zum 30. Todestag des im KZ Buchenwald umgekommenen KPD-Führers statt.

Aus der DDR wird die marxistische Bildungsarbeit der DKP über die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse „Urania“ unterstützt. Sie stellt Bildungsmaterialien, Referenten und ihre Erfahrungen zur Verfügung. Die Urania arbeitet eng mit dem im letzten Jahr in der DDR gegründeten „Informations- und Bildungszentrum e. V. International“ zusammen, das für die Einbringung kommunistischen Gedankenguts in die politische Bildung westlicher Länder verantwortlich ist.

c) Erhebliche Mühe investiert die DKP in die Verbesserung und Ausweitung ihrer Presse und Verlagsarbeit.

aa)

Die als Tages- und Wochenzeitung hergestellte „UZ“ (Unsere Zeit — Zeitung der DKP) ist journalistisch wesentlich geschickter und anziehender gemacht als etwa das langweilige Parteiorgan der SED „Neues Deutschland“. Der Abonnentenkreis wird durch ständige Werbungs-Wettbewerbe in den Orts- und Kreisgruppen der Partei verbreitert. Die Parteimitglieder tragen durch „Baustein“-Spenden, aber auch durch Aufgabe von Grußinseraten (vgl. Abdruck einer Aufforderung) zu ihrer Finanzierung bei.

Aus dem Zwang zur Sparsamkeit macht die UZ die Tugend einer recht großen Beteiligung von Mitgliedern am Zustandekommen der Zeitung durch den Einsatz von Arbeiter- bzw. Volkskorrespondenten. Soweit diese ehrenamtliche Tätigkeit nicht von Funktionären (z. B. Volker Rohde, Vorsitzender des Kreisverbandes Bonn/Siegkreis, Mitglied des Bezirksvorstandes Rheinland/Westfalen) wahrgenommen wird, setzt sie voraus, daß der Interessent von der zuständigen Kreispartei als „zuverlässiger Informant“ angesehen wird und an einem Lehrgang der Karl-Liebknecht-Schule teilnimmt.

Die UZ versucht auch, hauptberuflichen Korrespondenten den Zugang zu Landespressekonferenzen zu verschaffen. Ihr Landeskorrespondent in Nordrhein-Westfalen, Joachim Mandel, scheiterte jedoch mit diesem Versuch an einem Votum der Mitgliederversammlung der LPK Nordrhein-Westfalen.

Neu herausgebracht hat die DKP 1974 eine vom Parteivorstand herausgegebene, unregelmäßig erscheinende illustrierte „Sozialismus konkret“. Darin sollen die „Errungenschaften des Sozialismus“ vor allem am Beispiel der DDR für die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden. Die sehr aufwendige Illustrierte wird für 0,50 DM verkauft.

bb)

Im September veranstaltete die DKP nach dem Vorbild westlicher Bruderparteien erstmals ein „UZ-Pressefest“ auf den Düsseldorfer Rheinwiesen.

Mit erheblichem Einsatz zahlreicher DKP-Mitglieder wurde ein Volksfest organisiert, das nach über

einstimmenden Pressemeldungen annähernd eine Viertelmillion Besucher anzog. Ausländische Kommunistische Parteien entsandten Delegationen und zum Teil Mitwirkende. Die Bezirksverbände der Partei präsentierten sich betont landsmannschaftlich. Die Kosten des Pressefestes dürften sich in der Größenordnung von 1,5 Millionen DM bewegen. Fast eine Million DM kamen andererseits an Spenden für das Fest und die UZ auf.

Nach dem — zutreffend erscheinenden — Urteil einer DKP-nahen Zeitung verfolgte die Partei mit dem Pressefest diese Ziele:

- sich als volksnahe Massenpartei einer breiten Öffentlichkeit darzustellen und die Integration in der bundesdeutschen Gesellschaft zu unterstreichen;
- bei ihren Mitgliedern das Gefühl der Verbundenheit und der „großen Familie“ zu stärken;
- die Mobilisierbarkeit und Organisationskraft ihrer Kader zu üben.

Die sehr positive Würdigung des Pressefestes auf der 5. PV-Tagung am 12./13. Oktober 1974, der für die DKP selbst überraschend starke Besuch und die Absicht, aus dem Fest eine ständige Einrichtung zu machen, bestätigen, daß die DKP es als großen Erfolg wertet.

cc)

Der DKP und ihren Hilfsorganisationen steht eine größere Gruppe von Verlagen zur Verfügung, über

die eine ständig wachsende Zahl von periodischen und Einzel-Veröffentlichungen produziert wird.

Den Kern bildet die „Brücken Verlag Vertriebs GmbH Im- und Export“ am Sitz des Parteivorstandes in Düsseldorf. Sie ist Lieferant der wachsenden Zahl von kommunistischen „collectiv“-Buchhandlungen, von denen seit 1974 auch in Bonn eine besteht. Die Buchhändler und eine Reihe DKP-orientierter Verlage wirken zusammen in der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“.

Zu den zur DKP und ihren Hilfsorganisationen orientierten Verlagen gehören neben dem bereits genannten Verlag Marxistische Blätter und der Plambeck & Co, Druck und Verlags GmbH in Neuß, bei der die UZ erscheint, u. a. folgende:

Blinkfuer Verlag, Hamburg
 Brücken Verlag GmbH, Düsseldorf
 Damnitz Verlag, München
 Monitor Verlag, Düsseldorf
 Nachrichten Verlags GmbH, Frankfurt/Main
 Neue Kommentare-Verlag, Frankfurt/Main
 Progress-Verlag Johann Fladung GmbH, Gundershausen
 Quer Verlag, Hamburg
 Rochus Verlag, Düsseldorf
 Röderberg Verlag GmbH, Frankfurt/Main
 Stimme Verlag, Frankfurt/Main
 Verlag Pahl-Rugenstein, Köln
 Verlag „pläne“, Dortmund
 Verlag Volk und Welt
 Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
 Dr. Wenzel Verlags GmbH, Duisburg

„unsere zeit“ Nr. 282 vom 6. Dezember 1974

Sonderpreise: Grüße zum Jahreswechsel in der UZ

Alle Jahre wieder ... kommt die Arbeit mit den Grußkarten zum Jahreswechsel.

UZ-Leser, DKP-Gruppen und -Vorstände, Gewerkschafter, fortschrittliche Demokraten und Sozialisten und ihre Vereinigungen haben es dieses Jahr leichter! Sie können ihre politischen Freunde und Bekannten, ihre Mitglieder, Helfer, Anhänger und Wähler durch eine Anzeige in der UZ-Sonderbeilage zum Jahreswechsel grüßen.

Das hat zweifachen Vorteil: Ihre Grüße gehen mit weniger Mühe an mehr Empfänger. Und die einzige sozialistische Tageszeitung der Bundesrepublik, die

Zum neuen Jahr

wünschen wir allen Genossen, UZ-Lesern und Freunden Frieden, Gesundheit und Glück.

DKP-Stadtteilgruppe Düsseldorf-Heerd

Eine solche Anzeige (zweispaltig, 25 mm) kostet 25 DM.

Zeitung der arbeitenden Menschen, erhält dringend notwendige Mittel zur Verwirklichung ihrer politischen Aufgabe und zur Erhaltung ihrer Existenz.

Die Papierkonzerne erhöhten die Preise, die Gebühren steigen, auch für die UZ wird alles teurer. Trotzdem konnten wir bisher im Interesse unserer Leser eine Erhöhung der Verkaufspreise und Abonentengebühren vermeiden. Um so mehr benötigen wir aber die Solidarität und Unterstützung aller unserer Freunde und Leser.

Anzeigen-Sonderpreise für die Grußaktion: 1 mm Höhe, einspaltig (45 mm breit): —,50 DM; 1 mm, zweispaltig, 1,— DM. Mindestgröße: 25 mm hoch. Mindestpreis also, einspaltig: 12,50 DM, zweispaltig 25 DM.

Teilen Sie bitte gewünschte Größe und Text per Brief direkt an den Verlag der UZ: Postfach 920, mit.

Anzeigenschluß für die Sonderbeilage zum Jahreswechsel: 12. Dezember 1974. Die Beilage erscheint am 30. Dezember in der UZ.

d)

In zunehmendem Maße engagiert sich die DKP in der Bildungspolitik, wo sie versucht, durch Aufgreifen populärer Forderungen ohne Rücksicht auf ihre Finanzierbarkeit, Zustimmung und Unterstützung außerhalb der Partei zu gewinnen.

Auch die Bildungspolitik wird in die Strategie des Klassenkampfes eingeordnet:

„Für die DKP ist der Kampf um Wissenschaft und Bildung ein wichtiger Teil der Gesamtstrategie zur Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht des Großkapitals. — Der Kampf um die Demokratisierung des Bildungswesens ist Klassenkampf.“ (FACIT 36).

Auf ihrer bildungspolitischen Konferenz am 2./3. November 1974 stellte die DKP ein bildungspolitisches Sofortprogramm vor, in dem sie unter anderem eine Senkung von Kindergartengebühren und den Bau von 200 000 Plätzen in Kindertagesstätten, aber auch eine Entwicklung zur Ganztagschule und die Errichtung neuer Schulen ausschließlich als integrierte Gesamtschulen forderte.

Ihrer Forderung nach Einführung kostenloser Hausaufgaben-Nachmittage verleiht die DKP Publizität durch die für Anfang 1975 angekündigte Einrichtung einer Nachmittagschule in Bottrop, bei der sie von öffentlichen Dienstherrn abgelehnte Lehrer beschäftigen will.

Eine schulpolitische „Aktionsgemeinschaft“ sind auch die Elterninitiativen Schulnotstand, deren „Zentrale für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin“ in Hamburg von Lottemi Doormann betreut wird.

Wieder auf dem Vormarsch befindet sich der „Demokratische Kulturbund der Bundesrepublik Deutschland“ (DKBD), der als kommunistische Tarnorganisation in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verboten wurde. In einem Vergleich vor dem VG Arnsberg verpflichtete sich der dortige Regierungspräsident, aus dem Verbot keine Maßnahmen mehr gegen den DKBD abzuleiten. Der DKBD, dessen Bundessekretär der Hamburger Schriftsteller Dr. Peter Schütt, Mitglied des PV der DKP ist, bemüht sich durch Beiträge von Nicht-Mitgliedern in seiner Monatsschrift „Kultur und Gesellschaft“ auf seine Weise um die Ausweitung DKP-orientierter Aktionsgemeinschaften.

Kommunistische Agitation auf der Bühne betreibt die Theatergruppe „K“ aus München, deren sämtliche Mitglieder der DKP angehören (UZ vom 10. August 1974).

Ab 1975 soll im Pahl-Rugenstein-Verlag eine neue Zweimonatszeitschrift für das Bildungs- und Erzie-

hungswesen „Demokratische Erziehung“ erscheinen. Auch bei dieser Zeitschrift, in deren Herausgeberschaft die DKP ihren Referenten für Schul- und Bildungspolitik, Stefan Voets, delegiert, ist es ihr gelungen, linke Sympathisanten wie die Professoren Frank Benseler (Paderborn) und Herbert Vorgrimler (Münster) als Mitherausgeber zu gewinnen.

6. Wahlergebnisse

Die DKP beteiligte sich an allen Wahlen, wenn auch nicht immer in allen Wahlbezirken, die 1974 im Bundesgebiet stattfanden. Sie kam dabei im allgemeinen über ihre bisherigen niedrigen Stimmenanteile nicht hinaus. In einzelnen Fällen mußte sie sogar Verluste hinnehmen, zum Teil anscheinend auf Kosten erstmals an Wahlen teilnehmender Parteien der „Neuen Linken“. Andererseits gab es einige bemerkenswerte Sonderbewegungen zugunsten der DKP.

a)

Bei keiner Landtagswahl gelang es der DKP, ein Mandat zu gewinnen.

Nach den saarländischen Kommunalwahlen, bei denen die DKP erstmals 1974 unter eigenem Namen auftrat, ist sie dort in keinem Parlament vertreten. Allerdings kam sie in einigen Gemeinden sehr nahe an die 5 %-Marke.

Während die DKP bei den hessischen Landtagswahlen am 27. Oktober 1974 ein Viertel ihres Anteils verlor, sicher zum Teil an die dort erstmals auftretenden KPD und KBW, gelang ihr bei den Teilkommunalwahlen am gleichen Tage ein bemerkenswerter Erfolg in Marburg. Zu ihren bisherigen 2 Mandaten konnte sie dort 3 hinzugewinnen; ihr Anteil stieg von 5,3 % auf 9,8 %. Vermutungen, daß dieses Ergebnis durch „Ummeldeaktionen“ manipuliert sei, sind nicht beweisbar (vgl. BT-Protokoll vom 18. Dezember 1974). Auffällig ist auch das weit überdurchschnittlich gute Abschneiden der DKP bei Jungwählern in Hamburg. Bei einem Gesamtstimmenanteil von 2,2 % bei den Bürgerschaftswahlen vom 3. März 1974 betrug der DKP-Anteil bei den 18 bis 25jährigen weiblichen Wählern 5,7 %, bei den gleichaltrigen männlichen Wählern sogar 10 %; das, obwohl dort gleichzeitig die KPD/ML zur Wahl antrat, deren Wähler ganz überwiegend der gleichen Altersgruppe angehören dürften.

b)

Die folgenden Übersichten zeigen die 1974 von der DKP erzielten Stimmenzahlen und -anteile und die Vertretung der DKP in Kreis- und Kommunalparlamenten.

	Landtags- (Bürgerschafts-)Wahl				Kommunal/Teilkommunal-Wahl			
	Stimmzahl		Anteil		Stimmzahl		Anteil	
	1974	1970	1974	1970	1974	letzte Wahl	1974	letzte Wahl
Bayern, 27. Oktober 1974	45 919	40 255	0,4	0,4				
Hamburg, 3. März 1974	23 185	17 228	2,2	1,7				
Hessen, 27. Oktober 1974	28 699	36 712	0,9	1,2			24. 3. 74 0,6—0,4 1,2—0,7 27. 10. 74 5,3 9,8	
Niedersachsen, 9. April 1974	16 685	15 076	0,4	0,4	7 878 *)		0,3	(0,2)
Rheinland-Pfalz, 17. März 1974					11 437**)	6 119**)	0,5	0,3
Saarland, 5. Mai 1974					11 086	—	1,7	—
Schleswig-Holstein, 24. März 1974					6 510	—	0,5	—

*) — Teilwahlen (27. Oktober 1974 nur Marburg)

***) — nur kreisfreie Städte und Kreise

Bundesland	Kreisparlamente	Anzahl der Mandate	Stadtparlamente	Anzahl der Mandate	Gemeindeparlamente	Anzahl der Mandate	Parlamente insgesamt	Mandate insgesamt
Bayern	—	—	2	2	3	3	5	5
Baden-Württemberg	1	1	5	6	2	2	8	9
Hessen	—	—	3	11	4	9	7	20
Nordrhein-Westfalen	—	—	1	2	1	2	2	4
Rheinland-Pfalz	—	—	—	—	2	3	2	3
	1	1	11	21	12	19	24	41

Anmerkung: Der starke Rückgang der Mandate ist fast ausschließlich auf die Kommunalwahlen im Saarland zurückzuführen, wo die DKP keines der 1968 über freie Listen errungenen Mandate halten konnte.

IV. DDR-Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland

1.

Nach Auffassung der SED hat sich in der DDR unter ihrer Führung die „sozialistische Nation“ entwickelt, die sich in allen entscheidenden Merkmalen von der „bürgerlichen Nation“ in der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet. Auf dieser Grundlage dürfen sich DDR-Angehörige auf die Frage nach ihrer Nationalität als „Deutsche“ bezeichnen, die „Staatsbürger der DDR“ sind. (Honecker, 13. Tagung des ZK der SED im Dezember 1974). Nach „vollzogener völkerrechtlicher Abgrenzung“ sollen DDR und Bundesrepublik Deutschland als „selbständige, souveräne Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ einander, ohne „jegliche Konzessionen an die ideologische Koexistenz“ in einer „Politik der friedlichen Koexistenz“ gegenüberzutreten (Honecker a. a. O.).

Diese friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist „eine Form des Klassenkampfes, die darauf gerichtet ist, den Krieg zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu vermeiden und die unumgänglichen Klassenauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus auf nicht kriegerische Weise“ das heißt also: keineswegs friedliche Weise zu führen. (Gerns, 5. PV-Tagung, Oktober 1974).

2.

Ungeachtet ihrer entschiedenen Politik der Abgrenzung der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, beschloß das ZK der SED im Sommer 1974 eine weitere Intensivierung der Westarbeit. Unter Berücksichtigung der Struktur der Anhängerschaft und Wählerschaft der DKP wurden als Zielgruppen dieser Tätigkeit vor allem junge Sozialdemokraten und Gewerkschafter ausgewählt, bei denen die besten Möglichkeiten gesehen werden, sie für „Aktionseinheiten“ mit der DKP zu gewinnen.

Eines der wichtigsten Instrumente ist das seit 1971 bestehende, aus einer Reihe staatlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen aufgebaute „Institut für Politik und Wirtschaft“ in Ost-Berlin. Das Institut betreibt mit seinen rund 500 Mitarbeitern eine laufende, umfassende Analyse des gesamten politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Grundlage einer umfassenden Sammlung von Quellenmaterial werden die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt der Klassenauseinandersetzung bewertet und dem ZK der SED Informationen und Analysen zur Vorbereitung seiner Entscheidungen geliefert. Auch die DKP wurde in beträchtlichem Umfang aus dem Institut mit Analysen und Informations- und Propagandamaterial versorgt. Über eine besondere Abteilung unterhält das Institut enge Beziehungen zum „Ministerium für Staatssicherheit“ und kann dessen „Aufklärungs“-Ergebnisse in Anspruch nehmen.

Ein Gruppenleiter des Instituts, Detlev Hermann (31), nutzte 1974 bei einer Reise zur Erledigung eines

„Westauftrages“ die Gelegenheit, als politischer Flüchtling in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben.

Der DKP und ihren Hilfsorganisationen vermittelte die SED über die Vermittlung von Arbeitsergebnissen des IPW hinaus auf vielfache Weise ihre Unterstützung

im politisch ideologischen Bereich z. B. durch

den Empfang des Vors. Mies bei ZK-Sekretär Honecker (5. November 1974 in Ostberlin); Interviews von Honecker mit der UZ; Vermittlung der Ausrichtung einer Konferenz europäischer kommunistischer Parteien an die DKP (im Oktober 1974 in Düsseldorf); Propagierung der Vorzüge des „realen Sozialismus“ durch ZK-Mitglieder bei Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland (Bernhardt Quandt bei der Thälmann-Feier am 16. August 1974 in Hamburg)

bei der Finanzierung

(vgl. dazu III. 1. a, cc.)

im organisatorischen Bereich z. B. durch

Austausch von Delegationen, um die DKP mit den „Erfahrungen der SED in der organisationspolitischen Arbeit vertraut zu machen“ (Org.ref. Heinz Müller im November 1974 ZK-Sekretär Dohlus und in Frankfurt/Oder)

Informationsvermittlung über politische Jugendarbeit

(Siegfried Lorenz, ZK der SED, Abteilungsleiter Jugend, und Wolfgang Herger, 2. Sekretär des Zentralrates der FDJ im September 1974 u. a. in Düsseldorf und Mannheim)

bei der „politischen Bildung“ durch Vermittlung von Kenntnissen des Marxismus-Leninismus z. B.

durch Einsatz der „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse — Urania“ und des „Informations- und Bildungszentrum e. V. International“ (vgl. III. 5. b)

durch Entsendung von Referenten an Ausbildungsstätten (z. B. die „Marxistische Studiengemeinschaft“ Düsseldorf).

Auf der mittleren Parteibene wird die DKP durch Patenschaften von SED-Bezirken für solche der DKP (z. B. Cottbus für Rheinland-Pfalz) betreut; dabei wird ein regelmäßiger Austausch von Delegationen gepflegt.

Im gewerkschaftlichen Bereich beteiligt sich der FDGB an der „Westarbeit“. Dabei kam es zwar im Anschluß an die „Guillaume-Affäre“ zeitweise zu einer Stockung, weil der DGB nicht bereit war, Delegationen auf höherer Ebene auszutauschen. Reisen auf unterer Ebene gingen aber weiter und werden genutzt, DGB-Mitgliedern die „tragende Rolle“ des FDGB „im Staatswesen“ zu zeigen und deutlich zu machen, „daß der Sozialismus die Alternative zum Kapitalismus darstellt“ (UZ vom 24. Mai 1974).

In Berlin unternahm die FDGB-Gewerkschaft „Transport und Nachrichtenwesen“ im Februar 1974 den Versuch, sich durch Stilllegung der S-Bahn mit Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft OTV zu „solidarisieren“.

3.

Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) hat 1974 Zusammenarbeitsabkommen und Freundschaftsverträge abgeschlossen oder verlängert mit den „Deutschen Jungdemokraten“ (DJD), der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“, der „Naturfreundejugend“ und der SDAJ.

Die DJD gaben der FDJ Gelegenheit zur Darstellung ihrer Ziele u. a. auch im Gespräch mit FDP-Bundestagsabgeordneten und vereinbarten für 1975 Austausch von Delegationen und Informationen.

Mit der SDAJ traf die FDJ Absprachen über den Austausch von Delegationen, Referenten, Kulturgruppen und „Informationsmaterialien über die Arbeit ihrer Organisation“.

V. Die „Neue Linke“

1. Ideologie, organisatorische Entwicklung und allgemeines Verhalten

a) Ideologie

Die Mehrzahl der Gruppen der „Neuen Linken“ verfiel einem strikten Marxismus-Leninismus und folgt den Lehren des Vorsitzenden Mao Tse-tung. Andere richten sich an Theorien Stalins oder Trotzki aus. Dabei werfen sie sich häufig gegenseitig Mißverständnisse oder falsche Anwendung dieser Lehren vor. Weitgehend übereinstimmend treten sie für die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ durch einen revolutionären Akt ein.

Alle Gruppen kritisieren nachdrücklich den „Sozialimperialismus“ der Sowjetkommunisten und deren deutscher Anhänger (DKP, SED, SEW), die „die Herrschaft einer neuen bürgerlichen Klasse“ befestigen.

b) Organisatorische Entwicklung

Der seit einigen Jahren andauernde Konzentrationsprozeß innerhalb der „Neuen Linken“ hat die drei maoistisch orientierten Gruppen, die sich dabei als die stärksten erwiesen haben, veranlaßt, ihre bisher nicht unbestrittene Parteieigenschaft erstmals durch die Teilnahme an Wahlen zu untermauern: die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KDP), die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML, „Roter Morgen“) und den „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW).

aa)

Die KPD, deren Parteieigenschaft der Bundesgerichtshof in einem Beschluß vom 10. Januar 1974 noch offen gelassen hatte, hat am 28./29. September

1974 in Walsum und Köln ihren ersten Parteitag abgehalten. Im Zusammenhang damit gab sie zum ersten Mal eingehendere Informationen über Führungspersonal und Parteistruktur, die sie bisher weitgehend geheimgehalten hatte. Danach hatte die KPD etwa 5 000 Mitglieder und Kandidaten mit einem Durchschnittsalter von 25 Jahren. Um eine „Öffnung für die Massen“ zu erreichen, wurde die bisherige sechsmonatige Kandidatenzeit eingeschränkt.

Die KPD, der von der DKP immer wieder vorgeworfen wird, eine Studenten- und Schüler-, aber keine Arbeiterorganisation zu sein, betreibt die verstärkte Einführung von „Proletariern“ in Leitungsaufgaben der Partei nach entsprechender Ausbildung und Freistellung.

Dem Zentralkomitee der KPD gehören 15 Mitglieder an, u. a.

Jürgen Horlemann

Christian Semler

Hermann Froberg

Dietrich Kreidt

Ruth Degen

Klaus Landeck.

Höchstens Leitungsgremium der KPD ist der „Ständige Ausschuß des Politbüros des ZK der KPD“, dem weiterhin der seit den Aufbauzeiten in der KPD führend tätige Christian Semler angehört, außerdem

Jürgen Horlemann

Werner Heuler

Karlheinz Hutter.

Die regionalen Schwerpunkte der KPD, die noch über keine feste Organisation in allen Bundesländern verfügt, liegen in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Nordwürttemberg/Nordbaden und Bayern. Zur Zeit des Parteitages verfügte sie über 18 Ortsleitungen und ca. 70 örtliche Zellen als Grundeinheit der Partei.

Die KPD betreibt getreu Leninschen Grundsätzen gleichzeitig offene, „legale“ und konspirative Arbeit. So bestand der Parteitag aus einem konspirativen Treffen von 153 Delegierten in Walsum und einer öffentlichen Veranstaltung mit etwa 5 000 Teilnehmern in Köln. ZK-Mitglied Horlemann erklärte ausdrücklich, die KPD sei auf die Illegalität vorbereitet. „Wir sind nicht wehrlos.“

Die KPD hat nach eigenen Angaben jährlich Mittel „knapp an der Millionengrenze“ zur Verfügung; sie bestreitet nachdrücklich jede finanzielle Unterstützung aus dem Ausland. Sie kündigte 1974 den Aufbau einer eigenen Druckerei an; die Mittel dafür sollen ihr aus einer Erbschaft ihres ZK-Mitgliedes Semler zugeflossen sein. Die Leitung des Zentralorgans der KPD „Rote Fohne“ ging im August 1974 von Christian Semler auf Willi Jasper über.

Der Parteitag der KPD verabschiedete einstimmig ein „Programm“ und ein „Aktionsprogramm“ der KPD, die auf einer Großveranstaltung am 16. März 1974 in Düsseldorf mit etwa 2 500 Teilnehmern vorgelegt und anschließend in zahlreichen örtlichen Veranstaltungsreihen diskutiert worden waren.

Die KPD betrachtet ihr Programm als das erste revolutionäre, weil es unverfälscht die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland anwende.

Das Programm fordert die „Zerschlagung der imperialistischen Staatsmaschinerie“ und ihre „Ersetzung durch den proletarischen Staat“, das heißt „nicht mehr Parlamentarismus und Gewaltenteilung, sondern die ungeteilte Herrschaft der proletarischen Machtorgane“. Die KPD „verzichtet nicht darauf, auch bürgerliche Institutionen wie das Parlament im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen. Sie bekämpft das Parlament beharrlich als Instrument des Massenbetrugs; sie kämpft gleichzeitig um wählbare Positionen in bürgerlichen Institutionen, um sie als Tribüne des Klassenkampfes nutzbar zu machen“. Die KPD verfügt über den

Kommunistischen Jugendverband (KJV)

Kommunistischen Studentenverband (KSV)

Kommunistischen Oberschülerverband (KOV)

als Unterorganisationen der Partei.

Für die meisten ihrer öffentlichen Aktionen bedient sie sich ihrer Hilfsorganisationen, zu denen u. a. gehören

Liga gegen den Imperialismus,

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO),

Rote Hilfe e. V.,

Nationales Komitee „Arbeiterjugend gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse“,

Initiative „Gründung einer Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender“ (ISK).

Der KJV, dessen Schwerpunkte in Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg liegen, berichtete 1974 in seinem Zentralorgan „Kämpfende Jugend“ von erheblichen Mitgliedererwerben. Offenbar halten aber viele neugewonnene Mitglieder den hohen „revolutionären“ Ansprüchen des Verbandes nicht auf die Dauer stand.

Der KSV (Zentralorgan: „Dem Volke dienen“) veranstaltete im Oktober 1974 seine 2. ordentliche Delegiertenkonferenz in Aachen mit Delegierten von 146 Zellen und Hochschulkomitees. Ziel der Konferenz war die Mobilisierung der Mitglieder und ihre Verpflichtung, die „revolutionäre Linie der KPD im tagtäglichen Kampf im Stadtteil, vor dem Betrieb und an der Hochschule umzusetzen“.

Der KOV, der 1974 ein neues Zentralbüro in Dortmund einrichtete, bemühte sich um eine stärkere Verbreitung seines Zentralorgans „Schulkampf“ (Auflage: 10 000).

Die KPD-orientierte „Rote Hilfe“ hat die Aufgabe, im Kampf gegen die „Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie ... moralische, juristische, materielle“ und „Hafthilfe“ zu leisten. Der Sitz ihres Zentralvorstandes ist Dortmund; sie hat Stützpunkte vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg.

Die KPD erweiterte 1974 ihre Auslandsbeziehungen zu maoistisch orientierten Parteien und Organisationen. An ihrem Parteitag nahmen unter anderem Beauftragte solcher Organisationen aus Belgien, den Niederlanden, Italien, Spanien, Schweden, Griechenland, Portugal, Chile und Mexiko, aber auch der Palästinensischen Befreiungsfront und der Irischen Befreiungsarmee teil. Berliner KPD-Funktionäre reisten nach China.

bb)

Die KPD/ML, deren Zentralorgan die Zeitung „Roter Morgen“ ist, hat 1974, um ihre Qualifikation als politische Partei nachzuweisen, erstmals an einer Landtagswahl teilgenommen. Sie tat das bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, einerseits um „es der Bourgeoisie zu erschweren, uns — wie sie es wünscht — nach § 129 StGB als kriminelle Vereinigung zu verbieten“; andererseits, um so wenig wie möglich von ihrem konspirativen Verhalten aufgeben zu müssen, denn „bei einer Bürgerschaftswahl brauchen wir nur ein paar Genossen anzugeben — und die sind sowieso bekannt“. (Roter Morgen vom 12. Januar 1974). Die KPD/ML setzt sich dafür ein, „den Massen die Notwendigkeit und den Nutzen der gewaltsamen proletarischen Revolution vor Augen zu führen“. Ihre gegenwärtige Hauptaufgabe sieht sie darin, „zu einer kampfstarken Vorhutorganisation“ zu werden, „die die besten und revolutionärsten Kräfte des Proletariats in sich vereinigt“. Sie akzeptiert zwar „Terror gegen den Staatsapparat, gegen einzelne Personen dieses Apparates“ nicht als „gegenwärtige Kampfform der Partei“ (Roter Morgen Nr. 47 vom 23. November 1974), scheut aber deshalb weder vor der Rechtfertigung terroristischer Aktionen anderer noch vor eigener Anwendung von Gewalt zurück.

Die KPD/ML hält sich so streng an die Regeln der Konspiration, wie es ihr Bemühen um Aufrechterhaltung der Legalität gerade erlaubt. Vorsitzender Ernst Aust im „Roten Morgen“ vom 29. September 1974: „Die Legalität (ist) für die Partei eine Falle, die ihr die Bourgeoisie stellt. Und sie tappt hinein, wenn ... sie die notwendigen Regeln der Konspiration nicht beachtet.“

Die KPD/ML wird von einem Präsidium und einem Zentralkomitee geführt. Neben der Zentrale im Ruhrgebiet verfügt sie über Parteibüros in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern, außerdem in Berlin, Hamburg und Bremen; vollausgebaute Landesverbände hatte sie nach den bei der Hamburger Bürgerschaftswahl vorgelegten Unterlagen nur an der „Wasserkante“, in Nordrhein-Westfalen, „Südwest“, Bayern und in Berlin („Sektion Westberlin“). Der Aufbau der KPD/ML beruht auf dem „Prinzip des demokratischen Zentralismus“. Das Zentralkomitee „bestimmt als höchste Instanz die Beschlüsse der Partei, an die jedes Mitglied gebunden ist“.

Als Untergliederung gehören zur KPD/ML die Jugendorganisation „Rote Garde“ und die Studentenvereinigung „Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML). Die zur KPD/ML orien-

tierten „Rote-Hilfe“-Gruppen trennten sich bei einem Bundestreffen am 12./13. April 1974 von den übrigen Gruppen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gruppen unterschiedlicher ideologischer und praktischer Ausrichtung. Wenn die KPD/ML auch andere maoistische Gruppen ideologisch bekämpft (Flugblatt „Nieder mit den Führern der Gruppe Rote Fahne, den Spaltern der kommunistischen Bewegung“), ist sie doch zu gelegentlichen „antifaschistischen Aktionseinheiten“ mit ihnen bereit, so z. B. im Zusammenhang mit Aktionen anlässlich des Todes und der Beerdigung ihres Genossen Günther Routhier im Juni 1974 in Duisburg.

Von den „Fraktionen“ der KPD/ML hat nur noch die „KPD/ML (Neue Einheit)“ in Berlin eine begrenzte Bedeutung; alle anderen haben jede Wirksamkeit eingebüßt.

Die Auslandsbeziehungen der KPD/ML konzentrieren sich auf Albanien und China. Sie entsandte eine Delegation zur 30-Jahr-Feier der VR Albanien. Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua veröffentlichte die Grußbotschaft der KPD/ML zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China.

cc)

Der 1973 aus „Kommunistischen Bündeln“ in Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg zusammengeschlossene „Kommunistische Bund Westdeutschland“ hielt im April 1974 in Mannheim, wo auch die Parteizentrale beheimatet ist, seine erste ordentliche Delegiertenversammlung ab. Zu dieser Zeit hatte der KBW etwa 1 200 Mitglieder in 36 Orts- oder Ortsaufbaugruppen.

Geführt wird der KBW von einem „Zentralen Komitee“ aus 13 Mitgliedern und einem von diesem gewählten „Ständigen Ausschuß“, dem Dieter Bock, Martin Fochler, Hans-Jörg Hager, Wilfried Maier und „Joscha“ Schmierer angehören. ZK-Sekretär ist der schon seit der Aufbauzeit im KBW führend tätige Schmierer.

Zentralorgan der KBW ist die „Kommunistische Volkszeitung“, deren Auflage bereits im 1. Halbjahr 1974 auf fast 60 000 gestiegen war. Theoretisches Organ ist die Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“. Zur Verbreitung seiner Propagandaschriften steht dem KBW eine Verlagsgesellschaft in Mannheim (Verlag Kühl KG) und eine Kette von über zwei Dutzend auf ihn orientierter Buchläden zu Verfügung.

Das Programm des KBW zielt über die „proletarische Revolution“ auf die klassenlose Gesellschaft. Die Revolution setzt die „Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur voraus“. Der KBW tritt dafür ein, „die politische Macht mit Waffengewalt (zu) erkämpfen“, solange der bürgerliche Staat „über bewaffnete Formationen . . . verfügt“.

Der KBW argumentiert auf dem ideologischen Feld in der Regel differenzierter als andere maoistische Gruppen. So legte er 1974 „Eine Polemik“ zum Entwurf des Programms und Aktionsprogramms der

KPD vor, in der er ihr „Schwankungen“ in zahlreichen wichtigen ideologischen Fragen vorhält.

Nachdem der KBW bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen die politischen Schwierigkeiten erfahren hatte, die sich daraus ergaben, „daß wir uns zwar einmischten, aber nicht selbst kandidierten“, entschloß sich die 1. Delegiertenkonferenz zu einer Teilnahme an Parlamentswahlen, „um auf der Bühne, welche sich die bürgerliche Klasse gezimmert hat, . . . die Vorstellung zu stören und . . . die sozialistische Gesellschaft zu propagieren“. 1974 nahm der KBW nur an den hessischen Landtagswahlen teil.

Auch der KBW sucht Aktionseinheiten „für begrenzte Ziele in bestimmten Kämpfen“, wenn von ihm unterstützte Ziele festliegen. So unterstützte er die „Polizeimord-an-Günter-Routhier“-Agitation der KPD/ML und beteiligte sich an Diskussionsveranstaltungen der KPD. Als Hilfsorganisation hat der KBW in Braunschweig die „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV) gegründet. Die GUV will „als selbständige Organisation unter der politischen Anleitung der KBW“ Intellektuelle sammeln, die bereit sind, sich am „antiimperialistischen Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes“ zu beteiligen.

dd)

Der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD), dessen Schwerpunkt in Baden-Württemberg liegt, veranstaltete im Oktober 1974 seinen 2. zentralen Delegiertentag. Der KABD will auf der Basis der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung eine revolutionäre Partei mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats aufbauen. In sein Zentralorgan „Rote Fahne“ ist die Zeitung „Rebell“ des dem KABD zugehörigen „Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands“ (RJVD) mit aufgenommen. Die „Arbeiter-Basisgruppen“ in München, 1973 mit einigen „Sozialistischen Betriebsgruppen“ aus Bayern zum „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ zusammengeschlossen, setzten sich im bayerischen Wahlkampf für die SPD ein, damit die SPD „selbst mit absoluter Mehrheit dem ganzen Volk beweisen muß: ihren demokratischen Sozialismus, ihren Reformkapitalismus wird es nie und nimmer geben“ (vgl. Langguth, Zur Beteiligung kommunistischer Organisationen an den Landtagswahlen, Bonn, Dezember 1974, als Manuskript gedruckt).

ee)

Der trotzkistische „Bund sozialistischer Arbeiter“ (BSA), der sich vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen betätigt, gab im September 1974 den Beschluß seiner Zuständigen Gremien bekannt, eine revolutionäre Partei auf der Grundlage des Trotzkismus aufzubauen. Im Oktober veranstaltete er in Bottrop eine Konferenz, die sich näher mit dem Parteaufbau befaßte. Ziel dieser Partei soll es sein, den bankrotten Kapitalismus zu stürzen und Deutschland revolutionär umzugestalten.

Die trotzkistische „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM), die schon im hessischen und bayerischen Landtagswahlkampf die dort kandidierenden

Parteien der „Neuen Linken“ unterstützt hatte, sucht weiterhin die Zusammenarbeit „aller revolutionären Linken“ und ist deswegen u. a. an KPD, KPD/ML und KBW herangetreten. Im Landtagswahlkampf in Niedersachsen hatte die GIM noch zur Unterstützung von DKP und SPD aufgerufen („Was tun“ vom 30. Mai und 30. Oktober 74).

Der trotzkistische Spartacus-Bund begann im Oktober mit der Herausgabe einer Zeitung „Roter Dialog“.

ff)

Neu aufgetreten ist 1974 die „Europäische Arbeiterfraktion“ (auch European Labour Committee, ELC). Gründer und „Führer“ der ELC sind die USA-Staatsangehörigen Lyn Marcus (Lyndon Hermyle la Roche) und E. C. Boyd. Zentralorgan der ELC ist die Wochenzeitung „Neue Solidarität“.

Die wirr erscheinende Ideologie der ELC beschäftigt sich weitgehend mit einer Verteufelung des US-Vizepräsidenten Rockefeller und der CIA. Nur eine umfassende Mobilisierung „für eine Einheitsfront sämtlicher Organisationen der Arbeiterklasse und Bauern“ könne noch verhindern, „was sonst unausweichlich ist, das Strauß in einigen Monaten seine Gauleiterfunktion für Rockefeller in der Bundesrepublik antritt“ (Neue Solidarität vom 25. August 1974).

Die ELC, die bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen aktiv für die Wahl der SPD warb und ihr vergeblich eine enge Zusammenarbeit anbot, kandidierte mit äußerst geringem Erfolg bei den hessischen Landtagswahlen in einem Frankfurter Wahlkreis.

c) Allgemeines Verhalten der Gruppen der „Neuen Linken“

Die Organisationen der „Neuen Linken“ haben ihre scharfen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen untereinander und mit den orthodoxen Kommunisten fortgesetzt. Dabei kam es auch zu Handgreiflichkeiten. Andererseits kamen „Aktions-einheiten“ zwischen einander sonst bekämpfenden Organisationen auf der Basis der ihnen gemeinsamen revolutionären Zielsetzung zustande.

Typisch für die „Neue Linke“ ist, im Unterschied zum „Legalismus“ der orthodoxen Kommunisten, ihre verbale und praktizierte Aggressivität gegenüber der Verfassungsordnung des freiheitlichen Rechtsstaates. Sie erklären offen ihre Absicht, diese Ordnung „im bewaffneten Kampf“ zu zerschlagen.

2. Tätigkeit an Hochschulen

Da die Anhängerschaft der „Neuen Linken“ trotz deren Bemühungen, unter den Arbeitern Fuß zu fassen, weiterhin überwiegend aus Studenten besteht, bildeten die Hochschulen das natürliche Zentrum ihrer Tätigkeit, trotz der Behauptung der KPD, die Universitäten seien „eine absolute Nebenfront, die „Hauptfront“ sei „der Kampf zum Zusammenschluß der Arbeiterklasse“. Häufig versuchten sie,

durch ihren „Aktionismus“ die organisatorische Überlegenheit der DKP-zugehörigen und -orientierten Gruppen wettzumachen. Dem Rückgang der Zahl ihrer Vertreter in Studentenparlamenten und Allgemeinen Studentenausschüssen konnten sie nicht völlig aufhalten, örtlich erzielten sie aber wieder Erfolge.

a)

Der „Kommunistische Studentenverband“ (KSV), zur KPD gehörig, der schon 1973 die stärkste Studentenorganisation der „Neuen Linken“ war, hat die Zahl seiner Zellen und Hochschulkomitees auf 146 (1973: 60) erhöht. Zwar konnte er im Sommersemester den Anteil seiner Sitze in Studentenvertretungen mit 23 (von 2 239 an 69 Hochschulen) gegenüber 1973 fast verdoppeln; doch konnte er diesen Anteil nicht in Beteiligung an Allgemeinen Studentenausschüssen umsetzen.

Die 2. Delegiertenkonferenz der KSV diente einer radikalen Kampfansage an die „Bourgeoisie“, den „modernen Revisionsmus“ und Opportunismus. Eine politische Resolution sieht angesichts eines erwarteten verschärften Klassenkampfes die Hauptaufgabe des KSV darin, „in Kader- und Massenlinie mit allen Kräften die Partei im Kampf für die proletarische Revolution zu unterstützen“.

In einigen Gruppen, so in Berlin, Bonn, Hamburg, München und Münster hatte der KSV 1974 offenbar mit Spaltungstendenzen zu kämpfen.

b)

Eher größeren Einfluß als der KSV haben örtliche Studentengruppen, die sich dem KBW zuordnen (der KBW verfügt über keine eigene Studentenorganisation); sie führen verschiedene Bezeichnungen, z. B. Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) in Heidelberg. Diese Gruppen bilden den Kern der „kommunistischen Fraktion“ in den beiden Studentenverbänden vds und SVI. In Heidelberg konnte die KHG bei den Studentenparlamentswahlen zum Wintersemester 1974/75 mit 35,7 % den mit Abstand höchsten Anteil aller Studentengruppen erringen.

c)

Mit Vorlesungsstörungen, gezielten Drohungen, Streiks und Demonstrationen agierten Studentengruppen der „Neuen Linken“ gegen „reaktionäre“ Hochschullehrer und Lehrinhalte und gegen die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes, mit dem die „Bourgeoisie“ die Hochschulen „in den Griff bekommen“ wolle. Besonders der KSV beteiligte sich so aktiv an gewalttätigen Aktionen, daß einzelne Kultusminister und die Westdeutsche Rektorenkonferenz sein Verbot für angezeigt hielten.

Eine Welle von Demonstrationen fast aller studentischen Gruppen der „Neuen Linken“ löste der Tod des Mitgliedes der Baader-Meinhof-Bande, Holger Meins, aus. KSV, „Folterkomitees“, Rote-Hilfe-Gruppen, KBW-Studenten warfen der Justiz „Mord auf Raten“, „Faschisierung“ und „Polizeistaatmethoden“ vor und verlangten „Freiheit für alle politi-

schen Gefangenen". Dabei kam es einerseits zu zahlreichen „Aktionseinheiten“ linker Gruppen, andererseits zu Auseinandersetzungen über die Haltung gegenüber dem „individuellen Terror“ der „Roten Armee Fraktion“.

3. Sonstige Tätigkeit

a)

Die Bemühungen vor allem der KPD/ML und des KBW, stärkeren Zugang zu Arbeiten zu finden, hatten auch 1974 nur mäßigen Erfolg. Zwar konnten sie eine Anzahl neuer Betriebszellen gewinnen und richteten neue Betriebszeitungen ein (die KPD/ML zum Beispiel „Klassenkampf“ bei Bayer/Leverkusen; „Hau Druff“ bei Tyssen-Niederrhein-Oberhausen; „Der Rote Bahnräumer“ beim DB-Ausbesserungswerk Bremen Sebaldsbrücke), doch bleibt ihr Einfluß und vor allem ihr Anteil an betrieblichen Vertretungen weit hinter dem der orthodoxen Kommunisten zurück. Einzelne Erfolge bei betrieblichen Wahlen konnten maoistische Gruppen erringen, wo politische Konkurrenz fehlte und sie sich nicht offen zu erkennen gaben (vgl. z. B. „Kämpfende Jugend“ Nr. 12 vom 26. Juni 1974).

Organisationen der „Neuen Linken“ setzen sich nachdrücklich für „die Führung selbständiger Kämpfe auch ohne und gegen die Gewerkschaftsführung“ ein (Aktionsprogramm der KPD) und lehnen nachdrücklich jede Friedenspflicht ab. („Uneingeschränktes Streikrecht für alle Werktätigen“, 1. Mai-Aufruf der KPD/ML). Aber auch ihre betonte Solidarisierung mit ausländischen Arbeitern („Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Kampffront, eine Klasse“, 1. Mai-Aufruf der KPD/ML) brachte sie nur selten in die Lage, wilde Streiks auszulösen. Diese Schwäche gestand die KPD in der Resolution ihres 1. Parteitages selbst zu, wo sie sich vornahm, „besser als bisher die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse vorzubereiten, zu initiieren und zum Erfolg zu führen“.

b)

In den Gewerkschaften haben Anhänger der „Neuen Linken“, nicht zuletzt dank der von den meisten Gewerkschaften getreu praktizierten Unvereinbarkeitsbeschlüsse, kaum Fuß fassen können. Eine Ausnahme bilden lediglich Teile der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), z. B. im Bereich Frankfurt; dort besetzten Mitglieder von Gruppen der „Neuen Linken“ wichtige Vorstandsämter.

Die Haltung gegenüber den Gewerkschaften ist bei den Organisationen der „Neuen Linken“ weiterhin unterschiedlich. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) der KPD arbeitet in den Gewerkschaften und gegen sie mit dem Ziel, „reformistische Gewerkschaftsführer“ immer mehr zum Mittel von Massenausschlüssen zu drängen und damit die Voraussetzungen zum Aufbau „roter Gewerkschaften“ zu schaffen; allerdings bereitet diese unrealistische Linie der KPD zunehmend ideologische Probleme. Für die Agitation gegen Gewerkschaftsausschlüsse hat die KPD im September 1974 das „Na-

tionale Komitee Arbeiterjugend gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse“ gegründet. In Einzelfällen führte die Auseinandersetzung der KPD mit dem DGB zu gewalttätigen Aktionen gegen DGB-Einrichtungen. Der KBW verfißt dagegen die Leninsche Linie, auch um den Preis der Verleugnung der Mitgliedschaft beim KBW in den Gewerkschaften kommunistische Arbeit zu leisten. Er tritt für „kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften“ ein und will „jedes Spaltungsmanöver“ bekämpfen.

c)

Maoistische Gruppen, darunter KJV und KPD/ML, haben ihren Kampf gegen die Bundeswehr 1974 deutlich verschärft. Sie haben weiter versucht, konspirativ arbeitende Zellen in der Bundeswehr aufzubauen. Eine solche Zelle wurde in Pfullendorf/Baden-Württemberg im Sommer 1974 aufgedeckt. Das Zentrale Komitee des KBW beschloß 1974 Leitsätze zur Militärfrage: KBW-Zugehörige sollen auf die Wehrdienstverweigerung verzichten und statt dessen in die Bundeswehr eintreten, um dort den Waffengebrauch zu erlernen. Ihre „Zellen“ sollen konspirativ arbeiten und in Aktion treten, wenn die Bundeswehr „von der bürgerlichen Klasse in Einsatz gebracht“ wird. Gleichzeitig sollen offene „Soldaten- und Reservistenkomitees“ die politische Auseinandersetzung mit Offizieren suchen, „wo diese nicht durch Befehl und Gehorsam geschützt“ sind.

d)

Nachdem schon der „Kommunistische Oberschülerverband“ (KOV, zur KPD gehörig) und örtlich auch der dem „Kommunistischen Bund“ (KB) nahestehende „Sozialistische Schülerbund“ (SSB) zunehmend politische Arbeit unter Schülern betrieben hat, hat sich 1974 auch der KBW stärker dem „Schulkampf“ zugewandt. Nach einem Beschluß seines Zentralen Komitees vom 9. Februar 1974 will er Oberschüler „für den revolutionären Sturz des bürgerlichen Staates“ gewinnen, „spontane Rebellionen“ und den Kampf „für das Recht auf freie politische Betätigung an den Schulen“ unterstützen. Dem KBW gelang es zum Beispiel in Frankfurt, mehrere Kandidaten bei der Wahl in den Stadtschulrat durchzubringen.

Wenn auch die Beständigkeit der in Schulen gewonnenen jugendlichen Anhänger maoistischer Gruppen nicht überschätzt werden darf, so hat sich doch die „Neue Linke“ an den Schulen ein Reservoir ständig nachwachsender Anhänger erschlossen.

4. Aktionen

Die KPD bewies auch 1974, daß sie in der Lage ist, zu zentralen Veranstaltungen, zu denen ihre Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin anreisen, mehrere tausend Teilnehmer zu mobilisieren. An der Vorstellung ihres Programm-entwurfs im März 1974 in Düsseldorf nahmen über 2 000, an der öffentlichen Kundgebung anläßlich

ihres 1. Parteitages im Juni in Köln über 5 000 Personen teil; zur „China-Demonstration“ im September 1974 in Frankfurt stellte die KPD rund 2 000 Teilnehmer. Dagegen vermochten KPD/ML und KBW während der Wahlkämpfe selbst zu „Großveranstaltungen“ meist nur einige hundert Anhänger zusammenzubringen.

Schwerpunkte großer, mit Gewalttätigkeiten verbundener „Aktionen“, bei denen es in der Regel zu Aktionseinheiten mehrerer Gruppen der „Neuen Linken“ kam, waren Frankfurt (Universität, Häuserbesetzung), Duisburg (Tod des KPD/ML-Mitgliedes Günter Routhier) und — nach dem Tod von Holger Meins und der Ermordung von KG-Präsident von Drenkmann — Berlin — und eine Reihe von Städten im Bundesgebiet. „Aktionseinheiten“ gab es auch in linksradikalen Ausländerorganisationen, so bei der von KPD/ML und der „Conföderation Iranischer Studenten-Nationalunion“ (CISNU) gemeinsam übernommenen gewaltsamen Störung der Iran-Wochen im Hamburger Kongreßzentrum im Dezember 1974.

Nachdem es im Januar 1974 an der Frankfurter Universität zu Vorlesungssprengungen und anschließend zu einem Streik mit Krawallen und Prügeleien unter führender Beteiligung des KSV gekommen war, folgte dort am 23. Februar im Zusammenhang mit der Räumung „besetzter“ Häuser eine Demonstration, an deren Vorbereitung und Durchführung eine ganze Anzahl von Gruppen der „Neuen Linken“ in „Aktionseinheit“ beteiligt war, sie entwickelte sich zu einer „Straßenschlacht“ gegen die Polizei mit zahlreichen Verletzten. Die Verletzung eines Jugendlichen durch einen Wasserwerfer der Polizei nutzten Gruppen der „Neuen Linken“ später zu heftiger Agitation gegen die Polizei und dem Versuch, Solidarität über ihren Sympathisantenbereich hinaus zu gewinnen.

Am 5. Juni 1974 kam es anlässlich einer Verhandlung wegen der Entlassung eines der KPD/ML angehörenden Arbeiters zu Protestdemonstrationen von KPD/ML-Anhängern im Arbeitsgericht Duisburg. Der während des anschließenden Polizeieinsatzes verletzte Frührentner Günter Routhier starb am 18. Juni; unmittelbar vor seinem Tode nahm ihn die KPD/ML als Mitglied auf. Es kam zu einer massiven Agitation der KPD/ML, unterstützt u. a. von KPD und KBW gegen den „Polizeimord an Günter Routhier“. Anlässlich seiner Beerdigung veranstaltete die KPD/ML in Duisburg eine Demonstration mit etwa 1 500 Teilnehmern, in deren Verlauf 96 Teilnehmer festgenommen, zahlreiche Waffen sichergestellt und eine größere Zahl von Polizisten und Demonstranten verletzt wurde.

Die Anti-Polizei-Kampagne (Flugblatt: „Tod den Killern in Uniform!“, „Seine Mörder werden der Rache des Volkes nicht entgehen“, „Roter Morgen“ vom 29. Juni 1974) wurde von verschiedenen Gruppen der „Neuen Linken“ weitergeführt, u. a. mit einem in Duisburg abgehaltenen Tribunal zur Aufklärung des „Mordes“ an Routhier.

Zu einer Serie von, zum erheblichen Teil gewalttätigen, Demonstrationen unter führender Beteiligung von Gruppen der „Neuen Linken“ kam es im November 1974 nach dem Tod des Mitgliedes der Baader-Meinhof-Bande, Holger Meins, u. a. in Berlin, Frankfurt, Heidelberg, Marburg, Bochum und Bielefeld. Initiatoren waren u. a. die „Rote Hilfe“, der KSV und der KSB/ML. Dabei zeigte sich ein differenziertes Verhältnis der verschiedenen Organisationen der „Neuen Linken“ zu den Terrorakten der Baader-Meinhof-Bande. Während die KPD/ML die „Hinrichtung Drenkmanns“ zwar nicht als hilfreich „auf dem Weg zur Revolution“ ansah, aber doch den darin zum Ausdruck gekommenen „Klassenstandpunkt“ pries, sprach die KPD von einer „konterrevolutionären Handlung wildgewordener Kleinbürger“.

Rechtsradikale Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1974

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. „Alte Rechte“	32
1. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	32
a) Parteiorganisation und innerparteiliche Entwicklung	32
aa) Bundespartei	32
bb) Landesverbände	32
cc) Junge Nationaldemokraten	32
dd) Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) und Nationaldemokratischer Schülerbund (NSB)	33
b) Finanzlage der NPD	33

	Seite
c) Beteiligung der NPD an den Wahlen des Jahres 1974	33
aa) Landtags- und Bürgerschaftswahlen	33
bb) Kommunalwahlen	33
d) Ideologische Ausrichtung der NPD	33
aa) Die „Lebensrichtigkeit“	33
bb) NS-Staat als Leitbild	34
cc) Weitere Beispiele	35
e) Schwerpunkte der Agitation	35
aa) Öffentliche Veranstaltungen	35
bb) Deutsche Wochen-Zeitung	35
2. Vereinigte Freiheitliche (Dr. Gerhard Frey)	36
a) Freiheitlicher Rat	36
b) Deutsche National-Zeitung	36
c) Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 2. Juli 1974	36
d) Versuch der Annäherung Freys an die NPD	37
3. Sonstige Gliederungen der „Alten Rechten“ einschließlich nazisti- scher Erscheinungsformen	37
a) Rechtsblock	37
b) Unabhängige Arbeiterpartei	37
c) Alfred E. Manke (Arbeitskreis Volkstreuer Verbände und Natio- nales Ideologiezentrum)	37
d) Kampfgemeinschaft des Deutsch-Nationalen Sozialismus	38
e) Demokratische National-Sozialistische Gemeinschaft	38
f) Deutscher Jugend-Bund	38
g) E. Bierbaum Verlag (Erwin Schönborn)	38
h) Rechtsanwalt Dr. Manfred Roeder (Deutsche Bürgerinitiative e. V.)	38
i) Thies Christophersen („Kritik“, „Deutsche Bauernschaft“)	38
j) Hans Joachim Floth (Deutsch-Völkische Gemeinschaft, Deutsch- Völkische Jugend)	39
k) Peter Dehoust („Nation Europa“) und Bernhard C. Wintzek („Mut“)	39
II. „Neue Rechte“	39
Aktion Neue Rechte und Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation / Sache des Volkes	39
III. Rechtsradikale im öffentlichen Dienst	39
1. Bundeswehr	39
2. Einzelne Bundesländer	39
IV. Ausschreitungen aus rechtsradikalen Motiven	40
V. Maßnahmen gegen Rechtsradikale	40
1. BK/O 74/10 vom 30. August 1974 gegen die NPD Berlin	40
2. Maßnahmen gegen Rechtsradikale im öffentlichen Dienst	40
3. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren und Strafverfahren ..	40

I. „Alte Rechte“

1. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

a) Parteiorganisation und innerparteiliche Entwicklung

aa) Bundespartei

Auf dem VIII. Bundesparteitag, den die NPD am 12. und 13. Oktober 1974 in München abhielt, wurde in verschiedenen Referaten der Anspruch auf den Platz der „vierten Partei“ in der Bundesrepublik angemeldet. Der Jubiläumsparteitag fand die NPD allerdings nicht „im Aufwind“. Gemessen an der Zahl von 314 Delegierten (auf dem VII. Bundesparteitag in Düsseldorf noch 354) ist die Mitgliederentwicklung eher rückläufig. Die vom Parteivorsitzenden Mußnug angegebene Zahl von rund 22 000 ist überhöht; die Partei dürfte auch zum Jahresende 1974 trotz der anlässlich des 10jährigen Bestehens durchgeführten Mitgliederwerbung nicht mehr als 12 000, allenfalls 14 000 Mitglieder haben (Verfassungsschutzbericht 1973, S. 21). An der Zusammensetzung der Parteispitze hat sich gegenüber 1973 nichts geändert. Parteivorsitzender ist Rechtsanwalt Martin Mußnug, seine Stellvertreter sind der Professor Dr. Ernst Anrich, der Versicherungskaufmann Walter Bachmann und der Kaufmann Dr. Felix Buck.

bb) Landesverbände

In den Landesverbänden zeichnete sich folgende Entwicklung ab:

Auf dem VII. ordentlichen Landesparteitag des NPD-Landesverbandes Bayern am 20./21. April 1974 in München wurde der bisherige Landesvorsitzende Walter Bachmann mit 113 von 118 abgegebenen Stimmen wiedergewählt; zu Stellvertretern wurden Emil Maier-Dorn, Günter Herrmann und Horst Nicolaus bestimmt.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hielt am 23./24. November 1974 in Altena seinen Landesparteitag ab, auf dem der Landesvorstand gewählt und 30 Kandidaten für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (am 4. Mai 1975) aufgestellt wurden. Gerhard Quelle wurde als Landesvorsitzender bestätigt; als Stellvertreter wurden Karl Denkewitz, Gerhard Reipen und Manfred Ohl (von den Jungen Nationaldemokraten) gewählt.

Einen neuen Landesvorsitzenden erhielt die NPD in Rheinland-Pfalz auf ihrem Parteitag in Neustadt am 19. Mai 1974 mit dem Garten- und Landschaftsarchitekten Helmut Schmitz, für den 63 der 64 gültigen Delegiertenstimmen abgegeben wurden. Er löste Fritz May ab, der 10 Jahre lang Vorsitzender in Rheinland-Pfalz und einige Zeit Mitglied des Bundesvorstandes war.

Auch in Schleswig-Holstein wurde auf dem Landesparteitag in Plön am 2./3. März 1974 ein neuer Vorstand gewählt. Ihm gehören als Vorsitzender Oberst-

leutnant Dr. Werner Witt, als stellvertretende Vorsitzende die Oberlehrerin David-Happach, Otto Führer und der Kaufmann Uwe Schäfer an.

In der NPD des Saarlandes gab es ebenfalls einen Vorstandswechsel. In einer Kampfabstimmung unterlag der bisherige Vorsitzende, der Student Klaus Gärtner, dem Studienrat Werner Schöndorf. Stellvertreter wurden der Koch Artur Rose, der Kaufmann Rudolf Geserick und der Student Horst Schwarz.

Die niedersächsische NPD mußte ein Jahr vor der turnusmäßigen Neuwahl ihrer Führungsspitze einen neuen Vorstand bestimmen, nachdem der bisherige Amtsinhaber, der ehemalige Landtagsabgeordnete Rudolph Anfang Mai 1974 zurückgetreten war. Auf dem Landesparteitag am 22. September 1974 in Bad Lauterberg wurde der Rechtsanwalt und Notar Behr aus Stade zum neuen Vorsitzenden gewählt.

cc) Junge Nationaldemokraten

Ähnlich wie im Vorjahr konnten sich die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) stärker in Szene setzen, nachdem sie bereits 1973 eine weitgehende finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit gegenüber der NPD durchgesetzt hatten. Der Bundesvorsitzende, der 34jährige Oberstudienrat Günther Deckert, erzielte im Mai 1974 bei der Oberbürgermeisterwahl in seinem Wohnort Weinheim (Bergstraße) ein aufsehenerregendes Ergebnis, als er 25,3 % der gültigen Wählerstimmen erhielt (Süddeutsche Zeitung vom 19. Juli 1974). Ferner machten die JN mit der Meldung auf sich aufmerksam, daß 34 Fachreferenten der JN-Landesverbände Anfang November in Ost-Berlin getagt hätten, da die Alliierte Kommandantur alle Aktivitäten von Nationaldemokraten in West-Berlin verboten habe. Auf der Konferenz sei die Rolle nationalistischer Bewegungen im weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus beleuchtet worden. Dabei sei deutlich geworden, daß sich heute in Westdeutschland allein die Nationaldemokraten „durch eine kompromißlose Haltung gegenüber dem sowjetischen Panzer-Kolonialismus und dem amerikanischen Dollar-Imperialismus auszeichneten“ (Frankfurter Rundschau vom 14. November 1974, Süddeutsche Zeitung vom 14. November 1974). Außerdem traten die JN mit zahlreichen Publikationen (Flugblättern) an die Öffentlichkeit (z. B. „Barrikade/Intern“, Mitteilungsblatt der JN in Nordrhein-Westfalen, mit dem Schlagwort „Es lebe der neue Nationalismus“ und „Der Wendepunkt“ mit der Parole „Nationalismus ist Fortschritt!“). Ihre Flugschriften gleichen in Aussage und Ton oft denen maoistischer Gruppen. So heißt es in einem „Nachruf zum 1. Mai 1974“, für den der „Nationaldemokratische Hochschulbund“, Gruppe Münster, der Kreisverband Münster der JN und die Aktionsgruppen Münster des „Nationaldemokratischen Schülerbundes“ verantwortlich zeichnen: „Das parlamentarische System des Watergate und der Bonner Krisen-Affären und Korruptions-

politik . . . wird von den Systembonzen selbst kaputtgemacht . . . die Volks- und Verfassungsfeinde sitzen in Bonn. SPD, FDP und CDU sind die Schoßhunde des US-Kapitalismus; die SED und DKP sind die Kettenhunde des Sowjet-Staatskapitalismus. Sie alle sind Garanten der Teilung und Spaltung Deutschlands. Wir sagen: Die Alternative gegen US- und Sowjet-Imperialismus ist der europäische Befreiungsnationalismus. Kämpft mit den Nationaldemokraten gegen die Volks- und Arbeiterverräter in den Lizenzparteien . . . solidarisiert euch mit den Werktätigen zum Aufbau der NATIONALDEMOKRATIE! Gebt dem Volkssozialismus grünes Licht!“. — Hier zeigen sich auch Anknüpfungspunkte zur „Neuen Rechten“.

dd) Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) und Nationaldemokratischer Schülerbund (NSB)

Weder der NHB noch der NSB sind im Jahre 1974 stärker in Erscheinung getreten. In Gießen ist es dem NHB, wie er mitteilte, „nach langem Bemühen gelungen“, eine Hochschulgruppe zu gründen. Im Gesamtbereich der Studenten- und Schülerverbände fristen beide Organisationen ein Schattendasein.

b) Finanzlage der NPD

Auch im Jahre 1974 trug die NPD an der Hypothek, daß der Bund einen Wahlkampfkosten-Rückerstattungsanspruch in Höhe von knapp 2 Millionen DM hat; hierauf hat die Partei 1 201 610,00 DM geleistet, davon 201 610,00 DM im Wege der Verrechnung. Dagegen ist es ihr im November 1974 gelungen, eine entsprechende Forderung des Landes Niedersachsen von 205 381,38 DM zu tilgen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen ist nach den Worten von Innenminister Weyer vor dem Hauptausschuß des Landtages am 16. Januar 1975 „hoffnungslos verschuldet“. Aus dem neuesten nach den Vorschriften des Parteiengesetzes vorgelegten Rechenschaftsbericht (Bundesanzeiger Nr. 3 vom 7. Januar 1975) geht ferner hervor, daß die Gesamteinnahmen 1973 1 543 693,55 DM betragen. Die Mitgliedsbeiträge sind gegenüber 1972 geringfügig — um 26 353,78 DM — auf 544 873,08 DM gestiegen, während die Spenden stark — um 393 802,35 DM — auf 415 980,66 DM zurückgegangen sind.

c) Beteiligung der NPD an den Wahlen des Jahres 1974

Die NPD beteiligte sich an den Landtags- und Bürgerschaftswahlen in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern sowie an den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland und den Teilkommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen. Dagegen verzichtete sie auf die Mitwirkung bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Die Ergebnisse weisen durchweg aus, daß — entgegen den Deklamationen auf dem Düsseldorfer Parteitag — 1974 kein „Jahr der Nationaldemokraten“ war.

aa) Landtags- und Bürgerschaftswahlen

Wie schon im vorangegangenen Wahlzyklus gelang es der NPD in keinem Bundesland, ein Mandat zu

erringen. Sie büßte vielmehr den größten Teil des ihr verbliebenen Wählerpotentials ein.

Bürgerschaftswahl in *Hamburg* (3. März 1974):

NPD 0,8 % (Bürgerschaftswahl 1970 2,7 %, Bundestagswahl vom 19. November 1972 0,4 %).

Landtagswahl in *Niedersachsen* (9. Juni 1974):

NPD 0,6 % (Landtagswahl 1970 3,2 %, Bundestagswahl 1972 0,5 %).

Landtagswahl in *Hessen* (27. Oktober 1974):

NPD 1,0 % (Landtagswahl 1970 3,0 %, Bundestagswahl 1972 0,6 %).

Landtagswahl in *Bayern* (27. Oktober 1974):

NPD 1,1 % (Landtagswahl 1970 2,9 %, Bundestagswahl 1972 0,7 %).

bb) Kommunalwahlen

Kommunalwahl in *Rheinland-Pfalz* (17. März 1973):

Die NPD, die sich in allen kreisfreien Städten und Landkreisen zur Wahl stellte, erhielt 0,7 % (gegenüber 2,0 % bei den Kommunalwahlen 1969). Sie verlor alle 26 Sitze in den Stadträten und Kreistagen.

Teilkommunalwahl in *Nordhessen* (24. März 1974):

Im Landkreis Waldeck—Frankenberg erhielt die NPD 1,6 %, im Landkreis Schwalm—Eder 0,7 % der gültigen Stimmen.

Kommunalwahl im *Saarland* (5. Mai 1974):

Die NPD erzielte insgesamt lediglich 0,4 % (gegenüber 1,7 % bei der Kommunalwahl 1968, 3,4 % bei der Landtagswahl 1970 und 0,8 % bei der Bundestagswahl 1972). Bei den Kreistagswahlen erreichte sie 1,0 % (gegenüber 5,2 % im Jahre 1968). Sie ist in keinem Kreistag mehr vertreten.

Teilkommunalwahl in *Niedersachsen* (9. Juni 1974):

NPD 0,2 % (gegenüber 0,6 % bei den Kommunalwahlen 1972/73).

d) Ideologische Ausrichtung der NPD

Die ideologische Ausrichtung der NPD macht den unverändert rechtsradikalen Charakter dieser Partei deutlich.

aa) Die „Lebensrichtigkeit“

1973 hat die NPD den Begriff der „Lebensrichtigkeit“ als Leitziel etabliert. Sie versucht seitdem, den Begriff als Umschreibung völkisch-kollektivistischer Vorstellungen zu propagieren. In einem programmatischen Aufsatz (Deutsche Wochen-Zeitung — DWZ — 17/Nr. 1 vom 4. Januar 1974 und Nr. 2 vom 11. Januar 1974, jeweils S. 9) führt das NPD-Vorstandsmitglied Dr. Rolf Kosiek dazu u. a. aus:

„Lebensrichtiges Denken und Handeln stellt die Erhaltung und Förderung des Lebens obenan. Denn das Leben in seiner weitesten Form, einschließlich der biologischen, geistigen und seelischen Bereiche, ist Sinn und Hauptzweck des Lebens und damit auch

der eigentliche Grund menschlichen Handelns überhaupt. Ein lebensrichtiges Menschenbild geht von einer umfassenden, ganzheitlichen Schau der Dinge und Vorgänge aus . . . Das Denken in umfassenden Systemen und organischen Fließgleichgewichten, seit Jahrzehnten von Biologie und Physik erfolgreich angewandt, sollte auch in Politik und Bevölkerungswissenschaften Eingang finden. Wenn ein Biologe heute einen Wald nur als Summe einzelner Bäume und nicht als eine organische Einheit mit eigenen Gesetzen ansehen würde, würde er sich unter Fachleuten unmöglich machen. Wer aber als Politiker heute das Volk leugnet und eine Gruppe von Menschen nur als Summe von einzelnen Menschen betrachtet, darf sich zu den Modernen und Führenden rechnen, wenn auch gegen alle Wissenschaft . . . Lebensrichtiges Denken und Handeln verlangen von einem Volk, insonderheit von einer Regierung, eine Politik und eine geistige Haltung, die den Bestand des Volkes sichert, wenn nicht, wie bei den Nachbarvölkern, vermehrt. . . . Eine wichtige Voraussetzung gesunden Lebens wird noch viel zu wenig beachtet, wird sogar in der augenblicklichen deutschen Politik immer wieder verraten. Das ist die Tatsache, daß der Mensch auch einen bestimmten Raum zum Leben braucht. Raum heißt hier Platz, Boden, Abstand von den Nachbarn, nicht zu große Bevölkerungsdichte . . . Aber nicht nur für die sogenannte Infrastruktur eines Landes, auch für die Außenpolitik ergeben sich aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen weitreichende Konsequenzen. Wenn in Westdeutschland über 250 Menschen auf 1 Quadratkilometer leben, bei unseren Nachbarn in Polen nur 10 %, dann ist es außer in rechtlicher und geschichtlicher Hinsicht auch ein Verbrechen an der Lebenskraft eines Volkes, so große Provinzen im Osten ohne Notwendigkeit und Zwang zu verschenken." (DWZ 17/Nr. 1 vom 4. Januar 1974, S. 9). „Eine traditionsbewußte, biologisch begründete Weltanschauung ist nicht nur lebenswichtig, sie ist aus wissenschaftlicher Sicht auch lebensrichtig . . . Denn das Leben, diese großartige, unverwüstliche, im Grunde vom Menschen nicht manipulierbare Fülle, bricht auf die Dauer in alter Kraft doch immer wieder durch. Die Frage ist nur, ob es dann Leben von unserer Art ist oder von anderer. Daß dann auch Leben unserer Art dabei ist, dazu kann jeder beitragen." (DWZ 17/Nr. 2 vom 11. Januar 1974, S. 9).

bb) NS-Staat als Leitbild

Mehr oder weniger verschleiert wird die seit Jahren erkennbare Linie verfolgt, Aspekte des NS-Staates als Leitbild hinzustellen und sein Handeln im ganzen zu rechtfertigen (vgl. Verfassungsschutzbericht 1971, S. 20 ff.; Verfassungsschutzbericht 1972, S. 25 ff.; Verfassungsschutzbericht 1973, S. 24 ff.). Als Beispiel wird aus der Besprechung einer Schallplattenserie zitiert. Der Verfasser (E. K.) betitelt seinen Aufsatz „Ein hohes Lied für den RAD . . . eine Volksgemeinschaft der Tat". Er schreibt u. a.: „Das nicht für möglich Gehaltene wurde wahr: Da stand auf dem Appellplatz eines Barackenlagers plötzlich der verhätschelte einzige Sohn eines Großindustriellen neben dem Jungen aus einer vielköpfigen Arbeiterfamilie, neben dem Gymnasiasten stand der Jung-

handwerker. Für alle das gleiche Gesetz: Arbeit für Deutschland! Sie lernten die straffe Ordnung kennen, ohne die das Leben in einer Gemeinschaft nicht möglich ist . . . Die Maiden des weiblichen Arbeitsdienstes wetteifernten mit den Arbeitsmännern. In ihrem Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl fanden die Maiden und Arbeitsmänner einen verständnisvollen Vorgesetzten und einen glühenden Verfechter der Idee . . . All das wird wieder in vier großen Schallplatten, die unter dem Titel „Der Reichsarbeitsdienst" erschienen sind, lebendig. Man hört die Stimme von Konstantin Hierl, der mit dem RAD eine der großartigsten Leistungen jener Zeit vollbrachte, die heute noch von breiten Massen voll anerkannt wird. Man hört jene von Adolf Hitler, der einen RAD-Appell abnimmt, man hört die Lieder der Arbeitsdienstmänner, ihre Märsche und Fanfarenzüge, „Unsere Spaten sind Waffen in Frieden“, „Wir tragen das Vaterland in unserem Herzen“, „Heiliges Feuer" und anderes mehr." (DWZ 17/Nr. 50 vom 13. Dezember 1974, S. 8).

Im Buchdienst der „DWZ" (17/Nr. 29 vom 19. Juli 1974, S. 8) wird für die Erich-Kern-Trilogie „Adolf Hitler und seine Bewegung — der Parteiführer“, „Adolf Hitler und das Dritte Reich — der Staatsmann“, „Adolf Hitler und der Krieg — der Feldherr" geworben. Im empfehlenden Text heißt es u. a.: „Das Werden der NSDAP, ihr Wollen und Ringen wurden noch nie so erschöpfend dargestellt". „Hier wird belegt, daß Deutschland die Sowjetunion nicht „überfallen hat", sondern, daß sich beide Seiten, sowohl Moskau als auch Berlin, nachdem die sich steigenden Forderungen Stalins unerfüllbar wurden, zur Entscheidung bereitstellten."

In einer „zur Sommersonnenwende 1974" vor der „Gesellschaft für freie Publizistik" gehaltenen Rede, die er „das Abenteuer der Wahrheit" nannte, unternahm Erich Kern den großangelegten Versuch, daß Dritte Reich zu verharmlosen. Kern wendet sich gegen den „permanenten Meineid gegen Deutschland", gegen die „Treiber der Umerziehung". Aufgabe eines deutschen Publizisten sei es, „die Wahrheit nackt zu zeigen". Es gehe um das „Hauptanliegen unserer Zeit, um die Widerlegung der Geschichtsfälschung, die Revision des herrschenden Geschichtsbildes" (DWZ 17/Nr. 27, 28, 29 vom 5., 12. und 19. Juli 1974, jeweils S. 7). „Im Vordergrund unserer Aufgabe steht die Beantwortung dreier Fragen, deren Kern die Hauptschuld an der seelischen Verwirrung und Verirrung der Deutschen trägt.

- War Deutschland allein am Ausbruch des Krieges schuld?
- Hat Deutschland allein Kriegsverbrechen begangen?
- Hat Deutschland tatsächlich 6 Millionen Juden umgebracht?

Die Auseinandersetzung mit diesen drei Fragen ist für die deutsche Zukunft lebensentscheidend. Denn in diesen drei Grundbehauptungen der alliierten Feindpropaganda, die offiziell zu einer Art Staatsreligion erhoben wurden, liegen Ursache und Folge des anscheinend unausrottbaren deutschen Schuldgefühls, das jedes rechte Selbstbewußtsein verhin-

dert... Das Gebot der Stunde, ohne die es keine Zukunft gibt, heißt: Freispruch für Deutschland; und nichts anderes! Wir können schon heute mit gutem Gewissen alle die drei Schuldfragen verneinen. Die revisionistische Geschichtsforschung ist längst in der Lage, den realen Beweis dafür anzutreten. Deutschland, auch unter Adolf Hitler, hat diesen Krieg nicht gewollt. Das Reich wollte vordergründig die Folgen des Versailler Vertrages beseitigen und sonst nichts. Der Krieg ist ausgebrochen, weil die Alliierten, allen voran Churchill, Roosevelt, das verhindern wollten und die Weichen zu diesem großen Menschendrama bewußt stellten. Stalin versuchte, diese deutsch-westliche Gegnerschaft zu nützen, um im Sinne der alten moskowitzischen Politik Rußlands Grenzen in der Richtung Baltikum und zum Balkan voranzutreiben. Hitlers tragische Schuld dabei war es, in die aufgestellte Falle hineinzulaufen und sie nicht rechtzeitig zu erkennen... Daß auch von deutscher Seite Kriegsverbrechen geschahen, kann und soll nicht geleugnet werden. Sie waren aber in allen Fällen Reaktionshandlungen auf alliierte Untaten, die Deutsche erleiden mußten. Wer heute scheinheilig allein die deutschen Kriegsverbrechen verfolgt und anprangert, handelt nach der armseligen Moral: Nicht der Mörder ist schuld, sondern der Ermordete... Wenn wir heute erklären, daß es ein Unding ist, von 6 Millionen jüdischer Opfer zu sprechen, so wollen wir uns nicht aus der moralischen Verantwortung dieser Tragödie herausstellen... Im Interesse der historischen Wahrheit aber, und vor allem, weil wir ja für diese 6 Millionen zahlen und über die 80 Mrd. hinaus noch lange zahlen werden, ist es notwendig, zu erklären, daß maximal 1 Million bis 1½ Millionen Juden während der Zeit des Dritten Reiches umkamen. Keineswegs alle erschossen oder gar vergast, die Mehrheit durch die Unbilden der Lager, durch das Zusammenbrechen der Verpflegung, herbeigeführt durch das alliierte Luftunternehmen Clairon, durch das alle Transportwege zerstört wurden, und durch die furchtbaren Seuchen, die mit der Verlegung der Lager von Osten nach Westen verschleppt wurden... Wir sollten daher keinen Wunschträumen nachhängen, sondern die jüdische Opferzahl auf das glaubwürdigste Maß zurückschrauben und vor allem das Geschehen im Zusammenhang mit dem mörderischen Gesamtbringen des Zweiten Weltkrieges sehen" (DWZ 17/Nr. 29 vom 19. Juli 1974, S. 7).

Parallel dazu wird der Widerstand vom 20. Juli 1944 verächtlich gemacht. Günther Just nennt das Attentat auf Hitler einen „heimtückischen Anschlag“, die Verschwörer „Hochverräter“. Der Artikel läßt keinen Zweifel daran, wem die Sympathien gehören: „Sommer 1944: Fast überall an der Front stehen die deutschen Truppen in härtesten Abwehrkämpfen. Die „Landser“ erfüllen ihre Pflicht, und das Volk in der Heimat hält mit Zähigkeit und Opfermut dem vieltausendfachen tödlichen Bombenterror alliierter Wohnblockknacker stand. Eine Offiziersfronde, die sich in Etappendienststellen gebildet hat, glaubt, jetzt im 5. Kriegsjahr sei es Zeit, das nachzuholen, was sie während des wirtschaftlichen und politischen Aufstieges Deutschlands und der großen mili-

tärischen Erfolge in den ersten Kriegsjahren — in denen sie von Hitler höchste Auszeichnungen annahm — unterließ: Sie versucht, den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, das Staatsoberhaupt Hitler durch ein Attentat zu beseitigen und dann zu putschen.“ Zusammenfassend stellt Just fest, daß es „auch heute noch keine Brücke über Gräbern und Gräben gibt zwischen den „Helden des Hochverrats“ und den eidtreuen Kämpfern an der Front...“ (DWZ 17/Nr. 29 vom 19. Juli 1974, S. 8).

cc) Weitere Beispiele

Die ideologische Ausrichtung der NPD wird auch aus Stellungnahmen der „DWZ“ zu Vorgängen in Südafrika, Spanien, Portugal und Chile deutlich. Da werden „Schicksalswahlen in Südafrika“ beschworen (DWZ 17/Nr. 15 vom 12. April 1974, S. 5) und „Vorsters triumphaler Wahlerfolg“ gefeiert (DWZ 17/Nr. 18 vom 3. Mai 1974, S. 2). In einem großangelegten Reisebericht mit rassistischen Untertönen wird die Apartheidspolitik bedingungslos verteidigt, da es um „die Zukunft des weißen Mannes“ gehe. (DWZ 17/Nr. 16 bis 20 vom 16., 26. April, 3., 10. und 17. Mai 1974, jeweils S. 12; vergleiche auch Nr. 15 vom 12. April 1974, S. 5, und Nr. 18 vom 3. Mai 1974, S. 2). Spanien wird die „Festung Europas am Mittelmeer und Atlantik“ genannt (DWZ 17/Nr. 28 vom 12. Juli 1974, S. 5). Erich Kern bezeichnet den Sturz Caetanos als „portugiesische Tragödie“, den Umsturz in Portugal als „tragischen Lissaboner Operettenputsch“ und lobt den „großen Salazar“ (DWZ 17/Nr. 18 vom 3. Mai 1974, S. 3). Gert Sudholt sieht „Spinolas Verrat an der weißen Welt“, der „Alarm für Südafrika“ auslöse (DWZ 17/Nr. 24 vom 14. Juni 1974, S. 5). Ein DWZ-Berichterstatte, der eine Militärparade der chilenischen Armee erlebte, schließt seinen Bericht: „Uns ehemaligen Soldaten des Deutschen Reiches, die wir zu dieser Parade eingeladen waren, erfüllte es mit Freude und Genugtuung, das unsere militärische Erziehung in diesem fernen Andenland weiterlebt“ (DWZ 17/Nr. 51/52 vom 20. Dezember 1974, S. 5).

e) Schwerpunkte der Agitation

aa) Öffentliche Veranstaltungen

Abgesehen von wenig beachteten Wahlveranstaltungen, ist die NPD mit Kundgebungen im Jahre 1974 kaum hervorgetreten. Publizistisches Interesse zog lediglich das „Deutschlandtreffen“ mit etwa 2000 Teilnehmern am Vorabend des 17. Juni in Frankfurt auf sich. Nachdem die Veranstaltung zunächst untersagt worden war, erreichte die NPD beim Verwaltungsgericht eine Aussetzung der Verbotserfügung. Zwischen der Polizei und linken Gegendemonstranten kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen zwei Polizisten verletzt und zwanzig Personen vorläufig festgenommen wurden (Die Welt vom 18. Juni 1974, Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 1974).

bb) Deutsche Wochenzeitung

Nach der ab 1. Januar 1974 vollzogenen Fusion des NPD-Organs „Deutsche Nachrichten“ mit der vom

NPD-Präsidiumsmitglied Waldemar Schütz herausgegebenen „Deutschen Wochenzeitung“ zur „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) unter den Chefredakteuren Erich Kernmayr (ehemaliger NSDAP-Gauhauptamtsleiter) und Adolf von Thadden (mehrjähriger Bundesvorsitzender der NPD), verfügt die NPD praktisch nur noch über dieses Sprachrohr. Der „DWZ“ sind die Schwerpunkte der Parteiagitation zu entnehmen.

Wie bereits seit Gründung der NPD betraf sie einmal die Deutschland- und Ostpolitik und richtete sich 1974 vor allem gegen den „Schandvertrag von Prag“ und die „freche Lüge von der Ungerechtigkeit des Münchner Abkommens“ (DWZ 17/Nr. 13 vom 29. März 1974, S. 6); der „Prager Unrechtsvertrag“ sei „Nationalverrat“ (DWZ 17/Nr. 22 vom 31. Mai 1974, S. 12). Wiederholt wird die „Komplicität zwischen Bonn und Ost-Berlin“ angeprangert. (z. B. DWZ 17/Nr. 2 vom 11. Januar 1974, S. 1). Unter der Überschrift „Werden die Deutschen wach?“ wird die Hoffnung auf ein neues Deutschland genährt: „Auch im Leben der Völker gibt es das Osterwunder der Auferstehung. Es wird jenen zuteil, die trotz allem hoffen können und den Glauben nicht verlieren. Die Zeichen dafür, daß unserem Volke noch genügend gesunde Substanz innewohnt, um sich zu regenerieren, sind unübersehbar. Wir sollten sie dankbar erkennen. Denn je ratloser jene werden, für die Deutschland ein überholter Begriff ist, desto klarer können wir in die Zukunft blicken“ (DWZ 17/Nr. 15 vom 12. April 1974, S. 1).

Ein weiterer Schwerpunkt war der Nahost-Konflikt, der willkommene Gelegenheit zur Polemik gegen Israel bot. Es gehöre zu den „folgensweren Todsünden westdeutscher Nachkriegspolitik“, daß Bonn „sklavisch“ den amerikanischen pro-israelischen Kurs mitgesteuert habe. Das Problem der „durch die zionistische Gewaltpolitik verjagten arabischen Heimatvertriebenen“ müsse endlich gelöst werden (DWZ 17/Nr. 1 vom 4. Januar 1974, S. 1). Deutschland sei für die „Zukunft des Zionistenstaates“ nicht verantwortlich, es sei eine Geschichtsfälschung, Israel als Ergebnis des deutschen Antisemitismus hinzustellen. Einmal mehr wird in diesem Zusammenhang die „schamlose Lüge von den angeblich 6 Millionen ermordeten Juden“ erwähnt (DWZ 17/Nr. 2 vom 11. Januar 1974, S. 8). Der niederländischen Regierung wird die „sinnlose politische Allianz mit Israel“ zum Vorwurf gemacht (DWZ 17/Nr. 2 vom 11. Januar 1974, S. 8), während Frankreich für seine kluge araberfreundliche Politik gelobt wird (DWZ 17/Nr. 3 vom 18. Januar 1974, S. 2).

Front gemacht wird auch gegen die Entwicklungshilfe — „die kostspieligste Sinnlosigkeit“, es müsse endlich „Schluß mit dem Gießkannensystem“ gemacht werden (DWZ 17/Nr. 4 vom 25. Januar 1974, Nr. 5 vom 1. Februar 1974, jeweils S. 7). Matthias Weber fragt: „Wozu brauchen wir ein Verschenk-Ministerium?“ und beklagt, daß der „Steuerzahler für dumm verkauft“ wird (DWZ 17/Nr. 30 vom 26. Juli 1974, S. 8).

Beträchtlichen Raum nimmt schließlich der Einsatz für Rudolf Hess, Hitlers Stellvertreter, ein, dessen

80. Geburtstag auch sonst der radikalen Rechten Anlaß zu Aktionen bot. Der „Märtyrer von Spandau“ sei „die Schande unserer Zeit“, er sei „zur Symbolfigur aller Deutschen geworden, die noch nicht verlumpt“ seien. „Die Jugend, die man jahrelang belogen und betrogen hat, kann an dem Anschauungsbeispiel Hess die abgrundtiefe Verlogenheit unserer Zeit und die aller Politiker in Ost- und West messen.“ (DWZ 17/Nr. 17 vom 28. April 1974, S. 1, Nr. 48 vom 29. November 1974, S. 3).

2. Vereinigte Freiheitliche (Dr. Gerhard Frey)

a) Freiheitlicher Rat

Der 1972 unter Dr. Gerhard Frey gebildete „Freiheitliche Rat“, der die Tätigkeit der sogenannten Vereinigten Freiheitlichen koordinieren soll, stagnierte auch im Jahre 1974. Zum Rat gehören nach wie vor nur die „Deutsche Volksunion“ (DVU) Freys und die Splittergruppen „Stahlhelm“ unter Wilhelm Massa, „Aktion Oder-Neiße“ unter Erwin Arlt, „Deutscher Block“ mit der Jugendorganisation „Jugendbund Adler“ unter Richard Etzel sowie „Wiking Jugend“ unter Wolfgang Nahrath und einige Einzelpersonen wie die Professoren Berthold Rubin und Fritz Münch. Die „Vereinigten Freiheitlichen“ sind 1974 in der Öffentlichkeit kaum hervorgetreten. Am 24. Mai 1974 veranstalteten sie eine Kundgebung in Mainz, auf der Frey, Massa, Arlt und Münch sprachen (Deutsche National-Zeitung 24/Nr. 23 vom 31. Mai 1974, S. 2). Der „Freiheitliche Rat“ veröffentlichte außerdem einen Aufruf „Stürzt die Regierung Schmidt!“ (Deutsche National-Zeitung 24/Nr. 22 vom 24. Mai 1974, S. 2).

b) Deutsche National-Zeitung

Im übrigen lebt diese rechtsradikale Gruppierung von der publizistischen Arbeit Freys, dessen „Deutsche National-Zeitung“ — DNZ — mit den Nebenausgaben „Deutscher Anzeiger“, „Ostdeutsche Rundschau (mit Sudetendeutschem Kurier)“ und „Deutscher Bauer“ das auflagenstärkste Blatt der Rechten ist. Typisch für den Stil der Zeitung ist die Verwendung reißerischer und hetzerischer Schlagzeilen. Das deshalb 1966 gegen Frey und seinen Chef vom Dienst, Karl Mages, eingeleitete Strafverfahren (sog. Überschriftenverfahren) wurde Ende September 1974 vom Landgericht München I gemäß § 153 Abs. 1 und 2 der Strafprozeßordnung eingestellt. Nach eigenen Angaben hat Frey die Hälfte seiner notwendigen Verteidigungskosten selbst zu tragen (DNZ 24/Nr. 40 vom 27. September 1974, S. 2, Nr. 41 vom 4. Oktober 1974, S. 4 und 10, Nr. 42 vom 11. Oktober 1974, S. 7).

c) Beschluß des Bundesverfassungsgerichts

Durch einstimmig ergangenen Beschluß vom 2. Juli 1974 — 2 BvA 1/69 — hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts den Antrag der Bundesregierung vom 20. März 1969, Frey und seiner Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH gemäß

Artikel 18 des Grundgesetzes Grundrechte abzuerkennen, mit der Begründung zurückgewiesen, die im Verfahren wegen Verwirkung von Grundrechten erforderliche Gefährlichkeit Freys sei weder von der Bundesregierung dargetan noch sonst offensichtlich. Seit der Antragstellung habe sich „immer deutlicher abgezeichnet, daß die in der Zeitung der Antragsgegner vertretenen und propagierten Auffassungen — soweit sie für ein Verfahren nach Artikel 18 GG relevant sein könnten — keine als ernsthaftige Gefahr für den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Betracht kommende, politisch bedeutsame Resonanz mehr finden. Die Bundesregierung hat seit 1970 auf die in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht eingehenden Ausführungen der Antragsgegner nicht erwidert. Sie hat ferner darauf verzichtet, neue Tatsachen vorzutragen, aus denen geschlossen werden könnte, daß die nach Ansicht der Bundesregierung im Zeitpunkt der Antragstellung von den Antragsgegnern ausgehende Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegenwärtig noch fortbesteht.“ An dieser Begründung ist einmal bedeutsam, daß das Bundesverfassungsgericht gegenwärtig selbst das lauteste publizistische Sprachrohr der radikalen Rechten für ungefährlich hält. Zum anderen läßt die Entscheidung erkennen, daß die Haltung der Bundesregierung den Ausgang des Verfahrens zumindest mitbestimmt hat. Hierzu schreibt der „Vorwärts“ am 11. Juli 1974 lapidar: „Die der Großen Koalition nachfolgenden Bundesregierungen hatten auf die Verteidigungsschriften Freys in der Tat nichts erwidert. Sie hielten die Angelegenheit für politisch inaktuell und rechtlich ambivalent“.

d) Versuch der Annäherung Freys an die NPD

Mehrmals im Jahre 1974 versuchte Frey eine Annäherung an die NPD, die aber im wesentlichen mißlungen ist. Bereits im Herbst 1973 hatte er sich — ohne Echo — an die NPD-Spitze gewandt. Im Frühjahr 1974 kam er mit der hessischen NPD „zu konkreten gemeinsamen Vorstellungen . . ., welche jedoch nicht die Zustimmung in der NPD-Führung im Bund und in Bayern fanden“. Deshalb habe er „im Alleingang und ohne jede Absprache, vielleicht sogar gegen den Willen einiger NPD-Führer“ zwei Wochen vor den Landtagswahlen in Hessen und Bayern die NPD empfohlen. Frey trat dann am 22. Oktober 1974 auf der zentralen Wahlkundgebung der hessischen NPD in Frankfurt auf. Dagegen habe sich die Führung der bayerischen NPD „auch zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt nicht zu einer solchen Gemeinsamkeit entschließen“ können (DNZ 24/Nr. 42 vom 11. Oktober 1974, S. 3, Nr. 43 vom 18. Oktober 1974, S. 3, Nr. 45 vom 1. November 1974, S. 2). Ein Grußwort Freys an den Bundesparteitag der NPD in München wurde von einem Teil der Delegierten mit Mißfallenskundgebungen aufgenommen (Frankfurter Rundschau vom 14. Oktober 1974). In einem Leitartikel von Erich Kern zum Ergebnis der Landtagswahlen, der erkennbar auf Frey zielt, wird dessen „Dolch-in-den-Rücken-Propaganda“ für das Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969 verantwortlich gemacht. „Wenn dann dieselben 1974 plötzlich auffordern, der NPD

die Stimme zu geben, damit diese nicht unter die 0,5-Marke fallen sollte, ist das nicht mehr und nicht weniger als politische Erbschleicherei in der Hoffnung, aus der Erbmasse der Unerschütterlichen etwas gewinnen zu können“ (DWZ 17/Nr. 44 vom 1. November 1974). Die Haupttrupps der „Alten Rechten“ bleiben damit in getrennten Lagern.

3. Sonstige Gliederungen der „Alten Rechten“ einschließlich nazistischer Erscheinungsformen

Die sonst der „Alten Rechten“ zuzuordnenden Gruppen, Zirkel und Einzelgänger stellen politisches Sektierertum ohne Resonanz in der Öffentlichkeit dar. Folgende Erscheinungsformen, insbesondere Neugründungen, sind erwähnenswert:

a) Rechtsblock

Der bereits seit Oktober 1973 in Baden-Württemberg tätige „Rechtsblock“ versucht im Blick auf die Bundestagswahl 1976 die Rechtskräfte in der Bundesrepublik zu einigen. Das am 2. März 1974 in Stuttgart beschlossene Programm soll die Grundlage zur Schaffung einer neuen bundesweiten Partei bilden. Zum Vorsitzenden wurde Werner Eichinger gewählt. Weiter gehören dem Vorstand Manfred Radke, Anton Auer (Sprecher der Süd-Tiroler) und Ernst Ocylok (Landesvorstandsmitglied der Deutschen Union) an. Am 28. April 1974 veranstaltete der „Rechtsblock“ — „die Kraft, die Zukunft schafft“ — einen „Hohenstaufen-Kongreß“, auf dem als Hauptredner Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, Bundesobmann der „Deutschen Division für Naturpolitik“ (ehemals Adjutant von Joseph Goebbels) sprach. Bei dieser Veranstaltung waren Mitglieder bzw. Beobachter der DVU Freys, der „Deutschen Union“, des „Verbandes der Süd-Tiroler“, der „Wiking-Jugend“, des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“, der „Deutschen Division“ und der linksnationalen „Unabhängigen Arbeiterpartei“ und deren Jugendorganisation „Die Blaue Adler-Jugend“ vertreten. Am 7. September 1974 fand in Ludwigsburg die erste „Bundesversammlung“ statt. In der Einladung dazu wird behauptet, die „erste Aufbauphase (sei) abgeschlossen“, „die notwendigen Kader“ ständen bereit, um die „so lange ersehnte starke national-freiheitliche Wahlpartei ins Leben zu rufen“.

b) Unabhängige Arbeiterpartei

Die „Unabhängige Arbeiterpartei“ — UAP — (Organ: „Reichsarbeiterzeitung“) beschloß auf ihrem 7. Parteitag Anfang November in Bochum, Kandidaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aufzustellen. In den Vorstand wurden Kliese, Strauss, Sigrid und Ulrich Villmow, Vandrey und Kirchstein gewählt.

c) Alfred E. Manke (Arbeitskreis Volkstreuer Verbände und nationales Ideologiezentrum)

Der Bensberger Verleger Alfred E. Manke, bekannt als Sprecher des kaum noch lebensfähigen „Arbeitskreises Volkstreuer Verbände“ (AVV) plant eine

„zukunftsbezogene volkspolitische Kernorganisation, die Naturpolitische Volksbewegung“. Er hat zu diesem Zweck in Bassum eine Schulungsstätte — das „Deutsche Arbeitszentrum“ — (DAZ) — eingerichtet. Neben Heinz Gollner Goldnenfels wurde er zum Sprecher des Ostern 1974 in Wien gegründeten „Nationalen Ideologiezentrums“ (NIZ) gewählt.

d) Kampfgemeinschaft des Deutsch-Nationalen Sozialismus

In Essen hat sich der Gründungsausschuß einer linksnationalistischen und revanchistischen „Kampfgemeinschaft des Deutsch-Nationalen Sozialismus“ (KDNS) unter Herbert Bormann, Wolf von Hirscheydt und Edmund Huber, dem „Landesleiter für Österreich“, konstituiert. Für den 1. Februar 1975 hat die Splittergruppe zum „Offiziellen Gründungstag“ aufgerufen. Die „Kampfgemeinschaft“ verwendet einen roten Aufkleber mit der Aufschrift „Deutsches Reich — Wir sind ein Volk“. Eingezeichnet ist eine Karte, in die auch Österreich (mit Süd-Tirol), West-Prußen und das Sudetenland sowie Elsaß-Lothringen eingezeichnet sind. Verlangt wird die Wiederherstellung des Reiches mit „allen Provinzen, welche bei Ende des 1. Weltkrieges verwaltungsmäßig zum Deutschen Reich gehörten“ und ein „Sozialismus auf volksverbundener nationaler Grundlage“ (berliner EXTRA dienst vom 10. Januar 1975).

e) Demokratische National-Sozialistische Gemeinschaft

Am 13. Juli 1974 gründeten George Banzerus, seine Ehefrau und Helmut Reith in Höxter die „Demokratische National-Sozialistische Gemeinschaft“ (DNSG), die eine Reinwaschung des Nationalsozialismus bezweckt. So heißt es in dem „Aufruf-An alle Deutschen!“, „Wir . . . beabsichtigen, das Beste aus der demokratischen und das Beste aus der nationalsozialistischen Lehre zu vereinen und in der täglichen Praxis anzuwenden. Persönliche Freiheit, verbunden mit Verpflichtung zur Volksgemeinschaft, soll der höchste Inbegriff unserer Arbeit sein. In dem offenen Bekennen, das Gute vom Nationalsozialismus zu übernehmen, unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien oder Vereinigungen — auch von solchen, die sich national oder völkisch bezeichnen, denn wir sind überzeugt, daß das die Völker tötende, marxistische und kapitalistische Gift nur durch ein demokratisches, national sozialistisches Gegengift überwunden werden kann . . .“ In ihrem Programm fordert sie ergänzend die Revidierung der Urteile der Nürnberger Prozesse und Zulassung der öffentlichen Verwendung von Kennzeichen der NSDAP.

f) Deutscher Jugend-Bund

Ehemalige Mitglieder der Wiking-Jugend und des BHJ gründeten in Lippoldsberg den „Deutschen Jugend-Bund“ (DJB), der „offen ist für die Zusammenarbeit mit allen volkstreu Verbänden, die auf dem Boden der Verfassung unseres Staates stehen und diktatorische Tendenzen ablehnen“. Bundesführer ist Hans Dieter Haar, Geschäftsführer Rainer

Kolletzki, „Bundesmädelführerin“ Detta Lehmann und „Bundesschriftwart“ Helmut Weidenbach.

g) E. Bierbaum Verlag (Erwin Schönborn)

Im E. Bierbaum Verlag, Frankfurt/Main, des Verlegers Erwin Schönborn erscheinen laufend Schriften, die sich „Bücher als Waffen im Kampf gegen Lüge und Verleumdung“ nennen. Wie das aussieht, erhellt aus einer Verlagsmitteilung zu Wolf Dieter Rothe, Die Endlösung der Judenfrage: „Seit 1946, dem INTERNATIONALEN MILITÄR-TRIBUNAL (IMT) in Nürnberg, sind Greueltaten des letzten Krieges offizielle deutsche und nicht nur deutsche Geschichte. Eine der infamsten Lügen ist die ‚Endlösung der Judenfragen‘, wie sie im Sinne von Ausrottung auf der ‚Wannsee-Konferenz‘ geplant worden sein soll. Die Erfindung des Protokolls erfolgte aber erst nachdem IMT, vor dem ein solcher Plan nicht festgestellt wurde. Die Entlarvung dieser Lüge, ohne Frage der Höhepunkt in dem Buch von W. D. Rothe, wenn auch nur ein Kapitel unter vielen, ist ein historisches Verdienst allerersten Ranges. Nach dem Buch von Rothe bleibt nichts mehr von dieser Greuellüge übrig“. Schönborn selbst veröffentlichte u. a. das Pamphlet „Soldaten verteidigen ihre Ehre“, in dem er seinen „Kampf“ gegen den Film „Katz und Maus“ (nach Günter Grass) schildert. Das Buch ist „gewidmet DEM DEUTSCHEN ARBEITER, der immer seine Pflicht für Deutschland getan hat“. Schönborn war Hauptredner und Mitveranstalter einer Kundgebung in Diez an der Lahn.

h) Rechtsanwalt Dr. Manfred Roeder (Deutsche Bürgerinitiative e. V.)

Weiter aktiv ist der Rechtsanwalt Dr. Manfred Roeder, Bensheim, mit seiner „Deutschen Bürgerinitiative e. V.“ Im April 1974 erregte Roeder Aufsehen in Berlin, als er mit einer Gruppe Rechtsradikaler Dokumente der Ausstellung „Nationalsozialistische Politik in Polen“ beschmierte (Süddeutsche Zeitung vom 29. April 1974). Anlässlich des 80. Geburtstages von Rudolf Heß demonstrierte die Gruppe vor dem Spandauer Gefängnis, skandierte „Rudolf Heß laßt frei — alliierte Tyrannei“ und schoß Raketen ab. In Berlin und anderen Städten überklebte Roeders „Bürgerinitiative“ Straßennamen mit Klebefolien, die die Aufschrift „Rudolf-Heß-Straße“ tragen (Bürostädter Zeitung vom 27. April 1974). Welchem Ziel diese Aktionen dienen, verdeutlicht ein Roeder-Wort, das der zitierten Schrift Schönborns vorangestellt ist: „Rudolf Heß ist keine Familienangelegenheit, sondern der einzige rechtmäßige Regierungsvertreter des deutschen Volkes und das sieghafte Symbol gegen 29 Jahre vergebliche Umerziehung und Rechtlosigkeit. Der Gefangene in Spandau ist der Garant für unsere gerechte Sache und unseren Wiederaufstieg!“

i) Thies Christophersen („Kritik“, „Deutsche Bauernschaft“)

Von ähnlichem Kaliber ist der ehemalige Landwirt und Agrarjournalist Thies Christophersen aus Kälberhagen. Er gibt unter anderem die Zeitschrift „Die Bauernschaft“ und die Schriftenreihe „Kritik. Die

Stimme des Volkes" heraus, in der im vorigen Jahr „Die Auschwitz-Lüge" erschien. Das Echo auf dieses Pamphlet wurde unter maßgeblicher Mitwirkung Roeders in Folge 27 als „Der Auschwitz-Betrug" veröffentlicht. In Folge 31 erschien ein Vortrag von Martin Voigt (Sprecher der „Unabhängigen Freundeskreise") „Staatsfeinde und andere Deutsche", in dem die demokratischen Parteien als Staats- und Verfassungsfeinde verunglimpft werden. Ferner wurde die Biographie des mit anderen rechtsradikalen Gruppen agierenden Professors Rubin herausgegeben (Gerd Schmalbrock, Allen Widerstand den Widerstandslosen). Christophersen veranstaltete am 10. November 1974 im Hamburger „Haus des Sports" mit etwa 100 Teilnehmern ein nazistisches „Freundestreffen". Dabei wurden NS-Lieder gesungen und eine Hakenkreuzfahne entrollt. Einige Teilnehmer zeigten sich in Braunhemden mit NS-Symbolen und Hitlergruß. Festredner war der amerikanische Staatsbürger Gerhard Lauck (Nebraska), der sich Vorsitzender der „NSDAP-Auslandsorganisation" nennt, die schon seit längerem an Personen in der Bundesrepublik den „NS-Kampf" verschickt. Er referierte über das Thema „Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren" und zitierte unter Beifall der Anwesenden längere Passagen aus „Mein Kampf". — Lauck wurde aus der Bundesrepublik ausgewiesen. — Zum Schluß der Veranstaltung erklärte Christophersen: „Wir können erst wieder eine NSDAP gründen, wenn wir einen neuen Führer haben" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. und 13. November 1974, Frankfurter Rundschau vom 11. November 1974, Hamburger Morgenpost vom 11. November 1974, Münchner Merkur vom 12. November 1974).

j) Hans Joachim Floth (Deutsch-Völkische Gemeinschaft, Deutsch-Völkische Jugend)

Als Initiatoren der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" und der „Deutsch-Völkischen Jugend" zeichnen der Bamberger Fuhrunternehmer Joachim Floth und Werner Braun, Karlsruhe, verantwortlich. Sie geben die Blätter „Die Wahrheit für Deutschland", „Der Angriff" und „Der Antikommunist" heraus. In Nr. 3 des „Angriffs" fragt Floth: „War die NSDAP und ihr Programm so schlecht oder zu gut, daß man sie verbieten mußte?" In Nr. 7 des „Antikommunisten" wendet sich Floth an „Deutsche Männer und Frauen" und an „Die Deutsche Jugend". Er erinnert an den 9. November, den 51. Jahrestag des „Marsches zur Feldherrenhalle", mit folgenden Formulierungen: „Uns sind Altar die Stufen der Feldherrenhalle" — „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschieren im Geist in unseren Reihen mit!".

k) Peter Dehoust („Nation Europa") und Bernhard C. Wintzek („Mut")

Die der „Einheitsfront der Nationalen Publizistik" (ENP) angehörenden Publizisten Peter Dehoust, Coburg, („Nation Europa") und Bernhard C. Wintzek, Asendorf, (Herausgeber von „Mut", der auflagenstärksten Jugendschrift der Rechtsradikalen) warben für die „Tagung der Europäischen Jugend" am 29./30. Juni 1974 in Barcelona, einer Veranstaltung des Internationalen Faschismus.

II. „Neue Rechte"

Aktion Neue Rechte und Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation / Sache des Volkes

Die Gruppen der sogenannten „Neuen Rechten", die sich etwa ab 1970 in ideologischer Abgrenzung von der NPD und deren Hilfsorganisationen bildeten und durch demonstrative Aktionen hervortraten, sind im Berichtsjahr zum großen Teil zur „Alten Rechten" zurückgekehrt oder ganz von der Bildfläche verschwunden. Die wichtigste Gruppierung, die „Aktion Neue Rechte" (ANR), ist in zwei Lager zerfallen. Vom Kern der ANR, zu deren Bundesvorsitzenden ihr Gründer, Dr. Siegfried Pöhlmann, wiedergewählt worden ist, spaltete sich im März 1974 die „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (NRAO) unter Hartwig Singer und (zeitweise) Rudolf Juncker ab. Sie konstituierte sich am 31. August 1974 in Frankenberg/Eder als „Sache des Volkes". Auf der Grundlage nationalrevolutionärer Basisgruppen und Arbeitskreise will sie eine „Bewegung zur Erneuerung Deutschlands" und erstrebt die „nationale, sozialistische und ökologische Revolution". Die beiden in Berlin erscheinenden Publikationen „Ideologie & Strategie" (jetzt mit dem Zusatz „Nationalrevolutionäres Kaderorgan") und „Rebell", die vorher Sprachrohr der „Außerparlamentarischen Mitarbeit" (APM) waren, haben sich ihr als Organe der „linken Leute von rechts" angeschlossen. Wesentliche Aktivitäten der Splittergruppe sind nicht bekannt geworden (vgl. z. B. Bericht des niedersächsischen Innenministers Groß, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Januar 1975, S. 4).

III. Rechtsradikale im öffentlichen Dienst

Angaben darüber, wie viele Mitglieder rechtsradikaler Organisationen 1974 insgesamt im öffentlichen Dienst des Bundes und der Länder beschäftigt waren, liegen noch nicht vor. Es sind jedoch folgende Einzeldaten bekannt geworden:

1. Bundeswehr

Nach dem Stand vom 28. März 1974 waren 131 Bundeswehrangehörige, darunter 21 Offiziere, 55 Unteroffiziere und 6 Wehrpflichtige, als rechtsradikal einzustufen (Antwort des Parlamentarischen Staatssekretär Berkhan vom 28. März 1974, in: Deutscher Bundestag — 7. Wahlperiode, Stenografische Berichte, 92. Sitzung vom 29. März 1974, S. 6228).

2. Einzelne Bundesländer

Nach dem Stand vom 1. März 1974 gehörten in Nordrhein-Westfalen 36 Personen, davon 23 Landesbedienstete (gegenüber 41 am 1. Januar 1972 und 24 am 1. Januar 1973), 11 Kommunalbedienstete (gegenüber 20 am 1. Januar 1972 und 10 am 1. Januar 1973) und 2 Bedienstete öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten (gegenüber 5 am 1. Januar 1972 und 3 am 1. Januar 1973), rechtsradikalen

Organisationen an (Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 24 der Fraktion der CDU, Landtag Nordrhein-Westfalen — 7. Wahlperiode, Drucksache 7/4035, S. 2 ff.). Nach dem Bericht des Innenministers Weyer vom 16. Januar 1975 sind jetzt 25 Landesbedienstete, davon 9 Lehrer, der radikalen Rechten zuzuordnen (dpa vom 16. Januar 1975, Bonner General-Anzeiger vom 21. Januar 1975). In Hessen gab es im September 1974 134, in Baden-Württemberg 156, in Bayern 247 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst (Bundesinnenminister Maihofer, Deutscher Bundestag — 7. Wahlperiode, Stenografische Berichte, 117. Sitzung vom 20. September 1974, S. 7867), in Schleswig-Holsten 82 (Mitteilung der Staatskanzlei; Frankfurter Rundschau vom 11. Oktober 1974).

IV. Ausschreitungen aus rechtsradikalen Motiven

Der Verfassungsschutzbericht 1973 hat festgestellt, daß sich die Ausschreitungen aus rechtsradikalen Motiven gegenüber dem Vorjahr um 17 % verringert haben; vor allem die Zahl der Taten mit Gewaltaspekten ist erheblich gesunken (S. 36 f.). Aus den Presseveröffentlichungen des Jahres 1974 und den Berichten der Innenminister Weyer (Nordrhein-Westfalen) vom 16. Januar 1975 und Groß (Niedersachsen) vom 18. Januar 1975 kann geschlossen werden, daß für das Jahr 1974 ein weiterer Rückgang zu verzeichnen ist, insbesondere an Terror- und Gewaltakten. Die schwerwiegendsten Anschläge ereigneten sich im März/April 1974 in verschiedenen Städten von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Eine rechtsradikale Gruppe, der nach Presseberichten u. a. der Hamburger Hans Joachim Neumann, der Unteroffizier Willi Wegner, der Gymnasiast Harald Müller und der Zollbeamte Ralf Ollmann angehörten, schändete mehrere jüdische Friedhöfe, beschmierte Gebäude mit anti-jüdischen Parolen, stahl Waffen und verübte einen Brandanschlag auf die „Poliba“-Buchhandlung in Göttingen. Bei Durchsuchungen wurden Maschinenpistolen, Gewehre, Munition, Dolche, Schlagstöcke, ein Schießkugelschreiber und NS-Embleme sichergestellt (Der Spiegel vom 5. August 1974, Frankfurter Rundschau vom 27. April 1974, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. April 1974, Die Welt vom 27. April 1974).

V. Maßnahmen gegen Rechtsradikale

1. BK/O 74/10 vom 30. August 1974 gegen die NPD Berlin

Auf Grund einer Anordnung der Alliierten Kommandantur — BK/O 74/10 vom 30. August 1974 — wurde der Berliner NPD die Teilnahme an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 3. März 1975 verboten. Zugleich wurde dem NPD-Landesverband, den JN und allen anderen der NPD angegliederten Organisationen bis zum Wahltag jegliche öffentliche Tätigkeit, auch Parteitage, untersagt. Die NPD wirkt inzwischen mit einer Klage beim Verwaltungsgericht auf Aufhebung der Order hin. Bereits im Mai 1974 hatte die

Alliierte Kommandantur Veranstaltungen der JN unterbunden.

2. Maßnahmen gegen Rechtsradikale im öffentlichen Dienst

In verschiedenen Bundesländern sind Rechtsextremisten aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden; anderen wurde die Einstellung verweigert. Das derzeit wichtigste Verfahren läuft in Baden-Württemberg. Nach einem entsprechenden Beschluß der Landesregierung hat der Kultusminister gegen Günther Deckert, Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“, Ermittlungen durchgeführt, die Ende 1974 abgeschlossen worden sind. Erklärtes Ziel ist die Entfernung Deckerts aus seinem Amt als Oberstudienrat im Wege eines förmlichen Dienststrafverfahrens. — Ferner hat der Kultusminister von Baden-Württemberg den Dozenten Dr. Rolf Kosiek, NPD-Vorstandsmitglied und ehemaliger Landtagsabgeordneter, entlassen. Ein deswegen anhängiger Verwaltungsgerichtsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. — Der Unteroffizier Willi Wegner ist wegen seiner Beteiligung an Gewaltakten (s. Abschnitt V) aus der Bundeswehr entlassen worden. — Das Truppendienstgericht Nord hat den schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzenden, Oberstleutnant Dr. Werner Witt, in einem Disziplinarverfahren wegen einer gegen den damaligen Bundeskanzler Brandt gerichteten Äußerung freigesprochen. Das Gericht stellte in der Begründung allerdings fest, daß sich die beanstandete Formulierung „am Rande eines Dienstvergehens bewege“.

3. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren und Strafverfahren

Das Landgericht Bonn hat die Berufung des Kölner Professors Berthold Rubin, der im April 1971 eine spektakuläre Selbstentführung inszeniert hatte und wegen Vortäuschung einer Straftat zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden war, zurückgewiesen. Für seine Mitangeklagten, den Versicherungskaufmann Manfred Plöckinger und den Referendar Jürgen Rieger, wurden die zuvor verhängten Freiheitsstrafen in je 300 DM Geldstrafe umgewandelt (Bonner General-Anzeiger vom 24. Dezember 1974). — Das Landgericht Würzburg hat Anfang Juli 1974 im Verfahren gegen Teilnehmer einer Kundgebung der „Aktion Widerstand“ (am 31. Oktober 1970 in Würzburg) das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Angeklagten Heinz Flöter und Hans Günther freigesprochen. Der Angeklagte Jürgen Rieger wurde wegen Landfriedensbruch zu einer Geldstrafe verurteilt (vgl. zu den Vorfällen DWZ 17/Nr. 6 vom 8. Februar 1974, S. 8, Nr. 28 vom 12. Juli 1974, S. 1 und DWZ 18/Nr. 1/2 vom 3. Januar 1975, S. 12; Frankfurter Rundschau vom 4. September 1974). — Ermittlungsverfahren, die zum Teil schon zur Anklageerhebung geführt haben, sind u. a. anhängig gegen die rechtsradikale Gruppe Neumann, Wegner usw. (vgl. oben Abschnitt V), ferner gegen Rechtsanwalt Dr. Roeder (vgl. oben Abschnitt II 3 h) und wegen eines Vorfalles in einer Sylter Gaststätte, wo am 20. April 1974 anlässlich einer „Führer-Geburtstagsfeier“ nationalsozialistische Embleme gezeigt wurden (Frankfurter Rundschau vom 10. Mai 1974, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. September 1974).

2. Die Bundesregierung wird ersucht,

- a) den jährlichen „Verfassungsschutzbericht“ spätestens bis zum Ablauf des I. Quartals des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres vorzulegen;
- b) dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich einen Zwischenbericht über die Entwicklung der rechts- und linksradikalen Bestrebungen, der Spionageabwehr und der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern zu erstatten.

Bonn, den 21. Februar 1975

Carstens, Stücklen und Fraktion